

**ANTRAGSBUCH**

**Beschlussbuch  
2. ordentliche  
Landesdelegiertenkonferenz 2019**

Festsaal im Rathaus Charlottenburg | Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin





# Inhalt

---

Vorschlag zur Tagesordnung.....	5
Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	6
Anträge.....	8
Antragsbereich A: Gute Arbeit.....	9
A1_2/19 Die Arbeitsversicherung implementieren – soziale Sicherung umsetzen.....	9
A2_2/19 Arbeit 4.0.....	14
Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung.....	24
B1_2/19 Digitalisierung an Berliner Schulen ja, aber nicht um jeden Preis.....	24
B2_2/19 Gute Bildung braucht eine gute Ausbildung. Quereinstieg jetzt reformieren.....	27
B3_2/19 Schüler*innenhaushalt auf alle Schulen ausweiten.....	29
Antragsbereich E: Europa und Internationales.....	30
E1_2/19 Solidarität mit Rojava.....	30
E2_2/19 Handelsabkommen EU-Mercosur: Kein Abkommen zu Lasten von Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz sowie bäuerlicher Landwirtschaft!.....	33
Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung.....	36
F1_2/19 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Familienvielfalt anerkennen, alle Familien unterstützen!.....	36
F2_2/19 Kostenlose Ausgabe von Schwangerschaftsschnelltests in Berlin.....	38
F3_2/19 Pro Choice statt Pro Femina – Für eine ergebnisoffene Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen!.....	40
F4_2/19 Gewalt gegen Frauen* wirksam bekämpfen! Istanbul-Konvention konsequent umsetzen!.....	42
Antragsbereich G: Gesundheit und Pflege.....	44
G1_2/19 Nichts für Ungut! – Sonderstellung der Homöopathie beenden.....	44
G2_2/19 Psychotherapeutische Vorsorgeuntersuchung.....	46
G3_2/19 Professionell Pflegende - endlich selbstbestimmt!.....	48
G4_2/19 Schutz für Alle – Impfen rettet Leben!.....	50
Antragsbereich I: Inneres, Verwaltung.....	52
I1_2/19 „Demokratie leben“ stärken.....	52
I2_2/19 Demokratie für Alle – Wählen ab 14.....	54
I4_2/19 Cybersicherheit.....	56
I5_2/19 Gemeinnützigkeit stärken.....	63
I6_2/19 Aufhebung von § 109 StGB.....	65
I9_2/19 Sitzzuteilungsverfahren bei Wahlen in Berlin und deutschlandweit vereinheitlichen! ....	66

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform.....	67
O1_2/19 Resolution: Für eine Sozialdemokratie mit Zukunft – Ein neuer Aufbruch außerhalb der Großen Koalition.....	67
O2_2/19 Resolution: Positionierung für den Arbeitskreis „Säkularer Sozialdemokrat*innen“ ...	73
O3_2/19 Ombudsstelle für den SPD Landesverband einrichten.....	74
O5_2/19 Ein Verband für Alle – Für leichteren Zugang, bessere Partizipationsmöglichkeiten und Barrierefreiheit.....	76
O6_2/19 Geschlechtergerechtigkeit in der Geschäftsordnung dauerhaft verankern!.....	78
O7_2/19 Diverse Personen in die Quotierung aufnehmen.....	79
O8_2/19 Partizipative Mindeststandards sichern: Neue Mailing-Verteiler einrichten! .....	80
O9_2/19 Namensrechte der SPD durchsetzen! .....	81
Antragsbereich T: Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.....	82
T1_2/19 Resolution: Unser Sozialismus – demokratisch, materialistisch, feministisch, antirassistisch, antifaschistisch, nachhaltig und in Bewegung .....	82
T3_2/19 Die Macht von Großinvestor*innen beschränken! .....	87
Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher*innenschutz.....	89
U1_2/19 Ausweitung des Pfandsystems.....	89
U2_2/19 Lass mal ökologisch! - Für umweltfreundliche Hochschulen im Land Berlin .....	91
U3_2/19 Bleibt auf dem Boden – Gegen Vielfliegerei im öffentlichen Dienst.....	94
U4_2/19 Klimanotstand für Berlin ausrufen! .....	96
Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität.....	97
V1_2/19 Wem gehören Berlins Gehwege? Den Sharing-Trend in die richtigen Bahnen lenken! .....	97
V2_2/19 Mobilität für Berlin – solidarisch, gerecht, nachhaltig.....	100
V3_2/19 Digitale Infrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen! .....	102
Antragsbereich W: Miete und Wohnen.....	104
W1_2/19 Think Big, Think Social, Think Outside the Box: Neue Wege gegen die Berliner Wohnungskrise .....	104
Antragsbereich Ini: Initiativanträge.....	108

# Vorschlag zur Tagesordnung

---

## ***Beginn der Landesdelegiertenkonferenz: Samstag, den 14. September 2019, um 10:00 Uhr***

1. Gemeinsames Singen: Arbeiter von Wien
2. Begrüßung durch die Landesvorsitzende Annika Klose
3. Wahl des Präsidiums
4. Beschluss über die Tages- und Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Wahl- und Zählkommission
7. Bericht der Mandatsprüfung
8. Antragsberatung
9. Grußwort von Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, mit anschließender Aussprache
10. Wahlen
  - a. Nachwahlen Vertreter\*innen für den erweiterten Landesvorstand (eLV)
11. Fortsetzung der Antragsberatung

## ***Ende des ersten Kongresstags um ca. 20:00 Uhr***

## ***Fortsetzung der Landesdelegiertenkonferenz: Sonntag, den 15. September 2019, um 10 Uhr***

12. Fortsetzung der Antragsberatung
13. Wahlen
  - a. Wahlen Delegierte zum Juso Bundeskongress
14. Grußwort von Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender, mit anschließender Aussprache
15. Schlusswort der Landesvorsitzenden Annika Klose
16. Gemeinsames Singen: Die Internationale

## ***Ende der Landesdelegiertenkonferenz um ca. 15:00 Uhr.***

# Vorschlag zur Geschäftsordnung

---

1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten Delegierten.
2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen sind, sowie alle anwesenden Jungsozialist\*innen.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.
6. Die Redezeit für die Diskussionsredner\*innen darf 3 Minuten nicht überschreiten.
7. Je Antrag stellernder Gliederung sollen die Anträge zu 50 Prozent von Frauen\* eingebracht werden.
8. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Genossinnen und Genossen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhält dann jeweils im Wechsel ein Genosse und eine Genossin bzw. umgekehrt (Reißverschlussprinzip). Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Jedoch ist nach der Antragseinbringung ein einzelner Redebeitrag zur inhaltlichen Erwidern auch dann möglich, wenn keine weitere Frau\* mehr auf der Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.
9. Wenn keine Frauen\* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste für drei Männer\* geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere Männer\* geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen\* melden, wird wieder nachquotiert.
10. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.
11. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der\*dem oder den Antragsteller\*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, wird der Antrag nicht befasst.

12. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für Anträge (21.08.2019) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 14. September 2019, eine Stunde nach Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis Samstag, 14. September 2019, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.
13. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die\*der Antragsteller\*in Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung erachten.
14. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (09.09.2019, 23:59 Uhr) eingereicht werden, können nicht von der\*dem Antragsteller\*in des Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden – der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu beachten.
15. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission begründen Vertreter\*innen der unquotierten Delegationen, welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen\* ihres Kreises sie bereits geplant haben, um die Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen\* in ihren Delegationen bis zur nächsten Landeskongress zu beheben. Dieser Fall tritt ein, wenn weniger als 40% der anwesenden angemeldeten Delegierten einer Delegation zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung Frauen\* sind. Diese Rechenschaft ist Pflicht.

# Anträge

---



## **Antragsbereich A: Gute Arbeit**

### **Antrag A1\_2/19**

---

Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz hat beschlossen:  
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,  
Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **A1\_2/19 Die Arbeitsversicherung implementieren – soziale Sicherung umsetzen**

1 Das System Hartz IV ist – wie auch das Sozialstaatspapier der SPD anerkennt – gescheitert und auch  
2 die Arbeitslosenversicherung in der jetzigen Form wird den vielfältigen gesellschaftlichen  
3 Bedürfnissen nicht mehr gerecht. Bei der Neuordnung der Sozialversicherungen muss deshalb die  
4 Reform der heutigen Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung eine  
5 herausgehobene Bedeutung einnehmen. Ziel muss es sein, nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern  
6 auch Wechsel, Brüche und temporäre Aus- und Weiterbildungszeiten in der Erwerbsbiographie  
7 besser abzudecken und auf die individuelle Lebenssituation anpassbar zu machen. Von großer  
8 Bedeutung ist weiterhin, der mit dem heutigen Arbeitslosengeld I und II verbundene Abstiegs- und  
9 Existenzangst zu begegnen und echte soziale Sicherung herzustellen.

10 Für uns Jusos geht es darum, dass eine gute Arbeitslosenversicherung nicht nur im Fall von  
11 Arbeitslosigkeit eingreift, sondern Arbeit fördert, Weiterbildung organisiert und finanziert,  
12 Auszeiten im Erwerbsleben für Reproduktions- und Bildungsphasen absichert,  
13 Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung und Qualifikation lebenslang erhält und vor allem  
14 Aufstiegsmöglichkeiten ermöglicht. Deshalb ist es für uns Jusos unerlässlich eine neue  
15 Weiterbildungsarchitektur im Rahmen der Arbeitsversicherung zu schaffen.

16 Insbesondere im Rahmen der durch die Digitalisierung geprägten Arbeit 4.0 ist davon auszugehen,  
17 dass der Qualifikationsgrad und Flexibilität der Arbeitnehmer\*innen maßgeblich darüber  
18 entscheiden, ob sie weiter beschäftigt werden oder aufgrund der Substitution ihres Arbeitsplatzes  
19 oder gar gesamten Berufsbildes ihre Beschäftigung verlieren. Weiterbildung und der Anspruch auf  
20 lebenslanges Lernen müssen ein Kernelement der neuen Arbeitsversicherung werden, denn sind  
21 ist im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik die besten Mittel, Arbeitslosigkeit zu vermeiden.  
22 Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Arbeitgeber\*innen, für die die Digitalisierung und  
23 Flexibilisierung der Arbeitswelt bisher viele finanzielle Vorteile bringt, stärker an den Kosten der  
24 Versicherung beteiligt werden müssen.

25 Gleichzeitig haben sich auch die Bedürfnisse auf Seiten der Arbeitnehmer\*innen verändert. Viele  
26 möchten flexibler arbeiten, sich Auszeiten nehmen und sich beruflich stetig weiterentwickeln. Die  
27 Vorstellung eines Normalarbeitsverhältnisses, im Rahmen dessen man nach der Ausbildung bis in  
28 die Rente in derselben Position beschäftigt wird, ist für viele Arbeitnehmer\*innen nicht mehr  
29 attraktiv.

30 Auf diese Veränderten Bedarfe und die Herausforderungen der Digitalisierung muss die  
31 Arbeitsversicherung von morgen Antworten liefern.

32

33 I. Grundprinzipien der Arbeitsversicherung

34

## 35 1. Qualifizierung

36 Grundlegendes Prinzip der Arbeitsversicherung ist die Schwerpunktsetzung auf die persönliche  
37 Qualifizierung der Arbeitnehmer\*innen und der Eröffnung echter Fort- und  
38 Weiterbildungschancen. Dabei sollen die beruflichen Entwicklungswünsche der Versicherten  
39 maßgeblich sein und nicht die Qualifizierungsbedarfe ihrer Unternehmen. Die Versicherten sollen  
40 auf Wunsch individuelle Weiterbildungspläne erhalten, die nachhaltige Qualifizierung vorsehen. Es  
41 müssen differenzierte Angebote für den Erwerb von Zusatzqualifikationen entwickelt werden,  
42 welche auf eine vorhandene Ausbildung oder ein Studium aufbauen. Dabei sind Module zur  
43 Spezialisierung, Modernisierung und Umstellung notwendig. Eine Zertifizierung ist auf Grund einer  
44 europaweiten Anerkennung unverzichtbar. Hierbei können Prüfungen und Zeugnisse von  
45 offiziellen Bildungseinrichtungen (z.B. VHS, IHK) helfen eine einheitliche Qualitätssicherung zu  
46 erzielen. Jede Weiterbildung von auszuwählenden Anbieter\*innen muss einer Qualitätsoffensive  
47 unterzogen werden.

48 Versicherte in Berufsgruppen mit hohen Substitutionspotenzialen, also mit überwiegender  
49 Wahrscheinlichkeit des Jobwegfalls aufgrund von Automatisierung und Digitalisierung, haben  
50 darüber hinaus unabhängig von der Ausstattung ihres Weiterbildungskonto einen Anspruch auf  
51 Umschulung und Nachholung von Berufsabschlüssen im Sinne einer Qualifizierungsgarantie.

## 52 2. Individuelle Ansprache und Beratung

53 Die Versicherten haben einen Anspruch auf umfassende Beratung bezüglich der Geltendmachung  
54 ihrer Versicherungsleistungen. Insbesondere soll hinsichtlich der Weiterbildungsoptionen  
55 individuell Stärken und Schwächen in Beratungsgesprächen analysiert und dementsprechend  
56 Weiterbildungspläne entwickelt werden, die auf die subjektiven Bedürfnisse und Fähigkeiten der  
57 Beschäftigten zugeschnitten sind. Ziel ist die Verstetigung der Beratungs- und  
58 Betreuungsleistungen. Insbesondere Versicherte mit hohem Substitutionspotenzial müssen  
59 regelmäßig die Möglichkeit haben, sich mit ihren Betreuer\*innen zusammzusetzen, ihre  
60 Weiterbildungspläne zu evaluieren und gegebenenfalls nachzujustieren.

61 Um dies zu erreichen, müssen die Geschäftsstellen der Arbeitsversicherung mit ausreichend  
62 Personal ausgestattet werden. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass die Mitarbeiter\*innen  
63 der Arbeitsversicherung regelmäßig in Softskills weitergebildet werden, insbesondere  
64 zwischenmenschliche Kommunikation und interkulturelle Kompetenz. Beratung in Fremdsprachen  
65 muss stets verfügbar sein, z.B. durch Übersetzungsprogramme. Die bisherigen Fördermaßnahmen  
66 der Bundesagentur für Arbeit, die im Rahmen der bisherigen aktiven Arbeitsmarktpolitik bestehen,  
67 werden in die Arbeitsversicherung integriert, sodass ein Gesamtgefüge entsteht. Ziel der Beratung  
68 bei Verlust des Arbeitsplatzes muss die Rückkehr in eine qualifikationsadäquate Beschäftigung  
69 sein. Arbeitssuchende dürfen nicht länger zur Annahme jeglicher, auch weit unter ihrem  
70 Qualifizierungslevel liegender, Angebote gedrängt werden. Dafür müssen die  
71 Zumutbarkeitsregelungen entsprechend geändert werden.

## 72 3. Paritätisch Grundfinanzierung, steuerliche Ergänzung

73 Die Arbeitsversicherung hat auch zukünftig zum Ziel, die paritätische Finanzierung zwischen  
74 Arbeitgeber\*in und Arbeitnehmer\*in zu sichern. Die steigenden Anforderungen an die  
75 Arbeitsversicherung gebieten jedoch, die Beitragsbemessungsgrenze, die momentan noch  
76 besonders gut verdienende Versicherte entlastet, abzuschaffen. Gleichzeitig muss es möglich sein,  
77 den Arbeitgeber\*innenanteil bei Bedarf zu erhöhen. Darüber hinaus muss die Basis der

78 Einzahlenden erweitert werden. Selbstständige sind durch die massive Ausweitung der Schein-  
79 und Soloselbstständigkeit stärker als in der Vergangenheit von sozialer und finanzieller  
80 Unsicherheit betroffen und schon aus dieser Schutzwürdigkeit heraus in die Versicherung zu  
81 integrieren. Langfristig müssen auch die Beamt\*innen in die Arbeitsversicherung einbezogen  
82 werden, um auch ihnen Qualifikationsmöglichkeiten zu eröffnen.

83 Sollte dies finanziell erforderlich sein, muss die Arbeitsversicherung wegen ihrer  
84 beschäftigungspolitischen Bedeutung aus steuerlichen Mitteln unterstützt werden.

## 85 II. Versicherungsleistungen und Ziehungsrechte

### 86 1. Arbeitslosengeld I

87 Das Arbeitslosengeld I wird an Versicherte ausgezahlt, die aus der Erwerbsarbeit heraus arbeitslos  
88 werden, und dient zur Sicherung des Lebensstandards. Dieser Funktion wird das Arbeitslosengeld  
89 heute kaum noch gerecht. Dies liegt daran, dass zum einen die Bezugsdauer zu kurz bemessen ist,  
90 um die Versicherten adäquat vor dem Folgen der Erwerbslosigkeit zu schützen und zum anderen  
91 die Niedriglohnpolitik der letzten Jahrzehnte dazu geführt hat, dass mehr als jede\*r fünfte  
92 Erwerbstätige aus dem Job direkt in Hartz IV abrutscht.

93 Um dieser Entwicklung zu begegnen, muss die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung  
94 verbessert werden. Das zu diesem Zweck zu implementierende 'Mindestarbeitslosengeld' muss  
95 höher bemessen sein als der ALG-II-Anspruch einer alleinstehenden Person. Wird durch ein  
96 Arbeitseinkommen kein Arbeitslosengeld-I-Anspruch in dieser Höhe erreicht, erhöhen sich die  
97 Arbeitgeber\*innenbeiträge so weit, bis die Höhe der geleisteten Beiträge einen Anspruch in Höhe  
98 des Mindestarbeitslosengeldes generiert. Regulär beträgt die Höhe des Arbeitslosengeldes I  
99 mindestens 70 % des Bruttobemessungsentgelds, welches durchschnittlich in den vergangenen 12  
100 Monaten erzielt werden konnte.

101 Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach der Dauer der vorherigen  
102 Beschäftigung. Allen Arbeitnehmer\*innen stehen nach dem Verlust ihrer Beschäftigung - 12  
103 Monate Bezugsdauer ALG I zu - egal, wie lange sie vorher gearbeitet haben. Wer länger als ein Jahr  
104 vorher gearbeitet hat, "erspart" sich mit jedem zusätzlichen Monat Beschäftigung einen Monat ALG  
105 I. Ab dem zweiten Jahr Beschäftigung "erspart" man sich pro zusätzlichem Jahr Beschäftigung  
106 einen Monat ALG I. Teilzeitbeschäftigung wird anteilig angerechnet. Falls die angesparten 24  
107 Monate ALG I wegen Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründe angetastet werden, baut sich diese  
108 in Höhe von einem Monat zusätzlicher Bezugsdauer ALG I je gearbeiteten Monat wieder auf.

109 Das Arbeitslosengeld II soll demgegenüber die sozio-kulturelles Teilhabe an der Gesellschaft  
110 sichern und zukünftig in seiner Höhe dementsprechend bemessen sein. Jedoch wird es nicht in die  
111 Arbeitsversicherung integriert und weiterhin allein aus Steuermitteln finanziert.

### 112 2. Weiterbildung

113 Im Rahmen Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung werden Weiterbildungskonten  
114 geschaffen, welche gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Weiterbildungs- und Lernzeiten  
115 finanzieren. Diese sollen bei der Agentur für Arbeit eingerichtet und geführt werden. Das  
116 Guthaben auf dem Weiterbildungskonto wird während der Erwerbstätigkeit vergrößert und  
117 paritätisch zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen finanziert. Hierbei sollen  
118 gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung greifen. Erworbene Ansprüche  
119 werden auf dem Konto verbucht und können dann bei Bedarf in Lernzeit oder Weiterbildung

120 realisiert werden. Aber auch freiwillige Einzahlungen sollen möglich sein: Eine Aufstockung des  
121 Kontos durch paritätische Einzahlung von Geldbeträgen soll ebenso möglich sein.

122 Im Rahmen der Beschäftigung soll die angesparte flexible Bezugsdauer des AGL I in Guthaben des  
123 Weiterbildungskontos der Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung zur persönlichen  
124 beruflichen Weiterbildung umgewandelt werden können. Umgekehrt ist aber eine verpflichtende  
125 Heranziehung von angesparten Zeiten der persönlichen beruflichen Weiterbildung im Falle von  
126 Arbeitslosigkeit nicht möglich.

### 127 3. Reduzierung von Arbeitszeit

128 Ziehungsrechte sollten auch zur generellen Reduzierung von Arbeitszeit im Sinne einer  
129 individuellen Arbeitszeitverkürzung bei hälftigem Lohnausgleich genutzt werden können. Hierfür  
130 soll ebenfalls die flexible Bezugsdauer des ALG I als Zeitguthaben genutzt werden können. Die  
131 individuelle Arbeitszeitverkürzung soll unabhängig von der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung  
132 möglich sein, für die wir weiterhin eintreten.

### 133 4. Sabbaticals

134 Längere Auszeiten vom Beruf können ebenfalls mit Hilfe der Arbeitsversicherung organisiert  
135 werden. Hierfür werden 50% des Lohnes fortgezahlt. Je sieben Jahre Erwerbstätigkeit steht den  
136 Versicherten ein Anspruch auf ein einjähriges Sabbatical zu. Anteilig können auch kürzere  
137 Auszeiten flexibel vereinbart werden. Zudem sollten die bereits bestehenden tariflichen  
138 Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes auf alle Arbeitnehmer\*innen ausgeweitet werden um  
139 auch häufigere und/oder kürzere Auszeiten zu ermöglichen.

### 140 5. Verlängerung von Carearbeitszeiten

141 Angesparte Zeiten können auch zur Verlängerung von Carearbeit verwandt werden können. Nach  
142 vorgegebenen Regelungen (z.B. Kinder unter 16 Jahre; Verwandte in bestimmter Pflegestufe)  
143 können diese Zeiten dann zur Reduzierung bei gleichzeitiger Ausfallregelung von 70% genutzt  
144 werden. Voraussetzung hierfür ist, dass der\*die Partner\*in – gegebenenfalls zeitversetzt - ebenfalls  
145 seine\*ihre Arbeitszeit im gleichen Umfang reduziert. Alleinerziehende werden durch diese  
146 Regelung nicht gegenüber Paaren schlechter gestellt. Unabhängig hiervon sind die bislang einzeln  
147 ausgezahlten, kinderspezifische Sozialleistungen wie etwa das Kindergeld, Kinderfreibetrag,  
148 Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket außerhalb der Arbeitsversicherung zu einer  
149 Kindergrundsicherung zusammenzufassen. Auch wenn Carearbeitszeiten über die  
150 Arbeitsversicherung verlängert und abgesichert werden können, sollen sie nur als Überbrückung  
151 dienen. Wir sprechen uns weiterhin für eine angemessene, kostenlose Kinderbetreuung sowie  
152 professionelle, gut entlohnte und für jeden bezahlbare Pflegeangebote aus. Die Möglichkeit einer  
153 verlängerbaren Carearbeitszeit soll auf keinen Fall zum Ersatz dieser Forderungen werden.

### 154 6. Früherer Renteneintritt und Anrechnung von Restguthaben

155 Guthaben, welches auf dem Weiterbildungskonto angespart wurde, repräsentiert das Recht auf  
156 Leistungen. Arbeitnehmer\*innen, die zum Ende ihrer Erwerbslaufbahn noch angespartes  
157 Guthaben auf ihrem Konto haben, steht dieses Recht weiter zu. Eine Schieflage zwischen  
158 verschiedenen Arbeitnehmer\*innen in der Inanspruchnahme der Leistungen der  
159 Arbeitsversicherung über den Zeitraum ihrer Erwerbsbiografie – über den Zeitraum ihres Lebens –  
160 würde eine gravierende Verteilungsungleichheit und Ungerechtigkeit darstellen. Deshalb darf  
161 angespartes Guthaben auf dem Weiterbildungskonto mit dem Renteneintritt nicht erlöschen.  
162 Angespartes Bezugsdauer Guthaben für ALG I, ein noch offenes Sabbatical für den jeweiligen

163 sieben-Jahres-Rhythmus, sowie über die Jahre nicht-wahrgenommene Arbeitszeitreduzierungen  
164 und Cararbeitszeiten, sollen deshalb in einen früheren Renteneintritt übertragen werden können.  
165 Gleichzeitig soll angespartes Guthaben beim regulären Renteneintritt anteilig in einen Abschlag  
166 auf die Rentenpunkte umgewandelt werden können.

#### 167 7. Berücksichtigung der Sozialversicherung

168 Die Bereitstellung einer angemessenen Altersrente, einer solidarisch finanzierten  
169 Krankenversicherung, sowie besondere Leistung im Fall von Erwerbsminderung bzw.  
170 Erwerbsunfähigkeit, betrachten wir weiterhin als öffentliche Aufgabe. Die Arbeitsversicherung darf  
171 keinen negativen Einfluss auf diese haben. Deshalb sollen in Anspruch genommene Leistungen der  
172 Arbeitsversicherung sozialversicherungstechnische Berücksichtigung finden, beispielsweise indem  
173 für die Dauer des Bezugs von ALG I weiterhin Rentenpunkte angerechnet werden, als handle es  
174 sich bei der ausbezahlten Leistung um ein Nettoentgelt, bei dem die Sozialversicherungsbeiträge  
175 bereits abgezogen wurden. An der Grundidee einer paritätisch finanzierten Sozialversicherung  
176 halten wir fest.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

## **A2\_2/19 Arbeit 4.0**

Arbeit 4.0: wie wir die digitale Transformation aktiv, sozial und demokratisch gestalten!

1 Ein jungsozialistisches Verständnis von Arbeit 4.0

2 Die sich wandelnden Arbeitswelten zu analysieren und Rückschlüsse daraus zu ziehen, um dann  
3 konkrete politische Forderungen anzuschließen, ist unser Anspruch, damit eine gerechte  
4 Gesellschaft möglich wird. Unsere Herangehensweise ist dabei eine zweigliedrige: wir begnügen  
5 uns nicht nur mit reformpolitischen Maßnahmen, sondern setzen uns für eine Überwindung  
6 ausbeuterischer Machtverhältnisse im Kapitalismus ein. Denn es bleibt unser Anspruch, die vielen  
7 Potentiale einer digitalisierten Gesellschaft so zusammenzubringen, dass Arbeit die Interessen der  
8 Menschen in den Vordergrund stellt und nicht das Profitstreben einzelner Unternehmen.

9 Grundsätzlich verstehen wir Jungsozialist\*innen unter Arbeit auch in Zeiten digitaler  
10 Veränderungen mehr als bloße Existenzgrundlage. Unserer Auffassung nach ist Arbeit mehr als ein  
11 Machtverhältnis, in dem Menschen darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten  
12 einem anderen gegen Lohn zur Verfügung stellen. Viele Menschen müssen heute leider einer  
13 Arbeit nachgehen, die sie als sinnlos oder unbefriedigend empfinden. Dabei kann Arbeit  
14 individuell ganz unterschiedlich definiert sein. Im Idealfall kann gute Arbeit Mittel zur  
15 Selbstverwirklichung sein. Unserem Verständnis nach ist es Aufgabe des sozialen Rechtsstaates,  
16 dafür zu sorgen, dass Menschen gute Arbeit finden, die ihre Vorstellungen und Wünsche  
17 berücksichtigt. Darum bleibt das Streben nach guter Arbeit auch und erst recht in Zeiten von  
18 Arbeit 4.0 aktuell.

19 Was ist Digitalisierung, Automatisierung, Arbeit 4.0. Wovon reden wir eigentlich?

20 Vor diesem Hintergrund müssen wir die technologischen Veränderungen bzw. Neuerungen  
21 genauer hinterfragen, um uns ob der immensen tiefgreifenden Transformationen ein klares  
22 Verständnis zu entwickeln, welche Schritte die richtigen sind. Dies setzt voraus, dass wir uns über  
23 die verschiedenen in der Debatte zur Digitalisierung und Arbeit 4.0 verwendeten Begrifflichkeiten  
24 bewusst machen, worüber wir eigentlich sprechen. Außerdem müssen wir Jusos stärker als zuvor  
25 darauf aufmerksam machen, dass sich unsere gesamte Gesellschaft bereits inmitten eines Wandels  
26 befindet. Egal ob Automatisierung, Robotik oder Künstliche Intelligenz, unsere Arbeitswelt  
27 verändert sich tagtäglich und die Auswirkungen auf unsere Arbeitsweise sowie die damit  
28 einhergehenden sozialen Auswirkungen sind schon heute klar zu erkennen. Es mangelt bisher  
29 jedoch am klaren Aufzeigen der Vor- und Nachteile einer digitalisierten Arbeitswelt, fernab von  
30 Generalpessimismus oder naiver Fortschrittsgläubigkeit. Wenn heute immer wieder  
31 apokalyptische Szenarien von massenhafter Arbeitslosigkeit durch automatisierte  
32 Produktionsprozesse ausgemalt werden, müssen wir uns vor Augen halten, dass mit jedem Schritt  
33 der Industrialisierung große Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Ersetzbarkeit des  
34 Menschen durch Maschinen aufkam - ohne dass sich dies schlussendlich bewahrheiten konnte. Wir  
35 als Jungsozialist\*innen stellen uns darum nicht gegen den technologischen Fortschritt. Auch in  
36 Zukunft bietet uns die Digitalisierung und Automatisierung große Chancen: die Arbeitsbelastung  
37 kann gesenkt werden, körperliche Tätigkeiten können weiter erleichtert werden und der mögliche

38 Wegfall bestimmter Arbeitstätigkeiten kann für eine insgesamt geringere Wochenarbeitszeit  
39 genutzt werden. Innovationen und bessere Produktionsmethoden können die Produkte besser  
40 machen und uns Menschen mehr Freizeit verschaffen. Dieses Fortschrittsversprechen für die große  
41 Mehrheit der Bevölkerung einzulösen, bedarf aber einer klugen und weitreichenden staatlichen  
42 Regulierung, die die technischen und digitalen Neuerungen zum Vorteil aller zu nutzen weiß und  
43 die heute bereits offensichtlichen Risiken der neuen Arbeitswelt für die Arbeitnehmer\*innen  
44 minimiert. Unser Anspruch muss somit weiterhin sein, die Arbeitswelt so zu gestalten, dass das  
45 menschliche Wohl sowie der gesellschaftliche Nutzen im Zentrum aller Überlegungen zur  
46 politischen Ausgestaltung von Arbeit und digitalem Wandel stehen.

47 Der Begriff der Digitalisierung wird in der politischen Debatte oft unklar und beliebig verwendet.  
48 Ob Breitbandausbau, Digitalisierung first Bedenken second oder 5G an jeder Milchkanne,  
49 Digitalisierung wird oft gleichgesetzt mit der Qualität des Internetzugangs oder als Füllwort für  
50 beliebige Themenbereiche die in irgendeiner Form mit digitalen Endgeräten zu tun haben benutzt.  
51 Dieses Verständnis von Digitalisierung ist jedoch unpräzise und irreführend. Das Internet als  
52 Infrastruktur ist eine der wichtigsten Ressourcen und Grundlagen der Digitalisierung, die mit ihr  
53 verbundenen Transformationsprozesse gehen jedoch hauptsächlich von Technologien und  
54 Entwicklungen aus, die erst infolgedessen entstehen. Dazu gehören insbesondere das Internet der  
55 Dinge und künstliche Intelligenz. Wenn wir als politische Akteur\*innen Digitalisierung entlang  
56 unserer Grundwerte begreifen und gestalten wollen, müssen wir uns im klaren darüber sein was  
57 Digitalisierung tatsächlich bedeutet.

58 Digitalisierung beschreibt einen gesellschaftlichen und industriellen Transformationsprozess, der  
59 durch technologische Fortschritte in den Bereichen Automatisierung, Robotisierung, Internet der  
60 Dinge und Künstliche Intelligenz bestimmt wird. Im Zusammenhang der Digitalisierung  
61 industrieller Produktionsprozesse und Dienstleistungsangebote spricht man in Deutschland auch  
62 von Arbeit 4.0. In diesem Transformationsprozess werden bestehende Berufsbilder obsolet, neue  
63 Berufsbilder geschaffen und weiterhin existierende Berufsbilder erweitert. Als Jungsozialist\*innen  
64 ist es unser Anspruch politische Lösungen für die Folgeeffekte dieser Entwicklungen zu  
65 formulieren.

66 Digitalisierung und Arbeit 4.0 sind dabei nicht gleichzusetzen mit Plattformökonomie. Sowohl die  
67 öffentliche Debatte, als auch große Teile unserer Beschlusslage stellen die Regulierung von  
68 Plattformen in den Mittelpunkt der Digitalisierungsdebatte. Die Geschäftsmodelle von  
69 Unternehmen wie Uber oder Deliveroo, die vorrangig auf Scheinselbstständigkeit und  
70 Deregulierung des Arbeitsschutzes beruhen, werden als prägnanteste Negativbeispiele für  
71 ungesteuerte Digitalisierung herangezogen. Das ist der Fall, weil sich die Plattformökonomie  
72 besonders negativ auf Arbeitsbedingungen auswirkt. Dadurch, dass zwischen den  
73 Dienstleistenden weitestgehend Anonymität herrscht, wird eine Organisation der Arbeiter\*innen  
74 fast unmöglich und jegliches Solidaritätsempfinden bei den Dienstleistenden erstickt. Ein weiteres  
75 Problem ist die Praxis einiger Plattformen, Aufträge als Werkverträge zu vergeben und dabei nur  
76 das Werk tatsächlich zu entlohnen, welches den „Zuschlag“ bekommt.

77 Die Digitalisierung wird bewusst von den Unternehmen selbst als Rechtfertigung für dieses  
78 arbeitnehmer\*innenfeindliche Modell herangezogen, Angebote wie Provisionsbasierte Taxifahrten  
79 mit Privatfahrzeugen wären aber ohne weiteres auch ohne Smartphone möglich. Diesen  
80 Missbrauch gilt es zwar entschieden zu bekämpfen, an den Transformationsprozessen der  
81 industriellen Produktion gehen diese Entwicklungen aber weitestgehend vorbei.

82 Zwar kann niemand die Zukunft genau vorhersagen, seriöse Berechnungsmodelle gehen jedoch  
83 davon aus, dass mit einem massenhaften Arbeitsplatzverlust wohl eher nicht zu rechnen ist. Die

84 Substitutionspotenziale sind in der Industrie zwar beachtlich, gerade im Dienstleistungssektor  
85 jedoch werden wohl wesentlich weniger Jobs wegfallen als die öffentliche Debatte oft suggeriert.  
86 Nicht alles, was digitalisierbar und automatisierbar ist, wird auch substituiert werden. Insbesondere  
87 für die mittelständischen Betriebe lohnen sich Automatisierungsmaßnahmen finanziell nicht bzw.  
88 sind in Anbetracht der vorhandenen Infrastruktur nicht umsetzbar. Ein anderer Aspekt ist, dass der  
89 menschliche Kontakt von Konsument\*innen oft gewollt und gerade im Rahmen von  
90 Dienstleistungen von sogar verlangt wird.

91 Noch haben wir die Möglichkeit, uns darauf vorzubereiten, dass Berufsgruppen wegfallen werden.  
92 Wie wollen wir damit umgehen? Wie können wir eine gesellschaftliche Spaltung verhindern und  
93 jenseits einer marktgesteuerten Verwertungslogik Zukunftsperspektiven für Menschen schaffen,  
94 die ihre Einkommensquellen verlieren werden? Finanzielle Absicherung alleine reicht nicht: um  
95 gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in Zukunft gewährleisten zu können, müssen wir  
96 zusätzliche Auffangnetze schaffen. In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist der Wert von  
97 Menschen mit ihrer Arbeitsfähigkeit verbunden. Diese Logik gilt es zu durchbrechen, denn der  
98 Wert eines Menschen hängt nicht damit zusammen, was er\*sie erschafft. Als Jungsozialist\*innen  
99 gilt es deshalb ein alternatives Narrativ zu schaffen, das die women\*power auch in der  
100 digitalisierten Arbeitswelt in den Vordergrund stellt. Schließlich sind es immer noch die Menschen,  
101 die Fortschritt schaffen - auch wenn sie es mit der Unterstützung von Maschinen tun. Für die  
102 Beschäftigten, die nicht durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffen sind gilt: Gute Arbeit kann  
103 auch unter den Bedingungen der Digitalisierung gestaltet werden.

104 40 Stunden müssen nicht „normal“ sein – für Arbeitszeitverkürzung

105 Wenn heute und in Zukunft durch automatisierte Verfahren menschliche Arbeit an bestimmten  
106 Stellen der industriellen Produktion und bei einfachen Dienstleistungstätigkeiten, insbesondere  
107 dort, wo Arbeitnehmer\*innen mit Überlastung, Unterforderung, aber auch Gefährdungen für die  
108 eigene Gesundheit zu kämpfen haben, nicht mehr notwendig wird, ist das zuerst eine Chance und  
109 keine Gefahr für die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit und für insgesamt bessere  
110 Arbeitsverhältnisse. Schon im Berliner Programm der SPD, das bis 2007 gültig war, wurde  
111 festgestellt, dass eine Arbeitszeitverkürzung zu mehr Lebensqualität beitragen würde und der  
112 sechsstündige Arbeitstag in einer 30-Stunden-Woche deshalb als Regel angestrebt. Wir möchten  
113 die Debatte wiederbeleben und allgemein kürzere Arbeitszeiten als ein wichtiges Ziel für die  
114 Arbeitswelt der Zukunft auf die politische Agenda setzen.

115 Langfristig fordern wir die Einführung einer 30-Stunden-Woche als neuen Arbeitszeitstandard. Um  
116 dies zu sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig zu ermöglichen, müssen entsprechende  
117 neue Konzepte der Arbeits- und Sozialgesetzgebung erarbeitet werden. Die Verkürzung der  
118 Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden muss mit einem vollen Personal- und mindestens  
119 weitgehenden Lohnausgleich einhergehen. Eine solche „kurze Vollzeit“ muss nicht in jeder Woche  
120 eingehalten werden, sondern sich im Jahresdurchschnitt ergeben. Längere Arbeitszeiten, die  
121 beispielsweise zur Fertigstellung eines konkreten Projektes nötig werden, sind somit für einen  
122 begrenzten Zeitraum mit Zustimmung der Arbeitnehmer\*innen zulässig, sie müssen an anderer  
123 Stelle nur wieder zeitlich ausgeglichen werden. Des Weiteren müssen die Arbeitnehmer\*innen für  
124 geleistete Überstunden angemessen entlohnt werden. Jede Stunde, welche der\*die  
125 Arbeitnehmer\*in über den vorgegebenen 30h arbeitet, muss mit 1,5 fachen seines\*ihres  
126 Bruttostundenlohns vergütet werden.

127 Arbeitszeit darf nicht gegen Lohnforderungen ausgespielt werden: Gerade für  
128 Geringverdiener\*innen wären Einkommenseinbußen aufgrund einer Verkürzung ihrer Arbeitszeit  
129 nicht verkraftbar und würden ihre wirtschaftliche und soziale Existenz gefährden. Damit die



130 Arbeitnehmer\*innen keinen finanziellen Schaden nehmen, ist mindestens für die unteren und  
131 mittleren Einkommensgruppen ein voller Lohnausgleich unabdingbar. Für höhere  
132 Einkommensgruppen, deren Jahresverdienst über 120.000 Euro brutto liegt, genügt ein  
133 verpflichtender teilweiser Lohnausgleich, um so zu einer gerechteren Einkommensverteilung  
134 beizutragen. Die Stundenlöhne und -gehälter müssten also - nach Einkommen differenziert -  
135 erhöht werden. Unternehmen, die erwiesenermaßen nicht in der Lage sind, diese höheren Löhne  
136 zu zahlen, sollen die Möglichkeit haben, übergangsweise Zuschüsse aus einem neu eingerichteten  
137 staatlichen Fonds zu beantragen. Da eine solche Bezuschussung nicht zur Dauerlösung werden  
138 darf, müssen von den Arbeitgeber\*innen zeitnah praktische Maßnahmen gefunden werden,  
139 höhere Stundenlöhne zu ermöglichen.

140 Trotz der Produktivitätssteigerung in Produktion und Verwaltung durch Prozesse der  
141 Automatisierung und Digitalisierung gehen wir davon aus, dass sich das Arbeitsvolumen von  
142 Arbeitnehmer\*innen in den meisten Bereichen kurz- und mittelfristig nicht verringert. Auf Basis  
143 dieser Annahme fordern wir daher, dass im Zuge der Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen oder  
144 Aufstockungen bereits im Betrieb angestellter Arbeitnehmer\*innen vollzogen werden, welche die  
145 Differenz an Arbeitsstunden pro Woche ausgleichen. So wird zwar das Stundenpensum der  
146 einzelnen Arbeitnehmer\*in reduziert, nicht aber das gesamte Stundenvolumen eines Teams, einer  
147 Abteilung oder eines Betriebs.

148 Auf lange Sicht werden technische Innovationen und die Automatisierung von Verwaltungs- und  
149 Produktionsprozessen zu einer weitreichender Substitution menschlicher Arbeit führen. Die  
150 Forderung nach vollem Personalausgleich kann angesichts dieser Entwicklungen nicht alleine  
151 stehen und soll im weiteren in einen breiteren Kontext gesetzt und durch weitreichende  
152 Forderungen ergänzt werden.

153 Die hier vorgeschlagene Regelung zum vollen Personalausgleich ist insbesondere auf die Periode  
154 bis zum Inkrafttretens des Gesetzes ausgelegt. So wird verhindert, dass bestehende 40-Stunden-  
155 Vollzeitäquivalente in 30-Stunden-Vollzeitstellen umgewandelt werden, ohne dass die dadurch  
156 entstehende wöchentliche Stundendifferenz durch Neueinstellungen oder Aufstockungen  
157 ausgeglichen wird.

158 Eine kürzere Wochenarbeitszeit erleichtert fraglos die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und  
159 trägt zudem dazu bei, unser Ziel einer geschlechtergerechten Verteilung der Care-Arbeit besser zu  
160 verwirklichen: Männer und vor allem Frauen, die heute in Teilzeit arbeiten, um noch Zeit zu finden,  
161 sich um Haushalt oder Kinder zu kümmern, könnten auf 30 Stunden aufstocken, während z.B. ihre  
162 Partner(\*innen), die heute 40 Stunden oder länger am Arbeitsplatz verbringen, durch die  
163 Verringerung ihrer Arbeitszeit endlich mehr zur unbezahlten Care-Arbeit beitragen können.

164 Zu der größeren Arbeits-Verteilungsgerechtigkeit durch eine Arbeitszeitverkürzung trägt auch bei,  
165 dass die neuen, aufgrund des Personalausgleichs geschaffenen Arbeitsplätze Menschen, die heute  
166 unfreiwillig in Teilzeit arbeiten oder anderweitig prekär beschäftigt sind sowie Arbeitslosen die  
167 Rückkehr oder den Eintritt in ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis ermöglichen.

168 Eine kürzere Normalarbeitszeit schafft darüber hinaus für viele Menschen, die heute aufgrund der  
169 überlangen Zeit, die sie am Arbeitsplatz verbringen müssen, keine Möglichkeit dazu haben, den  
170 Raum, sich ehrenamtlich - sozial oder politisch - zu engagieren und somit zum gesellschaftlichen  
171 Zusammenhalt beizutragen.

172 There is power in the union! Unsere Partner\*innen bei der Gestaltung von Arbeit 4.0

173 Das Thema Arbeitszeit wurde bereits von der IG-Metall in der Tarifrunde 2018 wieder auf die  
174 Agenda gesetzt. Die Gewerkschaft konnte einen beachtlichen Erfolg u.a. damit erzielen, dass  
175 Arbeitnehmer\*innen ihre Arbeitszeit für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren bis auf 28 Stunden  
176 pro Woche verkürzen können. Dies beweist, dass es möglich ist, der Kapitalseite in Verhandlungen  
177 mehr freie Zeit für die Arbeitnehmer\*innen abzutrotzen – allerdings gilt dies heute nur für die  
178 Arbeitnehmer\*innen besonders produktiver und profitabler Branchen wie der Elektro- und Metall-  
179 Industrie, die von der mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft Deutschlands vertreten werden. Um  
180 in Zukunft für immer mehr und schließlich alle Arbeitnehmer\*innen kürzere Arbeitszeiten zu  
181 erkämpfen, brauchen wie eine enge Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften und dem  
182 DGB. Doch nicht nur bei diesem Vorhaben sind die Gewerkschaften wichtige Partner\*innen: am  
183 arbeitnehmerfreundlichsten wird Arbeit 4.0 dann werden, wenn sie durch Arbeitnehmer\*innen  
184 selbst bzw. durch ihre Interessenvertreter\*innen gestaltet wird.

185 Am 29. Juni haben über 50.000 Menschen auf der Fairwandel-Demo der IG-Metall gezeigt, dass sie  
186 sich aktiv für eine gerechte Transformation der Arbeitswelt einsetzen wollen. Eine zentrale  
187 Forderung der Gewerkschafter\*innen lautet: Mehr Mitbestimmung und Beteiligung der  
188 Beschäftigten an den Veränderungsprozessen! Auch die anderen Mitgliedsgewerkschaften des  
189 Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der DGB-Bundesvorstand haben sich mit den  
190 Handlungsbedarfen für digitalisierte Arbeitswelten befasst.

191 Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist essentiell, um das Ausmaß der Veränderung in  
192 den einzelnen Branchen des deutschen Wirtschaftssystems zu verstehen. Breit angelegte  
193 theoretische Analysen sind wichtig. Wenn wir allerdings konkrete Forderungen stellen wollen,  
194 müssen wir verstehen, inwiefern einzelne Arbeitsfelder bereits von Automatisierung und  
195 Digitalisierung betroffen sind und was die Beschäftigten dort für Forderungen an die Politik stellen.  
196 Wir müssen das Rad nicht neu erfinden und können auf die Expertise unser-Bündnispartner\*innen  
197 vertrauen.

198 Dennoch dürfen wir nicht vernachlässigen, dass die Tarifdeckung und der gewerkschaftliche  
199 Organisationsgrad in Deutschland abnehmen. Solange betriebliche und unternehmerische  
200 Mitbestimmung nicht an allen Arbeitsplätzen gesichert sind, müssen wir Übergangsregelungen  
201 finden. Es ist zwingend notwendig, dass durch gute gesetzliche Regelungen vor allem auch  
202 Arbeitnehmer\*innen geschützt und gestützt werden, die ohne Tarifverträge betriebliche  
203 Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Unterstützung arbeiten. Die ist essentiell bei der fairen  
204 Gestaltung von Arbeit 4.0.

205 Bildung und Qualifizierung im Sinne der Beschäftigten ausbauen

206 Eine Transformation von Arbeit wird ohne Qualifizierung nicht gelingen. Diese Qualifizierung muss  
207 modern, bedarfsgerecht und nicht zu Lasten der Auszubildenden und Beschäftigten erfolgen.  
208 Doch die aktuelle berufliche Bildung ist veraltet und starr, sie geht nicht mit den aktuellen  
209 Bedürfnissen mit und setzt viel auf Eigenverantwortung. So wurde das Berufsbildungsgesetz  
210 (BBiG), welches die zentralen Fragen rund um Rechte und Pflichten von Azubis und  
211 Arbeitgeber\*innen, Eignung von Ausbildungsstätten und Vergütung regelt, seit Jahrzehnten  
212 immer nur unzureichend novelliert und nicht den Anforderungen angepasst. Damit einhergehend  
213 ist die Berufsschule oft auch nicht mehr in der Lage, digitale Kompetenzen zu vermitteln, weil die  
214 Schulen und das Lehrpersonal nicht gut genug ausgestattet sind. Die Diskrepanz zwischen  
215 Ausbildungsrahmenlehrplänen und den tatsächlichen Anforderungen der digitalisierten  
216 Arbeitswelt wird damit immer deutlicher und größer. Wie wir bereits analysiert haben, sind 82%  
217 der im DGB Index befragten Berufe von Digitalisierung betroffen, sollte dann nicht auch die  
218 digitale Kompetenzentwicklung eine wichtige Rolle spielen? Stattdessen erleben wir, dass

219 Berufsbilder sich so schnell so stark verändern, dass viele ausgebildete Fachkräfte am Ende nur  
220 wenige Möglichkeiten haben, ihren Beruf auszuüben. Zusätzlich dazu geht der Trend immer mehr  
221 in die Richtung von der verkürzten Ausbildung, womit keine gute Basis für Weiterbildung besteht  
222 und die Zeit für Kompetenzvermittlung noch knapper ist als mit einer regulären Ausbildung. Oft  
223 liegt es also in der Hand der Auszubildenden und Beschäftigten, wie sie sich diese Kompetenzen  
224 aneignen.

225 Wir brauchen eine echte Novellierung des BBiG, welches flexibler und schneller auf Veränderungen  
226 in der Arbeitswelt reagieren kann. Ebenso brauchen wir eine Anpassung der  
227 Ausbildungsrahmenlehrpläne und der Inhalte des Studiums. Lehrende und Ausbilder\*innen in der  
228 beruflichen Bildung müssen sich regelmäßig, mindestens aber einmal im Jahr in der Arbeitszeit  
229 fortbilden dürfen, um den Auszubildenden und Studierenden die bestmögliche Bildung  
230 zukommen zu lassen. Dazu gehört neben der Vermittlung von technisch relevanten Kompetenzen  
231 auch eine moderne Pädagogik und Methodik.

232 Aus-, Fort- und Weiterbildung zu beruflichen Zwecken darf keine Privatsache sein. Sie muss  
233 gesetzlich geregelt sein. Dazu gehört auch die Verankerung der Verantwortung von  
234 Arbeitgeber\*innen. Fort- und Weiterbildung, die Arbeitnehmer\*innen ermöglicht, ihren Beruf  
235 weiter auszuüben, muss von Arbeitgeber\*innen bezahlt und freigestellt werden. Wir dürfen nicht  
236 zulassen, dass Arbeitnehmer\*innen zusätzliche Kosten und Zeit aufbringen, um ihr  
237 Arbeitsverhältnis behalten zu können. Qualifikation, die dem Unternehmen nützt, muss auch von  
238 diesem bezahlt werden. Für jede weitere Bildungsmaßnahme müssen wir Regelungen schaffen, die  
239 eine ausreichende Freistellung bei garantiertem Rückkehrrecht in den Beruf beinhalten. Die  
240 Kolleg\*innen der IG Metall haben mit ihrem TV Bildung genau das erreicht: Mitglieder der IG Metall  
241 können sich für bis zu 7 Jahre weiterbilden und haben dann ein Recht, zu ihrem Arbeitsplatz  
242 zurückzukehren. Dass diese Bildungsvereinbarung für IG Metall Mitglieder möglich ist, ist ein  
243 riesiger Erfolg. Doch wir als politische Jugendorganisation müssen uns dafür einsetzen, dass dies  
244 allen Arbeitnehmer\*innen ermöglicht wird. Dazu braucht es starke Gewerkschaften und starke  
245 Betriebsräte. Dazu müssen wir auch das Betriebsverfassungsgesetz im Sinne der Beschäftigten  
246 stärken.

247 Weiterbildung braucht Zeit - den Bildungsurlaub stärken

248 Eine wichtige Voraussetzung für die Qualifikation und Emanzipation von Arbeitnehmer\*innen ist  
249 der Bildungsurlaub. Damit ist die bezahlte Freistellung von Arbeitnehmer\*innen gemeint, die der  
250 allgemeinen, der politischen, der beruflichen sowie der gewerkschaftlichen Bildung dienen soll.  
251 Arbeitnehmer\*innen müssen ihren Bildungsurlaub frei gestalten dürfen - er muss keiner  
252 ökonomischen Verwertungslogik dienen. Es ist angesichts des hohen Weiterbildungsbedarfs in der  
253 digitalisierten Arbeitswelt nicht hinnehmbar, dass es in Bayern und Sachsen keine gültigen  
254 Bildungsurlaubsgesetze gibt. Bildungsurlaub soll die vom Arbeitgeber finanzierte Qualifizierung  
255 nicht ersetzen, sondern ergänzen. Zusätzlich müssen Arbeitnehmer\*innen besser über die  
256 Möglichkeit, Bildungsurlaub zu beanspruchen, informiert werden. Wir fordern daher eine  
257 Aufklärungskampagne in allen Bundesländern, sowie eine Informationsveranstaltung in allen  
258 Berufsschulen am Anfang der Ausbildung.

259 Unternehmerische und betriebliche Mitbestimmung ausbauen

260 Wir Jusos stehen für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche auf dem Weg zu einer  
261 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Vor allem im Arbeitsleben brauchen wir eine starke  
262 demokratische Partizipation, da sie unmittelbar Einfluss auf andere Lebensbereiche hat. Dies  
263 erreichen wir durch Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung. Doch was bedeutet es,

264 betriebliche Mitbestimmung stärker auszubauen und mit mehr Rechten auszustatten? Wenn die  
265 Belegschaft das "Glück" hat in einem Betrieb zu arbeiten, in dem der Betriebsrat seine  
266 Kompetenzen tatsächlich anwenden kann, dann profitieren alle davon. Jedoch ist es in der Realität  
267 anders. Rechte von Betriebsräten werden systematisch unterdrückt.. Der Einfluss der Wirtschaft hat  
268 auch beim Betriebsverfassungsgesetz nicht Halt gemacht. So hat der Betriebsrat zwar umfassende  
269 Informations- und Anhörungsrechte, kann jedoch oft kein tatsächliches Veto gegen die  
270 Arbeitgeber\*innen einlegen. Wir Jusos dürfen nicht zulassen, dass betriebliche Mitbestimmung im  
271 Ermessen der Arbeitgeber\*innen liegt. Besonders deutlich ist dies in jenen Branchen sichtbar, die  
272 von absoluter Konkurrenz, Investor\*innenhörigkeit und Flexibilisierung dominiert werden. Um die  
273 Transformation der Arbeit partizipativ gestalten zu können, müssen Arbeitnehmer\*innen auch an  
274 wirtschaftlichen Entscheidungen unmittelbar beteiligt werden. Dazu gehört auch die  
275 Entscheidung über Investitionen, die Personalführung, Löhne, Arbeitsplätze, Börsengänge etc. Die  
276 unterschiedlichen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit werden wir nur aufheben, wenn  
277 sowohl Arbeitgeber\*innen als auch Arbeitnehmer\*innen gemeinsam über die Stoßrichtung von  
278 Unternehmen entscheiden dürfen. Zusätzlich dazu müssen wir auch diskutieren, wie wir die  
279 Unternehmen wieder zurückführen können in die Hände der Menschen, die ihre Arbeitskraft  
280 täglich zur Verfügung stellen.

281 Um zu verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion in Crowdfundingplattformen auslagern, um  
282 starke Mitbestimmungsrechte zu umgehen, müssen wir uns dafür einsetzen, dass Betriebsräte  
283 solche Entscheidungen auch durch ein Veto verhindern können.

284 Damit Arbeitnehmer\*innen mitbestimmen können, wie sie in Zukunft arbeiten wollen, muss die  
285 betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden. Betriebliche Mitbestimmung muss zur Pflicht  
286 werden. Dies kann durch die Verpflichtung zur Gründung von Wahlvorständen und zur  
287 Einberufung von Betriebsversammlungen erreicht werden. Sind die demokratischen  
288 Grundstrukturen nämlich nicht optional, sondern fester struktureller Bestandteil eines jeden  
289 Betriebs, Verringern sich automatisch die potentiellen Ansatzpunkte für böswillige  
290 Arbeitgeber\*innen diese Strukturen zu behindern oder zu unterbinden. Wir wollen Betriebsräte  
291 und Mitbestimmungsrechte weltweit stärken, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer\*innen  
292 gegeneinander ausgespielt werden.

293 Keine KI ohne Demokratie

294 Künstliche Intelligenzen (KI) sind bereits jetzt auf dem Weg dahin in vielen Berufen zu  
295 unverzichtbaren Werkzeugen zu werden. Sie können Röntgenbilder besser lesen als  
296 Radiolog\*innen, sie können Parkinson im Frühstadium erkennen, sie können unsere Infrastruktur  
297 und die Systeme unserer öffentlichen Daseinsvorsorge effizienter analysieren und steuern. Die KI  
298 Forschung ist ein zutiefst begrüßenswerter technologischer und gesellschaftlicher Fortschritt. Wie  
299 bereits alle bedeutenden technologischen Fortschritte der Geschichte zuvor, muss jedoch auch die  
300 Künstliche Intelligenz beziehungsweise die zugrunde liegenden Algorithmen und die verwendete  
301 Datengrundlage sowie die Datenqualität demokratisch kontrolliert werden, um Missbrauch und  
302 Ausbeutung zu unterbinden.

303 Algorithmen sind per se weder gut noch schlecht. Wenn selbstlernende Systeme in Unternehmen  
304 eingesetzt werden, wird damit in der Regel das Ziel verfolgt, Unternehmensprozesse effizienter zu  
305 gestalten. Im Bereich des Arbeitsschutzes kann dies für Beschäftigte von Vorteil sein, wenn  
306 beispielsweise ein selbstlernendes System auf eine Gefährdungslage am Arbeitsplatz hinweist. In  
307 anderen Bereichen wie dem Recruiting oder der internen Personalverwaltung wird es allerdings  
308 schnell zum Nachteil für Beschäftigte und Bewerber\*innen. Ethische Rahmenbedingungen für  
309 Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und

310 demokratische Kontrollinstrumente müssen daher dringend gesetzlich festgeschrieben werden.  
311 Wir orientieren uns dabei an den Forderungen der Gewerkschaften. Das bestehende  
312 Betriebsverfassungsgesetz sowie die landesspezifischen Personalvertretungsgesetze ermöglichen  
313 es den Beschäftigtenvertretungen bereits - zumindest rechtlich - beim Einsatz von Künstlicher  
314 Intelligenz im Unternehmen mitzubestimmen. Möchte ein Unternehmen oder eine Dienststelle  
315 beispielsweise das Bewerbungsportal und die Vorauswahl geeigneter Bewerbungen  
316 automatisieren, können die Beschäftigtenvertretungen mitentscheiden und die Maßnahmen auch  
317 ablehnen. Diese Abwägungen zu treffen wird für viele Interessenvertretungen immer mehr zu  
318 einer Herausforderung. Aus diesem Grund müssen Betriebs- und Personalräte eine fundierte  
319 Folgenabschätzung und Gefährdungsbeurteilung anfordern können. Mit Unterstützung von  
320 externem Sachverstand kann eine begründete Entscheidung getroffen werden. Um die  
321 Betriebsräte bei diesen anspruchsvollen Aufgaben zu unterstützen, soll beim Bundesministerium  
322 für Arbeit und Soziales eine KI Beratungs- und Kontrollstelle geschaffen werden. Die  
323 Personalvertretungen sollten nicht nur bei der Einführung neuer IT-Systeme Einblick in die  
324 zugrunde liegenden Algorithmen erhalten, sondern auch bei jeglicher Änderung am System  
325 umgehend darüber mitbestimmungspflichtig informiert werden. Das Unternehmen muss für das  
326 Handeln der KI rechenschaftspflichtig und haftbar sein. Bei Entscheidungen, die nicht auf  
327 Echtzeitberechnungen basieren, ist ebenfalls eine Person zu benennen, die eine Freigabe vor  
328 Umsetzung der Handlungen erteilen muss.

329 Die Gewinne der Digitalisierung fair verteilen

330 Roboter zahlen keine Einkommensteuer, künstliche Intelligenzen zahlen keine Rentenbeiträge und  
331 Automatisierung kann dazu führen, dass aus zwei Vollzeitstellen eine wird. Die Digitalisierung der  
332 Arbeitswelt stellt daher eine beachtliche Herausforderung für die öffentlichen Finanzen und die  
333 Sozialsysteme dar. Nur weil Umsätze und Gewinne von Maschinen und Algorithmen erwirtschaftet  
334 werden, hört der Kapitalismus jedoch nicht auf Kapital auf Seiten der Unternehmer\*innen und  
335 Arbeitgeber\*innen zu akkumulieren, im Gegenteil: Der digitale Wandel könnte durch beachtliche  
336 Produktivitätssteigerungen zu einer sich verschärfenden Ungleichverteilung von Vermögen führen  
337 – wenn wir nicht aktiv die Transformation gestalten und ihr Potential nutzen, den  
338 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu mehren. Die Schlüsselfragen für uns müssen sein: wie  
339 machen wir diese Erlöse der Digitalisierung für die gesamte Gesellschaft nutzbar? Welche  
340 politischen Instrumente können eine gerechte Verteilung sicherstellen? Welche Anpassungen  
341 müssen an unseren aktuellen Sozialsystemen vorgenommen werden?

342 Das langfristige arbeitsmarktpolitische Ziel ist es, diejenigen Arbeitsplätze und Berufsbilder, die  
343 aufgrund der Digitalisierung wegfallen werden, durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit  
344 und Zuwächse an anderen Stellen, wie zum Beispiel in der Forschung, hochqualifizierten  
345 technischen Berufen und in sozialen Berufen, auszugleichen. Bildung, Qualifizierung, die Steuerung  
346 dieser Prozesse durch umfassende betriebliche Mitbestimmung sowie einschlägige  
347 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Entlohnung sozialer Berufe sind dafür die Schlüssel.  
348 So wird es weiterhin eine breite Schicht berufstätiger Menschen geben, die in die Sozialsysteme  
349 einzahlen und Steuern zahlen. Diese Entwicklung wird jedoch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

350 Kurz- und mittelfristig werden dagegen erhebliche Herausforderungen auftreten. Diejenigen  
351 Industriearbeitsplätze, die wegfallen werden, sind meist überdurchschnittlich gut bezahlt. Die  
352 damit verbundenen Sozialversicherungsbeiträge und Steuerabgaben fallen damit ebenfalls weg.  
353 Direkte Umschulungen in ein anderes Berufsbild werden nicht sofort möglich sein - in manchen  
354 Fällen auch gar nicht. Nicht jede Lastwagenfahrer\*in kann ein\*e Data Scientist werden, nicht jede\*r  
355 Grubeningenieur\*in kann zu einer Pflegekraft umgeschult werden. Der demografische Wandel wird

356 die Sozialkassen noch zusätzlich belasten. Auch die Frage nach den gesamtgesellschaftlichen  
357 Verteilungsmechanismen und der Abschöpfung der Digitalisierungsgewinne bleibt durch reine  
358 Arbeitsmarktpolitik unbeantwortet.

359 Zum einen müssen wir also darüber nachdenken, wie die Arbeitnehmer\*innen und an den  
360 Gewinnen der Digitalisierung beteiligt werden können, damit die Wertschöpfung der Roboter und  
361 automatisierten Produktionsprozesse nicht nur in die Portemonnaies der wenigen Kapitalbesitzer  
362 fließt. Analog zur Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb müssen Schritte  
363 unternommen werden, um die Mitarbeiterbeteiligung am Kapital der Unternehmen  
364 voranzutreiben. Das durch die Digitalisierung sich immer weiter vermehrende und  
365 konzentrierende Kapital soll so nach und nach nicht mehr automatisch in das alleinige  
366 Privateigentum des\*der Unternehmers\*in übergehen, sondern langsam anteilig an die  
367 Arbeitnehmerschaft überführt werden. Dabei wird das Ziel verfolgt, die heute schon eklatant  
368 ungleiche Verteilung von Vermögen stetig mehr auszugleichen und der drohenden Verschärfung  
369 der Vermögenskonzentration entgegenzuwirken. Die Arbeitnehmer\*innen sollen darum auch  
370 nicht ihr höchstens in geringem Maße, oft auch gar nicht, vorhandenes Vermögen darauf  
371 verwenden müssen, Unternehmensanteile zu kaufen, sondern zusätzlich zu ihrem ausbezahlten  
372 Arbeitseinkommen einen Einkommensanteil in Aktien ausgehändigt bekommen.

373 Bei einem solchen Vorhaben darf jedoch nicht das Risiko außer Acht gelassen werden, dass  
374 Mitarbeiter\*innen im Falle einer Insolvenz des Unternehmens, in dem sie arbeiten, nicht nur ohne  
375 Job, sondern auch ohne das angesammelte Kapitalvermögen dastehen würden. Im Sinne der  
376 Arbeitnehmer\*innen muss deswegen eine überbetriebliche Lösung angestrebt werden, mit der die  
377 Mitarbeiter\*innen nicht zwangsläufig nur an den Gewinnen und eben auch möglichen Verlusten  
378 "ihres" Unternehmens teilhaben, sondern an denen eines übergreifenden Fonds, mit dem die  
379 gesamten Übergewinne durch digitalisierte und automatisierte Produktionsprozesse abgeschöpft  
380 werden können und durch den das Risiko für die Arbeitnehmer\*innen breit gestreut ist. Ein  
381 ähnlicher Vorschlag der Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmer\*innen wurde bereits in den 1980er  
382 Jahren in Schweden gegen große Proteste seitens der Arbeitgeber umgesetzt, wenig später jedoch  
383 im Zuge eines Machtwechsels hin zu einer konservativ-bürgerlichen Regierung wieder zunichte  
384 gemacht - wir fordern, die Debatte um eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer\*innen und  
385 schlussendlich auch Bürger\*innen am Kapitalvermögen im Rahmen der Digitalisierungsdebatte  
386 wieder aufzunehmen und zeitgemäß zu führen.

387 Darüber hinaus müssen wir zum anderen über die Einführung zusätzlicher Steuern nachdenken,  
388 die zur zukunftsfesten Finanzierung des Sozialstaats nutzbar gemacht werden und somit auch den  
389 Menschen, die sich nicht in einem Beschäftigungsverhältnis befinden, zu Gute kommen können.

390 Wir fordern die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe! Diese soll erhoben werden auf die  
391 Bruttowertschöpfung von Großunternehmen, und fließt direkt in die Sozialversicherungssysteme.  
392 Unsere österreichischen Genoss\*innen von der SPÖ haben die Wertschöpfungsabgabe bereits im  
393 Programm. Der Gedanke dahinter: mit zunehmender Automatisierung und Robotisierung nimmt  
394 die Anzahl an gut bezahlten Arbeitsplätzen - insbesondere in der Industrie - ab. Die Produktivität  
395 und damit zumeist auch die Bruttowertschöpfung der Unternehmen steigt jedoch. Das bedeutet,  
396 dass einerseits die Beitragszahlungen in die Sozialkassen abnehmen, während das erwirtschaftete  
397 Kapital der Unternehmen zunimmt. In diesem Zusammenhang ist die Ausweitung der  
398 Bemessungsgrundlage der Sozialversicherungen auf Kapitalerträge unvermeidbar. Mit einer  
399 solchen Wertschöpfungsabgabe werden somit sowohl die fehlenden Beitragszahlungen der  
400 Arbeitnehmer\*innen kompensiert, als auch aktiv die negativen Verteilungsdynamiken des  
401 digitalisierten Kapitalismus adressiert. Die Erhebung dieser Abgabe auf die Bruttowertschöpfung

402 anstatt auf die Gewinne von Unternehmen hat mehrere Vorteile: Gewinne können einfacher ins  
403 Ausland verschoben- oder ausgeschüttet werden, während die Wertschöpfung an den Standort  
404 gebunden ist. Ebenso können sich auch bei Unternehmen, die keine nennenswerten Gewinne  
405 erzielen, im Zuge der Digitalisierung erhebliche Produktivitätsgewinne einstellen. Die  
406 Wertschöpfungsabgabe zielt deshalb genau auf den Faktor ab, der von der Digitalisierung am  
407 direktesten betroffen ist, und schöpft die aus ihr resultierenden Produktivitätsgewinne für den  
408 Nutzen der gesamten Gesellschaft ab.

409 Kleine, mittlere, selbstständige und genoss\*innenschaftlich agierende Unternehmen sollen von der  
410 Abgabe zunächst ausgenommen werden. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass  
411 Industrieunternehmen durch Outsourcing von Produktionsprozessen an Subunternehmen die  
412 Wertschöpfungsabgabe umgehen. Hier müssen Lösungen gefunden werden, um das Problem der  
413 Subunternehmen, die zudem meist noch außerhalb von Tarifbindungen und soliden  
414 Mitbestimmungsstrukturen agieren, auf genereller Ebene anzugehen. Vor allem die  
415 Zusammenfassung von Stammbetrieben und deren Subunternehmen zu sogenannten  
416 unternehmerischen Einheiten anhand von Auftragsvolumen und Anteilseignung könnte eine  
417 Lösung darstellen.

418 Wir fordern die Einführung einer Kapitalertragsteuer auf digitalisierte Dienstleistungen. Für  
419 Dienstleistungen in denen es keine unmittelbare Wertschöpfungskette gibt, wäre eine  
420 Wertschöpfungssteuer ungeeignet. Ersetzen Beratungsfirmen jedoch beispielsweise  
421 Wirtschaftsprüfer\*innen durch den Einsatz einer Künstlichen Intelligenz (KI), erwirtschaftet diese KI  
422 ihnen trotzdem einen Ertrag. Hier stellt sich dieselbe Frage, wie wir sie bereits seit vielen Jahren im  
423 Rahmen der Abgeltungsteuer auf Aktien und Fonds diskutieren: warum sollten aus Kapital  
424 erwirtschaftete Gewinne (in diesem Fall ist die KI das Kapital) im Vergleich zu menschlicher Arbeit  
425 unbesteuert bleiben? Wir fordern deshalb eine Kapitalertragsteuer auf die Umsätze von  
426 Digitalkapital. Die Höhe des Kapitalertragsteuersatzes soll analog zum Einkommensteuersatz sein.

427 Über den Nationalstaat hinaus denken

428 In der heutigen digitalisierten Wirtschaft ist es für international agierende Konzerne legal möglich,  
429 sich weitgehend dem Fiskus zu entziehen, da die bestehenden nationalstaatlichen Regelungen  
430 nicht mehr greifen. So ist das vor etwa einhundert Jahren erdachte Konzept, dass die Besteuerung  
431 eines Unternehmens dort erfolgen soll, wo es eine physische Präsenz unterhält, also eine  
432 Betriebsstätte vorhanden ist, mittlerweile überholt. Die Wertschöpfung in der digitalen Wirtschaft  
433 geschieht nicht allein dort, wo eine Betriebsstätte steht – auch die Nutzer\*innen digitaler Dienste,  
434 insbesondere die Mitglieder sozialer Netzwerke, tragen mit ihren Nutzerdaten erheblich zur  
435 Wertschöpfung bei. Dieser Umstand muss sich, wie von der EU-Kommission im letzten Jahr bereits  
436 vorgeschlagen, im EU-Steuerrecht widerspiegeln. Die Debatte um eine entsprechende  
437 grundlegende Reform des Besteuerungsprinzips muss wieder prominent aufgenommen und zum  
438 Thema während der deutschen Ratspräsidentschaft gemacht werden. Die Bemühungen  
439 sozialdemokratischer Politiker\*innen, global geltende Mindestsätze für die Besteuerung von  
440 Unternehmen durchzusetzen sowie die Beschlüsse, sich im Falle eines Scheiterns dieses Vorhabens  
441 in einem weiteren Versuch für die Einführung einer sogenannten Digitalsteuer als Interimslösung  
442 auf europäischer Ebene einzusetzen, befürworten wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich.  
443 Darüber hinaus muss für eine weitergehende Angleichung aller für die digitalisierte Arbeitswelt  
444 relevanten Steuern in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) gekämpft und  
445 international härter gegen Steuerflucht vorgegangen werden.“

## **Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung**

Antrag B1\_2/19

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

# **B1\_2/19 Digitalisierung an Berliner Schulen ja, aber nicht um jeden Preis**

1 Der DigitalPakt markiert eine Zeitenwende für die Bildungspolitik in Deutschland dar. Durch die  
2 Grundgesetzänderung des Artikels 104c konnte die verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen  
3 werden, dass der Bund im großen Stil Bundesmittel in den Bildungsbereich gibt und die Länder  
4 finanziell unterstützt, um für eine bessere Ausstattung der Schulen zu sorgen und die digitale  
5 Infrastruktur zu verbessern. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt fünf  
6 Milliarden Euro zur Verfügung. Daraus ergeben sich durchschnittlich 137.000€ für jede Schule in  
7 Deutschland für die Anschaffung von digitalen Geräten, die den pädagogischen Konzepten der  
8 Schulen entsprechend eine grundlegende Digitalausstattung ermöglichen sollen. Darunter zählen  
9 z.B. interaktive Tafeln oder Server für schulinterne Netzwerke bzw. flächendeckendes WLAN.  
10 Gegenzug haben sich die Länder verpflichtet, die Digitalisierung Gegenstand der Lehrpläne zu  
11 machen und Lehrer\*innen entsprechend auszubilden. Diese Maßnahmen sollen die deutschen  
12 Schulen ins 21. Jahrhundert holen.

13 Berlin erhält insgesamt 257 Mio. Euro. Zusammen mit landeseigenen Mitteln für die Digitalisierung  
14 werden in diesem Jahr rund 38 Mio. Euro in die knapp 800 Berliner Schulen investiert. Um diese  
15 Mittel zu erhalten, muss jede Schule ein Medienkonzept erstellen und sich damit um eine  
16 Förderung bewerben. Es ist vorgesehen, dass der Schulträger den Antrag mit einem IT-  
17 Entwicklungskonzept und einem Konzept über die Sicherstellung von Wartung, Betrieb und  
18 Support der schulischen IT-Infrastruktur ergänzt. Die Senatsverwaltung für Bildung hat  
19 dementsprechend eine Beratungs- und Unterstützungsstelle eingerichtet, die bei der Umsetzung  
20 helfen soll. Der Mittelabfluss erweist sich jedoch als schwerwiegendes Problem. Bundesweit  
21 wurden bisher lediglich unter 200 Mio. Euro der insgesamt 5 Mrd. Euro abgerufen. Auch in Berlin  
22 sind beim Digitalpakt in der Senatsverwaltung und in den Bezirken die gleichen Probleme zu  
23 erkennen, wie auch bei anderen größeren Investitionsprogrammen und Verwaltungsmaßnahmen.  
24 Dieser Zustand kann niemanden zufrieden stellen.

25 Doch die Digitalisierung wartet nicht auf gesetzgeberische Vorgaben. Schon jetzt existieren an  
26 einigen Schulen in Deutschland Kooperationen mit IT-Unternehmen. Konzerne wie Samsung,  
27 Apple, Google und Microsoft haben die Leerstellen in der Bildungsinfrastruktur entdeckt und  
28 Schulen, die darunter leiden, dass ihre Lehr- und Lernmaterialien den Sprung ins 21. Jahrhundert  
29 noch nicht geschafft haben, nehmen diese Zusammenarbeit an. Es ist einerseits davon  
30 auszugehen, dass durch die im Zuge des Digitalpakts freigewordenen Mittel Schulen viel stärker als  
31 bisher in die technische Ausstattung investieren werden. Das führt dazu, dass sich die schulische  
32 Infrastruktur grundsätzlich ändert. Das ist per se nichts Schlechtes. Die Schulen sehen sich in der  
33 Notwendigkeit, ihre Infrastruktur so zu ändern, dass sie zu den lebensweltlichen Erfahrungen der  
34 darin lernenden Schüler\*innen passt. Nur muss darauf geachtet werden, dass sich Schulen durch  
35 die Festlegung auf bestimmte Produkte nicht von einzelnen IT-Unternehmen abhängig machen.  
36 Denn andererseits reicht die finanzielle Unterstützung an vielen Schulen längst nicht aus, um die  
37 durch Investitionsstaus oder Kürzungen des Bildungsetats hervorgerufenen löchrige Infrastruktur  
38 für die digitale Bildung auszustatten. Dies hat zur Folge, dass Schulen auch trotz des Digitalpaktes  
39 mit IT-Unternehmen kooperieren. Bisweilen sind es auch Schulen, die sich auf eigene Faust bei



40 Digitalfirmen bewerben, um Lehrkräftefortbildungen oder Ausstattung zu erhalten. In einigen  
41 Bundesländern braucht es nur die Zustimmung der Schulleitung, in anderen die des Schulträgers.  
42 Nicht nur dass diese Kooperationen das Werbeverbot untergraben, indem ausschließlich ein (oder  
43 einige wenige) Anbieter die technische Infrastruktur bestimmt und so die Schüler\*innen einseitig  
44 beeinflusst. Vielmehr kann die Verwendung digitaler Endgeräte mit darauf abgestimmten  
45 Programmen zu einer Monopolstellung führen, die den direkten Zugriff auf personenbezogene  
46 Daten der Schüler\*innen ermöglicht. Durch die im Schulalltag eingesetzten Geräte und  
47 Programme lassen sich Datenströme sammeln, die wiederum Aussagen über das Verhalten der  
48 Schüler\*innen zulassen. Das gilt es zu verhindern! Datensouveränität und europäische  
49 Datenschutzstandards müssen daher im Kontext des DigitalPakts mitgedacht und von staatlicher  
50 Seite garantiert werden. Dass IT-Unternehmen ihre Produkte anbieten, um Bildung zu  
51 digitalisieren, ist in Ordnung. Nur ist es Aufgabe der politischen Entscheidungsträger\*innen, dafür  
52 zu sorgen, dass dies im Einklang mit dem Erziehungs- und Bildungsauftrag und nicht aufgrund  
53 kapitalistischer Interessen geschieht. Das Zusammenwirken von IT-Firmen und Schulen muss  
54 letztlich von vornherein politisch vorgegeben werden – unabhängig vom DigitalPakt. Denn  
55 Bildung in der digitalen Welt unterscheidet sich letztlich im Kern nicht von der analogen: ihre  
56 Organisation muss weiterhin staatliche Aufgabe sein. Neben technischen Geräten und Software  
57 gibt es immer wieder vermehrt Verlage, die Schulbücher auch digital anbieten. Diese Entwicklung  
58 ermöglicht nicht nur einen besseren und interaktiveren Umgang mit Schulbüchern, sondern auch  
59 das Sparen von viel Papier. Gleichzeitig sind es jedoch die Schulbuchverlage, die hierbei  
60 monopolartig den Markt und die Möglichkeiten bestimmen. Die Länder müssen hier das digitale  
61 Arbeitsblatt selbst in die Hand nehmen und während der Erstellung von Rahmenlehrplänen die  
62 Voraussetzungen für digitale Lernmaterialien schaffen.

63 An der Bildung in Schulen sind nicht nur Lehrerinnen und der Senat beteiligt. Wir Jusos stehen für  
64 die Demokratisierung aller Lebensbereiche, so auch die Demokratisierung von Schule.  
65 Schülerinnen und Eltern müssen in den konkreten Prozess, wie Digitalisierung in den Schulen  
66 vorangetrieben wird, eingebunden werden. Die Einbindung der Schülerinnen ist zwingend  
67 notwendig, um die Praktikabilität, Nutzerinnenfreundlichkeit aber auch Akzeptanz zu garantieren. In  
68 Schulen, in denen es eine Schülerinnenvertretung gibt, muss diese hinzugezogen werden, auch  
69 bevor Entscheidungen fallen. In Schulen ohne Schülerinnenvertretung muss eine  
70 gesamtschulische Lösung gefunden werden. Sobald es um den Umgang mit Daten von  
71 Schüler\*innen als auch gravierende Veränderungen der Lernwelt geht, müssen auch die Eltern  
72 frühzeitig eingebunden werden.

73 Wir fordern daher von den sozialdemokratischen Mitgliedern der SPD-Abgeordnetenhausfraktion  
74 sowie der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie:

75 - die Einbindung von Schülerinnen und Eltern in jedem Schritt der Entscheidungsfindung  
76 gewährleistet werden. Hierbei soll gezielt auch mit den gewählten Vertretungen wie dem  
77 Landeseltern- und dem Landesschülerinnenausschuss gearbeitet werden. Zudem sollen die Rechte  
78 der Schulkonferenz dahingehend ausgebaut werden, als dass §76 (1) des Schulgesetzes des Landes  
79 Berlin um Entscheidungs- und Anhörungskompetenzen der Schulkonferenz bei Fragen, die den  
80 Prozess der Digitalisierung an der Schule betreffen, erweitert wird

81 • dass eine gesetzliche Vorgabe erarbeitet und verabschiedet wird, die eine Zusammenarbeit  
82 von IT-Unternehmen und Schulen nur nach Einverständnis durch die Senatsverwaltung für Bildung  
83 und unter Vorlage der entsprechenden Verträge

84 dass ein gesetzlicher Rahmen an Mindestanforderungen aufgestellt wird, die erfüllt sein müssen, damit die  
85 Senatsverwaltung für Bildung Einverständnis erteilt

86 • dass über die bereits geplante Personalaufstockung hinaus weitere Stellen zeitnah  
87 geschaffen werden, die die an den Berliner Schulen eingesetzten Geräte/Software unter Einbezug  
88 des Medienkonzepts konstant pädagogisch betreuen und evaluieren

- 89 • dass die Entwicklung von Medienkonzepten sowie Fortbildungsplanungen der Kollegien  
90 von den zuständigen IT-Betreuer\*innen zusammen mit pädagogischen Fachleuten angeleitet und  
91 in regelmäßigen Abständen mithilfe von einem aufzustellenden Qualitätsraster überprüft wird
- 92 • dass das Land Berlin nach alternativen Unternehmen sucht und diese den Schulen  
93 gegenüber kommuniziert
- 94 dass die Personalsituation und die internen Verwaltungsprozesse so anzupassen sind, dass in  
95 diesem Kalenderjahr der erste Mittelabfluss der Fördergelder gewährleistet ist
- 96 • dass das Land Berlin aus dem bestehenden Anbieter\*innen-Pool eine nicht-kommerzielle  
97 Lehr- und Lehrplattform als Standard für alle allgemein bildenden Schulen definiert, die höchsten  
98 Datenschutz-Anforderungen genügt. Entspricht keine bereits existierende Lehr- und Lernplattform  
99 diesen Anforderungen, muss das Land eine entsprechende Plattform entwickeln bzw. entwickeln  
100 lassen
- 101 dass das Land Berlin (ggf. in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern) neue Lösungen und  
102 Verfahren für digitale Lernmaterialien erarbeitet. Hierzu können Kooperationen mit  
103 Schulbuchverlagen, genauso wie die Erstellung neuer Lernmaterialien und neue Konzepte für  
104 digitale Lernumwelten zählen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B2\_2/19 Gute Bildung braucht eine gute Ausbildung. Quereinstieg jetzt reformieren**

1 In den letzten zehn Jahren wurden viele Maßnahmen unternommen, um die Bildungskrise in Berlin  
2 abzuwenden. Im Rahmen des Programms "Quereinstieg" konnten landesweit in den letzten fünf  
3 Jahren mehrere hundert Stellen an den Schulen pro Schuljahr besetzt werden. Mit der Öffnung des  
4 Schuldienstes für fachfremde Personen gelang es zudem, die Kollegien diverser zu gestalten, da  
5 nun mehr Menschen mit anderen beruflichen Hintergründen an den Berliner Schulen arbeiten. War  
6 der Quereinstieg anfangs als flankierende Maßnahme gedacht, um wenige offene Stellen zu  
7 besetzen, machen Quereinsteigende einen immer größeren Teil der neu eingestellten  
8 Lehrer\*innen und Lehramtsanwärter\*innen aus. Von den rund 3000 eingestellten Lehrkräften für  
9 das Schuljahr 2019/2020 wurden rund 400 Stellen mit Quereinsteigenden besetzt. Vor allem an  
10 Schulen in so definierten sozialen Brennpunkten ist der Anteil an Quereinsteiger\*innen besonders  
11 groß. Das ist pädagogisch betrachtet erst einmal kein Grund zur Beunruhigung, denn wie  
12 angesprochen, bringen Quereinsteigende andere Sichtweisen und auch berufliche Erfahrungen  
13 mit, die den Schüler\*innen genau so gut oder sogar mehr Vorbild sein können als das regulär  
14 ausgebildete Lehrkräfte sind. Für die Quereinsteigenden bedeutet das aber vielfach eine größere  
15 Belastung. Erst recht, wenn sie sich in der Ausbildung befinden. Denn die fehlende personelle  
16 Ausstattung wie auch die oftmals gesteigerten pädagogischen Anforderungen führen in solchen  
17 Fällen dazu, dass sich Berufseinsteiger\*innen stark überfordert fühlen. Abhilfe können hier sowohl  
18 der Austausch mit als auch Unterstützung durch andere Kolleg\*innen, bspw. durch  
19 Doppelsteckungen in den Klassen oder vertrauensvolles Mentoring, schaffen. Leider fehlen oftmals  
20 genaue Kenntnisse darüber, welche Quereinsteiger\*innen wo unterrichten und wie sich die  
21 Kollegien in Anbetracht der Schüler\*innenschaft zahlenmäßig verhält, um mit entsprechenden  
22 Maßnahmen zu entlasten.

23 Auch berechtigt nicht jeder Studienabschluss zur Aufnahme in den Quereinstieg in das Lehramt für  
24 allgemeinbildende Schulen. Ein Quereinstieg in den Lehrberuf ist nur dann möglich, wenn es für  
25 das Unterrichtsfach, das dem Studienabschluss des\*der Bewerber\*in entspricht, einen Bedarf an  
26 den Berliner Schulen gibt. Außerdem ist Voraussetzung für eine Einstellung, dass die potenziellen  
27 Quereinsteigenden von einer Schule für eine unbefristete Beschäftigung ausgewählt wurden. Die  
28 Hürden für den Quereinstieg sind also relativ hoch. Erst dann kann der Vorbereitungsdienst (das  
29 Referendariat) berufsbegleitend begonnen werden. Dieser hat, wie bei den regulären  
30 Lehramtsanwärter\*innen, das Ziel, die Fähigkeit zu selbstständigem, berufsbezogenem Handeln in  
31 Schule, Unterricht und Erziehung zu fördern und zu befähigen, Entwicklungsprozesse der Schulen  
32 mit zu gestalten. Den 18-monatigen Vorbereitungsdienst für das Lehramt durchlaufen alle  
33 Referendar\*innen in Vollzeit. Nur unterscheiden sich die in dem Rahmen zu unterrichtenden  
34 Stunden erheblich. Während reguläre Lehramtsanwärter\*innen bis zu acht Stunden an den  
35 Schulen eingesetzt werden dürfen, beträgt die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung für  
36 Quereinsteigende ab dem Schuljahr 2019/2020 17 Stunden (Regelstundenmaß für  
37 Gymnasiallehrkräfte in Vollzeit beträgt 26 Stunden). Vielfach werden sie außerdem für  
38 fachfremden, d.h. Vertretungsunterricht eingesetzt. Das kann dazu führen, dass das eigentliche

39 Ziel, nämlich das Erreichen der professionellen Handlungskompetenz im Kontext des Lehrberufs  
40 aufgrund einer Überforderung nicht bzw. nur bedingt erreicht wird. Quereinsteigende brauchen  
41 neben der gleichen Betreuung in der Ausbildung auch gleiche arbeitszeitliche  
42 Rahmenbedingungen, um den Anforderungen gerecht zu werden und sich trotzdem angemessen  
43 auf den so wichtigen Lehrberuf vorbereiten zu können. Für die Betreuung an den Schulen werden  
44 pro Referendariatsplatz nur wenige Minuten vom Land zur Verfügung gestellt. Dies ist mit der  
45 Durchführung einer ausgewogenen und individuell abgestimmten Betreuung kaum vereinbar.  
46 Daraus folgt, dass die schulpraktische Betreuung vom Engagement der dort tätigen Fachlehrkräfte  
47 abhängt. Damit aber zentrale Bausteine für eine gelungene Ausbildung wie detaillierte Beratungs-  
48 bzw. Auswertungsgespräche für alle auszubildenden Lehrkräfte möglich ist, bedarf es erheblicher  
49 Entlastungen. Eine große Hürde zur guten Betreuung von Quereinsteigenden ist auch die fehlende  
50 Vergleichbarkeit von Konzepten der Bezirke. Viele Bezirke haben eigene Mechanismen und  
51 Programme im Umgang mit Quereinsteigenden, ein Austausch findet kaum statt. Nur im  
52 Austausch können aber Best-Practise Beispiele ausgetauscht und umgesetzt werden

53 Wir fordern die zuständigen sozialdemokratischen Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion sowie  
54 die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie auf, die Rahmenbedingungen für die Ausbildung des  
55 Quereinstiegs allgemeinbildende Schulen und berufsbegleitenden Referendariats zu überarbeiten,  
56 um Überbelastung bei den Lehramtsanwärter\*innen vorzubeugen und eine angemessene  
57 fachliche Betreuung sicherzustellen.

58 Konkret fordern wir,

- 59 · dass das Stundendeputat, also die tatsächlich an den Schulen zu unterrichtenden Pflichtstunden  
60 spürbar reduziert werden, dabei aber die für den Lehrberuf so wichtige fachliche Ausbildung im  
61 Vorbereitungsdienst durch eine Verlängerung von höchstens drei Monaten sichergestellt wird.
- 62 · ein bezirksübergreifendes Monitoring durchzuführen, das die Verteilung aller quereinsteigenden  
63 Lehrkräfte an den Schulen genau aufschlüsselt
- 64 · ein für die in Ausbildung befindlichen Quereinsteiger\*innen abgestimmtes Konzept zur  
65 Verteilung zu erarbeiten, sodass eine Durchmischung aller Referendar\*innen sichergestellt ist
- 66 · ein überarbeitetes Konzept für Ermäßigungsstunden derjenigen Schulen/Lehrkräfte, die  
67 Quereinsteigende betreuen, um den entstehenden Mehraufwand auszugleichen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **B3\_2/19 Schüler\*innenhaushalt auf alle Schulen ausweiten**

1 Das Konzept von Schüler\*innenhaushalten ist einfach. Die Schüler\*innen einer Schule bekommen  
2 eine Summe Geld zur Verfügung gestellt, arbeiten Verwendungsvorschläge aus und entscheiden in  
3 einem demokratischen und angeleiteten Verfahren über die Umsetzung. Damit wird bei den  
4 Schüler\*innen nicht nur die Erkenntnis gefördert, wie demokratische Strukturen funktionieren,  
5 sondern auch, dass Sie Erfolg haben.

6 Aktuell nehmen 33 Schulen an diesen Projekt Teil. Im Rahmen der Qualitätsoffensive der  
7 Senatsbildungsverwaltung ist die Ausweitung des Projekts auf alle Bezirke vorgesehen. Diese  
8 Schritte sind sehr begrüßenswert, gehen aber noch nicht weit genug. Oftmals gibt es Unklarheiten,  
9 wer das Geld für die einzelnen Schulen bereitstellt. Sei es die Schule selbst, der Bezirk, oder die  
10 Senatsbildungsverwaltung. Damit diese Unklarheiten der landesweiten Umsetzung des Projekts  
11 nicht länger entgegenstehen, fordern wir

12 1. Die Bereitstellung eines verbindlichen von der Größe der einzelnen Schulen abhängendes  
13 Budget zwischen 1.000 und 5.000 Euro im Jahr pro Schule. Die Gelder sollen diesem Projekt  
14 zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

15 2. Eine Erhöhung des Fördervolumen des „Schüler\*innenhaushalt“ als Projekt der  
16 „Servicestelle Jugendbeteiligung“. Die Gelder sollen insbesondere für eine Aufstockung des  
17 Personals zweck adäquater Begleitung der Schüler\*innen verwendet werden.

18 3. Die Ausweitung der Schulen hat sich an den Kapazitäten des Projekts zu orientieren. Die  
19 Anzahl der Teilnehmenden Schulen (Siehe Punkt 1) ist parallel zu diesen Kapazitäten (Siehe  
20 Punkt 2) aufzustocken. Ziel ist es im Jahr 2025 alle Berliner Schulen, von diesem Projekt zu  
21 erfassen.

22 4. Dazu sollen die im Rahmen der „Strategie für die politische Bildung an Berliner Schulen“ im  
23 Haushalt 2020/21 veranschlagten 3.000€ pro Schule (ges.: 0,89 Mio € 2020 und 2,0 Mio € 2021)  
24 für das Projekt verwendet werden.

25 5. Inhaltlich, soll das Projekt eine verstärkte Anknüpfung an die im Schulgesetz verankerten  
26 Entscheidungsstrukturen erfahren. Langfristig, soll sich das Projekt derart etablieren, dass der  
27 Schüler\*innenhaushalt, ein reguläres, der GSV zur Verfügung stehendes Gestaltungsmittel ist.

## Antragsbereich E: Europa und Internationales

### Antrag E1\_2/19

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## E1\_2/19 Solidarität mit Rojava

1 Rojava bedeutet Westkurdistan und bezeichnet das Gebiet in Nordsyrien, das an die Türkei grenzt.  
2 Seit einigen Jahren steht der Begriff jedoch ebenso für das gesellschaftliche Projekt, dass sich in  
3 dieser Region, den autonomen kurdischen selbstverwalteten Gebieten, entwickelt hat.

4 Die autonomen kurdischen Gebiete erklärten am 17. März 2016 gemäß des Konzepts des  
5 demokratischen Konföderalismus ihre Autonomie innerhalb des syrischen Staates. Seitdem gilt auf  
6 dem Gebiet Rojavas, das eine Bevölkerung von 4,6 Millionen Menschen unterschiedlicher Kulturen  
7 und Religionen umfasst, der sogenannte Gesellschaftsvertrag, ein Projekt das möglich gemacht  
8 wurde durch den Rückzug syrischer Regierungstruppen aus dem Gebiet und der Aufgabe der  
9 Kontrolle über das Gebiet durch Syrien 2013.

10 Der Gesellschaftsvertrag für Rojava bildet die Grundlage eines Projektes, das derzeit einzigartig ist,  
11 weil es auf Selbstverwaltung basiert. Das Gebiet Rojava wird in drei Kantone - Efrîn, Kobanê und  
12 Cizîrê - unterteilt. In jedem der drei Kantone werden Kantonalräte gebildet, denen jeweils eine  
13 quotierte Doppelspitze vorsteht - ein Prinzip das überall dort greift, wo ein Vorstand benötigt wird,  
14 gleich auf welcher Ebene. Unterhalb dieser Ebene hat jede Kommune - Dörfer und Stadtteile - das  
15 Recht einen eigenen Rat zu bilden. Das Initiativrecht für Gesetze liegt bei den Kommunalräten, das  
16 Beschlussrecht bei den Kantonsräten. Der Gesellschaftsvertrag von Rojava macht kaum  
17 Vorschriften darüber wie das Leben in den Kommunen oder Kantonen zu regeln ist - das bleibt  
18 jeder Gliederung überlassen. Er bestimmt nur einige allgemeine Prinzipien: alle gesprochenen  
19 Sprachen sind Amtssprachen, absolute Gleichberechtigung von Männern und Frauen, absolute  
20 Religionsfreiheit, Abschaffung der Todesstrafe, Achtung der Menschenrechte. Ein Exekutivrat für  
21 alle drei Kantone wacht über die Einhaltung dieser Prinzipien und bei ihm können alle Menschen  
22 Beschwerde einlegen, wenn sie der Auffassung sind, dass ein beschlossenes Gesetz diesen  
23 Prinzipien widerspricht.

24  
25 Rojava ist ein einzigartiges Projekt. Umso bemerkenswerter ist es durch die Tatsache, dass alle  
26 natürlich vorkommenden Ressourcen vergesellschaftet sind und Privateigentum nur solange  
27 existiert, wie die Eigentümer\*innen es der Gemeinschaft zur Verfügung stellen. Die Revolution, die  
28 zu diesem Gesellschaftsvertrag führte ist vielleicht auch die erste, die überwiegend von Frauen\*  
29 getragen wurde, und bei der der Großteil der Kämpfe - vor allem gegen den sogenannten IS - fast  
30 vollständig von reinen Frauen\*milizen getragen wurde. Abgesehen davon, dass es also ein radikal-  
31 demokratisches und feministisches Projekt ist, ist es auch ein sozialistisches.

32  
33 - Als Sozialist\*innen erklären wir daher unsere Solidarität mit diesem Projekt.

34  
35 Schon seit längerem plant die türkische Regierung einen Einmarsch in das Gebiet Rojavas, um eine  
36 "Pufferzone" zu errichten. Diese Pläne stellen eine massive Bedrohung der erkämpften Autonomie  
37 der Menschen in Nordostsyrien dar.

38 Bereits im Januar 2018 wurde die Stadt Afrin und die umliegende Region von türkischen Truppen  
39 erobert und besetzt. Dies bedeute das Ende des emanzipatorischen und demokratischen Projekts  
40 Rojava in Afrin. Während des Einmarschs der türkischen Armee kamen auch Panzer aus deutscher  
41 Produktion zum Einsatz. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2019 genehmigte die  
42 Bundesregierung den Export von Kriegswaffen in die Türkei im Wert von 23.3 Millionen Euro.

43 - Wir fordern daher Außenminister Heiko Maas dazu auf, darauf hinzuwirken, dass Erdogan von  
44 seinen Plänen eines Einmarschs türkischer Truppen in das Gebiet Rojavas absieht.

45 - Wir fordern Verhandlungen mit den beteiligten Kriegsparteien, insbesondere Russland und den  
46 USA aufzunehmen, um die kurdischen Gebiete vor Angriffen durch die Türkei zu schützen und die  
47 kurdische Autonomie weiterhin zu gewährleisten

48  
49 - Wir fordern ein Ende der Genehmigungen und Ausfuhren von Waffen aus Deutschland in die  
50 Türkei. Der aggressiven und menschenverachtenden Außenpolitik der türkischen Regierung muss  
51 jegliche Unterstützung entzogen werden.

52  
53 In den Selbstverwalteten kurdischen Gebiete in Nordost Syrien sitzen 7000 IS-Kämpfer in  
54 Gefangenschaft. Sie sind in den letzten Monaten des sogenannten IS festgenommen worden und  
55 gehören demnach zum harten Kern. Ebenso sind dort circa 70000 Frauen und Kinder, die einst zum  
56 IS-Kalifat gehörten, untergebracht. Ungefähr 400 der dort untergebrachten Personen kommen aus  
57 Deutschland. Die Gefangenen üben durch ihre bloße Anwesenheit einen enormen Druck auf die  
58 junge Selbstverwaltung aus. Beobachter des größten Lagers al-Hol gehen davon aus, dass der  
59 sogenannte IS sich dort weiter organisiert.

60  
61 - Wir unterstützen daher die Forderung der Verwaltung Rojavas, die Personen in ihre  
62 Herkunftsländer zurückzuholen.

63 Die Bundesregierung braucht ein grundsätzliches Konzept im Umgang mit ehemaligen IS-  
64 Kämpfern und Unterstützer\*innen aus Deutschland. Ehemalige IS-Anhänger\*innen müssen in  
65 Deutschland angeklagt, verurteilt und gegebenenfalls zusammen mit ihren Kindern deradikalisiert  
66 werden. Deutsche Staatsangehörige müssen nach Deutschland zurückgeholt werden. Frankreich  
67 hat bereits in Einzelfällen schon so gehandelt.

68 Für die Möglichkeit der Rückführung ist es zwingend erforderlich, dass die Situation jeder  
69 einzelnen Person vor Ort geprüft werden kann. Dazu muss die Bundesregierung Gespräche mit  
70 den Akteur\*innen vor Ort aufnehmen und ein ständige Vertretung einrichten. Die bereits  
71 bestehende Vertretung Rojavas in Berlin ist dazu erster Anlaufpunkt.

72 Zur Stabilisierung der Lage vor Ort und Unterstützung der Kurdischen Bewegung gehört auch ein  
73 Beitrag zur Aufarbeitung der Verbrechen des IS. Wir fordern daher die Einrichtung eines  
74 internationalen Tribunals. Eine rechtliche Aufarbeitung vor Ort soll dabei einer Rückführung nicht  
75 im Wege stehen oder gar ein Feigenblatt für eine vermeintlich gescheiterte Rückführung werden.

76

77 - Wir fordern daher die Aufnahme von quasi diplomatischen Beziehungen zur kurdischen  
78 Selbstverwaltung in Rojava.

79

80 - Wir fordern zudem die Rückführung der in Rojava inhaftierten deutschen Staatsbürger\*innen und  
81 deren Kinder.

82

83 Als Antwort auf die Frage der IS Rückkehrer\*innen beschloss der Bundestag im Juli eine Änderung  
84 des Staatsbürger\*innengesetzes, die unter anderem enthält, dass Menschen, die zwei  
85 Staatsbürger\*innenschaften besitzen, die deutsche aberkannt werden kann, wenn sie sich einer  
86 ausländischen Terrororganisation anschließen.

87 Dies ist ein fatales Signal. Es teilt Menschen in Bürger\*innen erster und zweiter Klasse. Straftaten  
88 die Menschen begehen - wie etwa die Mitgliedschaft in einer Terrororganisation- werden  
89 unterschiedlich gewertet. Menschen die nur die deutsche Staatsbürger\*innenschaft besitzen  
90 müssen sich dafür vor einem deutschen Gericht verantworten. Menschen die zwei  
91 Staatsbürger\*innenschaften besitzen werden des Landes verwiesen in dem sie zum Teil groß  
92 geworden sind und sind teils härteren und auch der Todesstrafe ausgesetzt, obgleich sie die  
93 gleiche Tat begangen haben. Das läuft unserem Verständnis von Rechtsstaat klar entgegen.

94

95 - Wir fordern darum die SPD Bundestagsfraktion und die Justizministerin Christine Lambrecht auf,  
96 diese Änderung rückgängig zu machen.

97

98 Während die Kämpfer\*innen der Volks-und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) medial  
99 für ihren entschiedenen Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat bejubelt werden, wurde  
100 in Deutschland das Zeigen ihrer Fahnen 2017 teilweise verboten. Wir bekräftigen unsere  
101 Forderung nach einem Ende der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in  
102 Deutschland und Europa. Hierzu müssen alle geltenden Verbote kurdischer Organisationen in der  
103 Bundesrepublik aufgehoben werden. Die Verfolgung von antifaschistischem und  
104 emanzipatorischem Engagement muss beendet werden.

105

106 - Wir bekräftigen unsere Forderungen aus dem vom Bundeskongress 2018 beschlossenen Antrag  
107 „Keine Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime“ und dem von der ersten LDK der Jusos Berlin  
108 2018 beschlossenen Initiativantrag „Bijî azadî! Es lebe die Freiheit!“.

109

110 - Als Ausdruck der Solidarität und Anerkennung der Demokratisierung nach jahrzehntelanger  
111 autoritärer Herrschaft und Unterdrückung durch die syrischen Baath-Partei strebt die Stadt Berlin,  
112 die für sich mit dem Slogan "Hauptstadt der Freiheit" wirbt, eine Städtepartner\*innenschaft mit  
113 einer Stadt aus Rojava an.

114

115 Städtepartner\*innenschaften bieten eine gute Möglichkeit zur Verstetigung internationalen  
116 Austauschs auf Gebieten wie Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft. Als Vorbild hierfür kann die  
117 Partner\*innenschaft zwischen der italienischen Hauptstadt Rom und der in Rojava gelegenen Stadt  
118 Kobane dienen



Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **E2\_2/19 Handelsabkommen EU-Mercosur: Kein Abkommen zu Lasten von Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz sowie bäuerlicher Landwirtschaft!**

1 Die EU und der südamerikanische Staatenbund Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay und  
2 Uruguay) wollen gemeinsam die größte Freihandelszone der Welt aufbauen. Nach jahrelangen  
3 Verhandlungen verkündete EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker Ende Juni 2019, dass die  
4 Vertragspartner\*innen eine politische Einigung erzielt haben.

5 Das Abkommen soll über den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen den  
6 Warenaustausch stärken und Unternehmen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe bringen. Der  
7 Staatenbund Mercosur ist mit einer Bevölkerung von mehr als 260 Millionen Menschen einer der  
8 großen Wirtschaftsräume der Welt. Die EU kommt sogar auf mehr als 512 Millionen Einwohner. Die  
9 Exporte von EU-Unternehmen in die vier Mercosur-Staaten beliefen sich 2018 auf rund 45  
10 Milliarden Euro, in die andere Richtung waren es Ausfuhren im Wert von 42,6 Milliarden Euro. Die  
11 Mercosur-Staaten exportieren vor allem Nahrungsmittel, Getränke und Tabak in die EU. Von dort  
12 gehen wiederum vor allem Maschinen, Transportausrüstungen sowie Chemikalien und  
13 pharmazeutische Produkte nach Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

14 Laut EU-Kommission werden die Vertragspartner\*innen den Entwurf nun juristisch prüfen und das  
15 endgültige Abkommen ausformulieren. Dann soll der Vertrag dem Europäischen Parlament und  
16 den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden.

17 Umwelt- und Verbraucherschützer\*innen mahnen vor den sozialen und ökologischen Risiken bei  
18 Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens bei derzeitigem Stand des Verhandlungstextes. Sie  
19 befürchten, dass damit größere Hindernisse bei Durchsetzung von Standards zum Schutz der  
20 Umwelt, der Gesundheit und der Menschenrechte aufgebaut werden.

21 Schon heute führen der Soja-Anbau sowie das Wachstum der Rinderherden beispielsweise in  
22 Brasilien zu massiver Abholzung, Landkonflikten und einer Verschärfung der Klimakrise. Soja aus  
23 dem Mercosur landet massenhaft in den Futtertrögen der europäischen Megaställe und  
24 Mastanlagen. 94 Prozent des Sojaschrots und 52 Prozent der Sojabohnen, die die EU auf dem  
25 Weltmarkt einkauft, stammen aus dem Mercosur. Die europäische Überschussproduktion von  
26 Fleisch und Milch wäre ohne die riesige Einfuhr von Soja und anderen Futtermitteln überhaupt  
27 nicht aufrecht zu erhalten.

28 Weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde rechtliche Verankerung des in der EU geltenden  
29 Vorsorgeprinzips. Im Entwurf des Vertragstextes findet das Vorsorgeprinzip einmalig Erwähnung  
30 im nicht-sanktionsbewährten Nachhaltigkeitskapitel. Diese ist weitgehend zahnlos, denn Verstöße

31 gegen dessen Bestimmungen können nicht unter dem Staat-Staat-Streitschlichtungsmechanismus  
32 des Abkommens behandelt werden.

33 Das Assoziationsabkommen sieht außerdem die Einrichtung eines Unterausschusses für  
34 Lebensmittelsicherheit vor (sogenanntes SPS Subcommittee), unter dem wiederum mehrere  
35 Dialoggruppen eingerichtet werden sollen. Diese befassen sich unter anderem mit  
36 Biotechnologie, Pestizidrückständen, Tierwohl und Antibiotika-Resistenzen. Teilnehmen sollen  
37 "Repräsentant\*innen der Vertragsparteien mit technischer Expertise", was mithin auch  
38 Industrievertreter\*innen oder Expert\*innen mit Verbindungen zur Lebensmittelindustrie umfassen  
39 kann. Bislang sieht der Vertragsentwurf keinerlei Regelungen zur parlamentarischen Kontrolle des  
40 Ausschusses vor.

41 Die zahlreichen Landkonflikte, die der Vormarsch des Agrobusiness in den Mercosur-Staaten  
42 anheizt, machen handelspolitische Regeln zum Schutz der Menschenrechte notwendig. Im  
43 Abkommen muss ein effektiver Schutz vor Landnahme für Betroffene rechtlich verankert werden,  
44 etwa gemäß dem UN-Konzept zur freien, vorherigen und informierten Zustimmung.

45 Bislang sieht das Assoziationsabkommen keinerlei Stärkung der viel zu schwachen  
46 Menschenrechtsklausel vor, die die EU in ihre Handelsverträge integriert. Diese erlaubt zwar  
47 grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferenzen bei schwerwiegenden Verstößen, jedoch  
48 kam es aufgrund der hohen Hürden, die die EU für die Aktivierung der Menschenrechtsklausel  
49 errichtete, bisher nie zu Handelssanktionen. Die Wirksamkeit der Klausel wird auch durch das  
50 Fehlen effektiver Monitoring- und Beschwerdeinstanzen eingeschränkt.

51 Eine zukunftsweisende Handelspolitik entscheidet sich nicht in der Wahl zwischen radikalem  
52 Freihandel oder Protektionismus, sondern ist auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet, die  
53 die Zukunftsfragen der Menschheit wie den Klimaschutz, die Erhaltung der Biodiversität und den  
54 Schutz von Freiheits- und Grundrechten ins Zentrum rückt.

55 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung sowie die S&D-  
56 Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich für folgendes Ziel einzusetzen:

57 Im Handelsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den Mercosur-Staaten (Brasilien,  
58 Argentinien, Paraguay und Uruguay) sind Menschenrechte, geltende EU-Standards im Klima-,  
59 Umwelt-, und Verbraucherschutz rechtlich zu verankern. Deren Einhaltung und Durchsetzung hat  
60 der parlamentarischen Kontrolle des Europäischen Parlaments zu unterliegen. Zudem hat der  
61 Umgang mit den diesjährigen Bränden im südamerikanischen Regenwald, die teils durch  
62 menschengelagte Feuer entstanden, gezeigt, dass insbesondere die brasilianische Regierung nicht  
63 an dem Schutz dieses enorm wichtigen Ökosystems interessiert ist. Die Nutznießer der  
64 Brandrohungen dürfen von einem Freihandelsabkommen nicht profitieren. Im Sinne der  
65 notwendigen Anstrengungen im Kampf gegen die Klimakrise darf dem Handelsabkommen EU-  
66 Mercosur nur bei Verankerung folgender Punkte zugestimmt werden.

67 Konkret bedeutet das im Einzelnen:

68 Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens (u.a. keine Ausweitung von Weide- und  
69 Anbauflächen durch Abholzung des Regenwaldes)

70 die Einhaltung der ILO-Normen

71 Stärkung und effektive Durchsetzung der Menschenrechtsklausel, u.a. Einführung von  
72 Monitoring- und Beschwerdeinstanzen für alle Stakeholder\*innen sowie Sanktionsmaßnahmen

73 rechtliche Verankerung auf Schutz von Betroffenen vor Landnahme und Vertreibungen

74 Wahrung des EU-Vorsorgeprinzips

75 Festlegung von Standards für Tierhaltung und Umweltschutz für den transatlantischen  
76 Lebensmittelhandel (u.a. keine Absenkung von oder Verzicht auf Importkontrollen)

77 der Unterausschuss für Lebensmittelsicherheit (SPS Subcommittee) sowie die Dialoggruppen sind  
78 der Kontrolle des Europäischen Parlaments und der demokratischen Parlamente der Mercosur-  
79 Staaten zu unterstellen

80 Des Weiteren ist der Vertragstext des Assoziierungsabkommens mind. 1 Jahr vor Ratifizierung der  
81 Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit eine kritische Auseinandersetzung und Begleitung der  
82 Beratungen in den nationalen Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament gewährleistet ist.  
83 Auf die Schaffung von parallelen Rechtsstrukturen und Rechtssprechungsinstitutionen, die  
84 Unternehmen und Investorinnen gegenüber Verbraucherinnen, Bürgerinnen und staatlichen  
85 Institutionen bevorzugen, ist gänzlich zu verzichten. Darunter fallen insbesondere private  
86 Schiedsgerichte, multilaterale Investorinnengerichtshöfe und jegliche Instrumente des  
87 Investorinnenschutzes und der Investorinnen-Staat-Streitbeilegung.

## **Antragsbereich F: Feminismus, Gleichstellung**

Antrag F1\_2/19

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

# **F1\_2/19 Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Familienvielfalt anerkennen, alle Familien unterstützen!**

- 1 Wir fordern, die gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten der Ehe, auch die gemeinsame  
2 Adoption von Kindern, sowie alle Begünstigungen des Staates der Rechtsform Ehe gegenüber,  
3 allen volljährigen Menschen zugänglich zu machen, die einen „zivilen Familienvertrag“  
4 unterschreiben. Dieser kann entweder lebenslänglich oder auf der Dauer eines im Voraus  
5 festgelegten Zeitraums geschlossen werden. Die Beteiligten melden damit an, dass sie in einem  
6 familiären Verhältnis, mit all dessen Rechten und Pflichten, zueinander stehen. Bei der  
7 Ausgestaltung dieses Vertrags soll den Unterschreibenden ein größerer individueller Spielraum  
8 gegeben werden als bei der Ehe.
- 9 Der Vertrag basiert anders als die Ehe nicht notwendigerweise auf einem romantischen oder  
10 sexuellem Verhältnis der Unterschreibenden zueinander und ist nicht auf zwei Personen  
11 beschränkt, verlangt keinen gemeinsamen festen Wohnsitz und keine Festlegung des Geschlechts.
- 12 Darüber hinaus sind im Ausland geschlossene Partner\*innenschaftsverträge, wie der französische  
13 „pacte civil de solidarité“ (PACS) oder vergleichbare Vereinbarungen in Deutschland anzuerkennen.
- 14 Die Familienvorstellung „Zwei Elternteile + Kind(er) = Familie“ hat noch nie der vielfältigen  
15 Lebensrealität der Familien in Deutschland entsprochen. Schon immer haben Menschen sich in  
16 verschiedensten familiären Konstellationen zusammengeschlossen, ob mit oder ohne Kinder,  
17 manchmal aus Notwendigkeit heraus, aber immer auch aus Verantwortung für und Liebe  
18 zueinander. Heute mehr denn je steht die Gesellschaft offener und ehrlicher der gelebten Vielfalt  
19 der Familien- und Lebensmodellen der Menschen gegenüber, während mehr Menschen denn je  
20 sich bewusst für ein anderes Familienmodell entscheiden.
- 21 Dabei geht es nicht nur um die stetig sinkende Zahl der Eheschließungen oder die steigende Zahl  
22 der Singlehaushalte in Deutschland, sondern um Lebensmodelle wie Co-Elternschaften,  
23 Mehrgenerationen-Familien, zum Teil mit pflegebedürftigen Familienmitgliedern verschiedensten  
24 Alters, und Haushalte, die keine romantische Zweierbeziehung als familiäres Fundament haben etc.  
25 Familie ist da, wo Menschen zusammenleben und füreinander Verantwortung übernehmen.  
26 Monogame, romantische Partner\*innenschaften haben noch nie die einzige Form des  
27 Zusammenlebens dargestellt – zum Glück. Als Feminist\*innen stehen wir für Respekt gegenüber  
28 jeglichen Lebensmodellen, die auf Gleichberechtigung, Solidarität, und Liebe beruhen.
- 29 Trotzdem sind verheiratete Menschen in Deutschland im Falle des Ablebens, Krankheits- oder  
30 andere schweren Fällen immer noch besser abgesichert und werden steuerlich mehr entlastet als

31 trauscheinlose Menschen. Zwar gab es in den vergangenen Jahren bereits einige Verbesserungen,  
32 aber diese reichen bei weitem nicht aus, um allen Lebensgemeinschaften gleiche oder zumindest  
33 ähnliche Rechte zu gewähren. So erhält im Falle eines Unfalls mit einem Krankenhausaufenthalt  
34 der\*die Partner\*in, ohne Nachweis, keinerlei Informationen über den Gesundheitszustand seines\*r  
35 Partners\*in. Zudem werden Partner\*innen, die nicht miteinander verheiratet sind, beim Erbrecht,  
36 beim Abschluss einer Versicherung, im geltenden Familienrecht und bei allgemeinen  
37 Eigentumsfragen benachteiligt.

38 Auch leben immer mehr Menschen bewusst nur für einen bestimmten Lebensabschnitt zusammen  
39 und eine Trennung weder ausgeschlossen noch notwendigerweise als problematisch gesehen  
40 wird. Eine Absicherung der\*des Partner\*in ist aber nur im Rahmen einer Ehe, die für die gesamte  
41 Lebensdauer angelegt ist, möglich. Eine Scheidung ist mit Kosten und Stigma verbunden und  
42 entspricht nicht der Lebensrealität dieser Menschen.

43 Wenn Menschen für einander Verantwortung übernehmen, ist es nicht entscheidend, ob sie das  
44 aus romantischen, freundschaftlich-platonischen, oder anderen Gründen tun. Der Staat sollte allen  
45 Familienmodellen die Rechtssicherheit der Ehe bieten. Die jetzige Rechtslage verleugnet die  
46 tatsächlich gelebte Vielfalt der Familienformen, die es in der Gesellschaft zu finden gibt. Gerade bei  
47 Ehen, bei denen eine Person aus einem nicht-EU-Land kommt, verlangt der Staat Beweise für die  
48 romantische Natur der Beziehung und dafür, dass es sich um keine „Schein-Ehe“ handelt. Mit dem  
49 „zivilen Familienvertrag“ wollen wir ein Alternativmodell dazu schaffen. Ähnliche Verträge sind  
50 schon in Europa zu finden.

51 In Frankreich gibt es seit 1999 den „pacte civil de solidarité“ (PACS), der eine zivilrechtliche  
52 Partner\*innenschaft mit Gütergemeinschaft, gemeinsamer steuerlicher Veranlagung und  
53 steuerlich günstigeren Erbbestimmungen ermöglicht. Im Zuge des zivilen Solidaritätspaktes  
54 verpflichten sich die Partner\*innen zu gegenseitiger Hilfe, wobei den Partner\*innen bei der  
55 Regelung dieser Hilfspflichten Freiheiten für die individuelle Ausgestaltung in Detailfragen  
56 offenstehen. Zudem sind Partner\*innen, die in Frankreich einen PACS abschließen, in Erb- und  
57 Steuerfragen den verheirateten Menschen gleichgestellt. Beim PACS geht es jedoch nicht nur um  
58 materielle Sicherheit, sondern auch um die gleichberechtigte Anerkennung von  
59 Lebensgemeinschaften, die sich nicht als Ehen verstehen können oder wollen. Doch auch mit dem  
60 PACS ist nicht alles möglich, und seine Defizite wollen wir meiden. Nach wie vor können die  
61 Partner\*innen gemeinsam keine Kinder adoptieren, wobei in Frankreich mittlerweile eine  
62 Kinderadoption durch eine Einzelperson erlaubt ist. Zudem kann der Vertrag nur zwischen zwei  
63 Partner\*innen und nicht mehreren bestehen, was zum Beispiel Mehrgenerationen-Familien von  
64 den Vorteilen ausschließt. Des Weiteren muss eine eidesstattliche Erklärung über einen  
65 gemeinsamen Wohnsitz vorliegen, was in einigen Lebensgemeinschaften nicht der Fall ist. Zudem  
66 wird der PACS außerhalb Frankreichs nicht in der gleichen Form anerkannt.

67 Nichtsdestotrotz entscheiden sich in Frankreich mittlerweile über 40% der Paare für den PACS, um  
68 ihre Partner\*innenschaft rechtlich abzusichern. Denn auch vom bürokratischen Aufwand her ist der  
69 PACS so angelegt, dass er auf Partner\*innen keinesfalls abschreckend wirkt. Mit einem einzigen  
70 Formular, das ausgefüllt und unterschrieben, beim Amtsgericht abgegeben werden muss, hält sich  
71 der Aufwand und damit die Hürde in überschaubarem Maße. So rasch und so einfach wie der  
72 Vertrag geschlossen werden kann, so leicht lässt er sich auch wieder auflösen. Es reicht eine kurze  
73 Mitteilung ans Gericht. Mit dem unbürokratischen Verfahren und freier Wählbarkeit der Details  
74 wird der PACS den Bedürfnissen nach einer freien Gesellschaft ohne zivil- und familienrechtliche  
75 Zwänge gerecht.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **F2\_2/19 Kostenlose Ausgabe von Schwangerschaftsschnelltests in Berlin**

1 Schwangerschaftsschnelltests kosten zwischen 5-10€ in deutschen Drogerien und Apotheken. Zu  
2 fast jeder Tages- und Nachtzeit sind sie kaufbar. Etwas preisintensivere Modelle werben mit  
3 digitalen Anzeigen oder mit der Berechnung der genauen Zahl der Tage die ein Mensch mit Uterus  
4 schon schwanger ist. Und dennoch sind immer noch genug Hürden vorhanden die Menschen mit  
5 Uterus davon abhalten einen Schwangerschaftsschnelltest zu kaufen.

6 Beginnend bei den Kosten, die auf den ersten Blick nicht hoch erscheinen mögen, die jedoch eine  
7 Stunde Arbeit im Mindestlohniveau darstellen oder für junge Menschen mit Uterus mehrere  
8 Wochen Taschengeld bedeuten können. Die Hürde besteht hier nicht ausschließlich im Kaufpreis  
9 selbst, sondern auch in dem Fakt, dass es überhaupt Geld kostet einen  
10 Schwangerschaftsschnelltest zu machen. Studien zeigen, dass vor allem Menschen mit Uterus  
11 Schwangerschaftsschnelltests nutzen, die keine Schwangerschaft geplant haben zum Zeitpunkt  
12 des Tests. Für diese ist es umso wichtiger zum frühestmöglichen Zeitpunkt Klarheit zu haben, denn  
13 solange §218 noch besteht gilt die Nichtverfolgung eines Schwangerschaftsabbruchs nur für die  
14 ersten drei Monate einer Schwangerschaft. In einigen Fällen bemerken Menschen mit Uterus die  
15 Schwangerschaft erst nach 6 Wochen oder auch schon nach dem Ablauf der Frist. Das ist fatal!  
16 Diese Menschen mit Uterus haben im Extremfall keine Möglichkeit mehr einen Abbruch in  
17 Deutschland durchzuführen oder in anderen Fällen eine enorm kurze Bedenkzeit um über einen  
18 Abbruch nachzudenken und die Pflichtberatung zu absolvieren. Aber auch Scham ist ein Faktor,  
19 der gerade bei jungen Menschen mit Uterus nicht zu unterschätzen ist, daher braucht es für sie  
20 eine möglichst niedrigschwellige Möglichkeit an Schnelltests zu kommen, zum Beispiel  
21 Schultoiletten.

22 So früh wie möglich von einer Schwangerschaft zu erfahren ist jedoch nicht nur für die Menschen  
23 mit Uterus wichtig, die keine Schwangerschaft geplant haben. Auch für Menschen mit Uterus die  
24 ein Kind geplant haben ist es mehr als relevant früh genug von einer Schwangerschaft zu erfahren,  
25 um beispielsweise die Lebensweise gesünder für sich und den Embryo zu gestalten.

26 Schwangerschaftsschnelltests für Zuhause arbeiten alle mit der gleichen Methode, einem Urintest,  
27 der die Konzentration des Hormons HCG nachweist. Dieser Test kann schon am ersten Tag der  
28 ausbleibenden Menstruation angewandt werden und somit ungefähr zwei Wochen nach der  
29 Befruchtung. Diese Tests haben eine mehr als 90% Genauigkeit. Ein kostenlos abgegebener Test  
30 muss also nicht teuer in der Bereitstellung sein, es kann sich um einfache Teststreifen handeln, die  
31 dieselbe Genauigkeit aufweisen wie teurere Modelle.

32 Der Kampf um die kostenlose Verfügbarkeit von Schwangerschaftstests ist kein neuer: Schon in  
33 den 70/80er Jahren haben Feminist\*innen Zentren eröffnet in denen Menschen mit Uterus  
34 kostenlos einen Schwangerschaftstest durchführen konnten um im Anschluss daran eine Beratung  
35 und Gespräche mit Ärzt\*innen in Anspruch nehmen konnten.

36 Dass Schwangerschaftsschnelltests zu einem Markt geworden sind kritisieren wir. Wir halten es für  
37 falsch, dass immer neue Märkte rund um den Körper von Frauen\* entstehen und das Unternehmen  
38 immer noch Profit aus Frauen\*hygiene und sexueller Selbstbestimmung ziehen. Wir Jusos Berlin  
39 sehen es als Selbstverständlichkeit, dass Frauen\* alle Mittel bereitgestellt werden um mehr  
40 Selbstbestimmung über ihren Körper zu erlangen.

41 Daher fordern wir:

42 Die kostenlose Ausgabe von Schwangerschaftstests in Berliner Apotheken, Zentren für sexuelle  
43 Gesundheit des Landes Berlin und öffentlichen Institutionen mit viel Publikumsverkehr,  
44 insbesondere Schul- und Unitoiletten. Für die Umsetzung zuständig sollen die bezirklichen  
45 Gesundheitsämter sein.

46 Es soll auch geprüft werden, ob eine Abgabe durch Gynäkolog\*innen möglich ist

47 Eine Kampagne zur Bekanntmachung dieser Möglichkeit in der Öffentlichkeit

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **F3\_2/19 Pro Choice statt Pro Femina – Für eine ergebnisoffene Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen!**

1 Es ist keine neue Forderung: Die Abschaffung der Zwangsberatung für Schwangere, die einen  
2 Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen möchten. Noch ist diese Forderung nicht Realität,  
3 aber wir halten weiterhin daran fest. Bis dahin wollen wir jedoch, dass die angebotenen  
4 Beratungen seriös durchgeführt werden und die schwangeren Menschen, wie vorgeschrieben, im  
5 Anschluss an die Beratung einen Beratungsschein erhalten, welchen sie für die Durchführung eines  
6 Abbruches laut Gesetz vorweisen müssen (StGB §219 Absatz 2Satz 2).

7 Am 1.Juli 2019 hat am Kurfürstendamm 69 die Berliner "Beratungsstelle" des Vereins „Pro Femina“  
8 eröffnet. „Pro Femina“ bietet laut eigener Aussage Beratungen „für Frauen im  
9 Schwangerschaftskonflikt“ an.

10 Die Verwechslung mit der staatlich anerkannten Beratungsstelle „pro familia“ ist hier allein durch  
11 die Namensgebung durchaus gewollt. „Pro Femina“ stellt dabei jedoch weder einen  
12 Beratungsschein aus, noch beraten sie ergebnisoffen oder seriös. Laut einiger Erlebnisberichte von  
13 Personen, die in einer durch „Pro Femina“ geleiteten Beratungsstelle waren, setzen diese die  
14 Schwangeren\* sogar auch nach der Beratung weiter unter Druck, keinen Abbruch vornehmen zu  
15 lassen, indem sie diese u.a. mit Anrufen regelrecht terrorisieren. Bei all dem versucht „Pro Femina“  
16 sich als normale Beratungsstelle darzustellen, denen die Sorgen von schwangeren Menschen am  
17 Herzen liegen. Dies ist jedoch nicht der Fall – die Embryonen, das „potentielle neue Leben“, stehen  
18 in der Beratung im Vordergrund, nicht aber das Leben der schwangeren Person. Ein  
19 Schwangerschaftsabbruch wird hierbei nicht als legitime Entscheidung dargestellt. Schwangere  
20 werden bewusst getäuscht und in ihrem Recht auf eine selbstbestimmte Entscheidung  
21 eingeschränkt – entscheiden sie sich für einen Abbruch der Schwangerschaft, müssen sie in eine  
22 andere Beratungsstelle, die einen Beratungsschein ausstellt. Teilweise ist dafür dann aber keine  
23 Zeit mehr: „Pro Femina“ zögert die Beratung meist so lange hinaus, bis die ersten 12 Wochen der  
24 Schwangerschaft überschritten sind und ein Abbruch nach dem noch bestehenden Gesetz nicht  
25 mehr möglich ist (StGB §218a Absatz 1 Punkt 3). Ratsuchenden wird finanzielle Unterstützung  
26 angeboten, wenn sie sich dafür entscheiden, die Schwangerschaft fortzuführen. Die engen  
27 Verbindungen von „Pro Femina“ zur sog. Lebensschutzbewegung sind u.a. an der Person Kristijan  
28 Aufiero zu sehen, führendes Mitglied von „Pro Femina“ und ebenfalls Vorsitzender des „Birke e.V.“,  
29 welcher der Lebensschutzbewegung zuzuordnen ist.

30

31 Eine solche Missachtung des Rechts auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die  
32 bewusste Täuschung von Schwangeren\* lehnen wir entschieden ab!

33 Wir kämpfen für das Recht von Menschen, selbst zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft  
34 fortführen möchten oder nicht!



35 Wir fordern die Schließung der selbsternannten Beratungsstellen von „Pro Femina“!

36 Solange die Pro Femina Filiale nicht geschlossen ist, soll die Filiale zu einer expliziten Deklaration  
37 verpflichtet werden, aus der deutlich hervorgeht, dass der für den Abbruch benötigte  
38 Beratungsschein dort nicht ausgestellt wird. Wir fordern die Bereitstellung von  
39 Schwangerschaftskonfliktberatung nur durch staatlich zertifizierte Träger\*innen. Der Begriff und  
40 die Dienstleistungen der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen dadurch geschützt werden.

41 Wir fordern weiterhin die Abschaffung der verpflichtenden Beratung von Schwangeren\* und  
42 setzen uns für eine freiwillige und flächendeckende ergebnisoffene Beratung von Schwangeren\* in  
43 Krisensituationen und den freien Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche!

44 Wir fordern die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung auf, sämtlichen  
45 Einrichtungen von „Pro Femina“ in Berlin aufgrund dauerhaften Verstoßes gegen StGB §219 (2)  
46 und das Schwangerschaftskonfliktgesetz Absatz 2 „Schwangerschaftskonfliktberatung“ §5ff. das  
47 Anbieten von Schwangerschaftskonfliktberatungen umgehend zu verbieten. Der Senat soll  
48 außerdem im Rahmen einer Informationskampagne über deren Praktiken aufklären.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **F4\_2/19 Gewalt gegen Frauen\* wirksam bekämpfen! Istanbul-Konvention konsequent umsetzen!**

1 Am 01. Februar 2018 trat das „Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung  
2 von Gewalt gegen Frauen\* und häuslicher Gewalt“ (Istanbul-Konvention) in Deutschland in Kraft.  
3 Das Übereinkommen verpflichtet die unterzeichnenden Länder zu einer Reihe von konkreten  
4 Maßnahmen auf den Gebieten Prävention, Beratung, Gewaltschutz, Infrastruktur, Justiz und  
5 Gesundheit. Das Land Berlin unternimmt seit Jahren Anstrengungen in diesem Bereich. Diese  
6 müssen weiter verstärkt werden. Die wirksame Umsetzung der Istanbul-Konvention setzt  
7 ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen. Es ist daher unabdingbar, dass die  
8 angemeldeten Haushaltsmittel für den Doppelhaushalt 2020/2021 ungekürzt vom  
9 Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

10 Um die Ziele der Istanbul-Konvention zu erreichen, ist es wichtig sowohl Prävention als auch  
11 Versorgung und Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Felder zu bearbeiten.

12 Ein fehlendes öffentliches Problembewusstsein bezüglich des Themas „Gewalt gegen Frauen\*“  
13 führt zu einer Vielzahl von zusätzlichen Schwierigkeiten für Helfende und Betroffene.

14

15 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von  
16 Berlin werden aufgefordert, wirksame Maßnahmen zu treffen, um das „Übereinkommen des  
17 Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“  
18 (Istanbul-Konvention) wirksam und konsequent umzusetzen.

19 Konkret sollen zur wirksamen Umsetzung der Istanbul-Konvention folgende Maßnahmen ergriffen  
20 werden:

21 Die angemeldeten Haushaltsansätze für den Doppelhaushalt 2020/2021, mit denen Maßnahmen  
22 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\* finanziert werden sollen, müssen ohne Kürzung  
23 beschlossen werden. Der Ausbau von barrierefreien Schutzplätzen in Frauenhäusern, Zwei-Stufen-  
24 Wohnungen und Zufluchtwohnungen muss finanziell sichergestellt werden.

25 Es müssen zusätzliche Mittel im Doppelhaushalt 2020/2021 bereitgestellt werden, um die  
26 gesundheitliche Versorgung von Mädchen\* und Frauen\*, die Opfer von Genitalverstümmelungen  
27 wurden, am Standort Berlin („Gesundheitsstadt Berlin 2030“) effektiv zu verbessern. Unabhängig  
28 davon müssen auch weitere Projekte, wie die Projekte für den Schutz vor Zwangsehen weiter  
29 finanziert werden.

30 Um Präventions- Beratungs- und Schutzangebote wirksam und bedarfsgerecht zu entwickeln und  
31 auszubauen, müssen a) die zuständigen Behörden und die Träger der Angebote belastbare Daten  
32 nach einheitlichen Vorgaben erheben und b) die Forschung in diesem Bereich ausgebaut werden

33 (Artikel 11 Istanbul-Konvention). Dabei sollten insbesondere folgende Daten erhoben werden: Wie  
34 viele Frauen\* erhalten keine Beratung bzw. keinen Schutzplatz mangels Kapazität bei den  
35 Beratungsangeboten und in den jeweiligen Schutzräumen? Wie lange dauert ein Beratungsfall  
36 bzw. die Belegung eines Schutzplatzes? Wie viele der betroffenen Frauen\* sind Frauen\* mit  
37 Behinderung? Um welche Gewaltform handelt es sich (häusliche Gewalt, Cyber-Gewalt oder  
38 andere Gewaltformen) und von wem (Geschlecht/Alter) wurde die Gewalt ausgeübt? Wie wirken  
39 die einzelnen Präventions- und Schutzmaßnahmen zur Vorbeugung von Gewalt? Diese Daten sind  
40 anonym zu erheben.

41 Die genderspezifische Präventionsarbeit zur Vorbeugung von Gewalt gegen Frauen\* und  
42 Mädchen\* muss wirksamer werden. Hierzu müssen auch männliche Jugendliche frühzeitig  
43 sensibilisiert werden. Dies erfordert ein ressortübergreifendes Zusammenwirken. Insbesondere die  
44 für Jugend zuständige Senatsverwaltung und die Landeskommission gegen Gewalt müssen  
45 hierbei mitwirken und sich möglichst finanziell stärker beteiligen. Es müssen zusätzlich  
46 Maßnahmen ergriffen werden, um die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren. Dies  
47 gilt insbesondere für den Bereich der häuslichen Gewalt. Auch innerhalb der Berliner Verwaltung  
48 ist ein entsprechendes Bewusstsein zu fördern.

49 Eine umfassende, datenbasierten Erfolgs- und Wirkungskontrolle der einzelnen Anti-Gewalt-  
50 Maßnahmen ist sicherzustellen.

51 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von  
52 Berlin werden aufgefordert, entschieden für die Schaffung eines gesetzlichen, bundesweit  
53 verankerten Rechtsanspruchs auf einen barrierefreien Schutzplatz im Sinne der Istanbul-  
54 Konvention einzutreten. Hierfür sollte das Land Berlin eine Bundesratsinitiative noch in dieser  
55 Legislaturperiode auf den Weg bringen.

## **Antragsbereich G: Gesundheit und Pflege**

### **Antrag G1\_2/19**

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G1\_2/19 Nichts für Ungut! – Sonderstellung der Homöopathie beenden**

1 Die Homöopathie entstand vor rund 200 Jahren als Reaktion des deutschen Arztes Samuel  
2 Hahnemann auf damals verbreitete höchst invasive medizinische Behandlungsmethoden wie den  
3 Aderlass, denen er eine verträglichere Alternative entgegensetzen wollte. Seiner These nach ließen  
4 sich Symptome mit Mitteln behandeln, die ebenfalls ähnliche Symptome hervorrufen (Simile-  
5 Prinzip). Des Weiteren ging er davon aus, dass Wirkstoffe erst durch mehrfache Verdünnung ihre  
6 Wirkung entfalten könnten (Potenzierung). Dies sei allerdings nur dann der Fall – so Hahnemanns  
7 Beobachtung – wenn die Lösung bei der Herstellung nach jedem Verdünnungsprozess 10 Mal auf  
8 einen weichen Untergrund geschlagen werde.

9 Was damals einen Versuch wert war, kann mit heutigem Wissenstand nur noch eine Frage des  
10 Glaubens sein. Mit zunehmender Verdünnung sinkt die Wahrscheinlichkeit auch nur ein einziges  
11 Molekül des Ausgangsstoffes im Homöopathikum wiederzufinden. Eine pharmakologische  
12 Wirkung homöopathischer Präparate konnte daher auch in zahlreichen wissenschaftlichen Studien  
13 nicht nachgewiesen werden. Auch die behauptete Speicherung der „Information“ im  
14 Lösungsmittel, die durch das Aufschlagen übertragen wird, bleibt bis heute reine Behauptung.

15 Wissenschaftsjournalist\*innen und -aktivistinnen, die öffentlich auf diese Umstände hinweisen,  
16 werden derzeit mit Unterlassungsklagen des Homöopathie-Herstellers Hevert überhäuft. Dieser  
17 sieht sein Geschäftsmodell bedroht und versucht durch aggressives juristisches Vorgehen  
18 Kritiker\*innen mundtot zu machen. Da weder der Herstellungsprozess noch die Substanzen  
19 kostenintensiv sind, ist die Gewinnspanne für die Produktionsfirmen hier besonders groß. Der  
20 Umsatz mit homöopathischen Mitteln in Deutschland betrug im Jahr 2018 670 Millionen Euro.

21 Auch wenn die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Homöopathika nur einen kleinen  
22 Bruchteil der Gesamtausgaben für Medikamente ausmachen, stehen sie dennoch nicht im  
23 Verhältnis zu ihrem Nutzen. Die Berliner Charité konnte anhand von Abrechnungsdaten der  
24 Techniker Krankenkasse aufzeigen, dass für Patient\*innen, die sich in homöopathischer  
25 Behandlung befanden, Mehrkosten von im Schnitt 2000 Euro aufgewendet wurden. Eine  
26 unterlassene wirkungsvolle, medizinischen Behandlung, kann dabei nicht nur kostspielig werden,  
27 sondern stellt in erster Linie ein erhebliches Gesundheitsrisiko für die Erkrankten dar.

28 Immer wieder berichten Patient\*innen, dass ihnen die Homöopathie geholfen habe und sie sich  
29 nach der Einnahme besser fühlten. Homöopathie kann zwar helfen, wirken tut sie aber dennoch  
30 nicht. Die subjektiv wahrgenommenen Verbesserungen sind vielmehr auf den Placebo-Effekt  
31 zurückzuführen, der unbestritten auch hier auftritt – so wie bei jedem anderen Mittel auch.

32  
33 Das Negieren von Naturgesetzen und Erklärungsversuche, die sich mystischer „stofflicher“  
34 Eigenschaften bedienen, schüren Misstrauen gegenüber einer evidenz-basierten Medizin und  
35 schaden im Zweifelsfall nicht nur der\*dem Einzelnen, sondern auch der Allgemeinheit, indem ein

36 Klima der Wissenschaftsfeindlichkeit geschaffen wird. Nicht umsonst zeigen Homöopathie-  
37 Nutzer\*innen eine große Schnittmenge mit Impfgegner\*innen auf.

38 Homöopathika sind dem Arzneimittelgesetz unterstellt und unterliegen somit der  
39 Apothekenpflicht.

40 Im Gegensatz zu Medikamenten müssen sie allerdings nicht zugelassen, sondern lediglich  
41 registriert werden, wobei ein Nachweis der Wirksamkeit und Unschädlichkeit ausbleibt.

42 Durch die Kostenerstattung der gesetzlichen Krankenkassen und die Apothekenpflicht für  
43 Homöopathie wird suggeriert es handle sich um ein medizinisches Präparat mit Heilungspotenzial.  
44 Dies ist irreführend und eine Täuschung von Verbraucher\*innen an der die Gesetzgebung mitwirkt.  
45 Darüber hinaus entsteht den Mitgliedern gesetzlicher Krankenkassen als beitragszahlende  
46 Solidargemeinschaft durch Homöopathie ein nicht zu rechtfertigender finanzieller Schaden.  
47 Dieser wiegt umso schwerer, als dass er dazu beitragen kann, dass medizinische Therapien und  
48 Verfahren, deren Wirksamkeit erwiesen wurde, nicht in den Leistungskatalog der gesetzlichen  
49 Krankenkassen aufgenommen werden.

50 In Großbritannien wurde die Homöopathie 2017 aus dem Leistungskatalog des National Health  
51 Service gestrichen. Auch Frankreich hat im Juni 2019 beschlossen, Homöopathie aus dem  
52 öffentlichen Gesundheitssystem herauszunehmen. Zudem ist auf homöopathischen Mitteln  
53 deutlich zu kennzeichnen, dass eine Wirkung wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist. Als Vorbild  
54 kann die Verpflichtung auf Kennzeichnung der nicht erwiesenen Wirksamkeit in den USA dienen.

55 Wir fordern die Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung auf es diesen Ländern  
56 gleichzutun und die Kostenerstattung von homöopathischen Behandlungen durch die  
57 gesetzlichen Krankenkassen abzuschaffen. Die gesetzliche Sonderstellung der Homöopathie ist  
58 nicht hinnehmbar! Wir fordern, Homöopathika nicht länger als Arzneimittel zu führen und somit  
59 auch die Apothekenpflicht für homöopathische Präparate aufzuheben.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G2\_2/19 Psychotherapeutische Vorsorgeuntersuchung**

1 Jede\*r gesetzlich Krankenversicherte hat das Recht in regelmäßigen Abständen kostenlose  
2 Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen. Hierbei geht es hauptsächlich um Krankheiten, die bei  
3 früher Erkennung gut behandelt werden können. Entsprechend zahlen die gesetzlichen  
4 Krankenkassen beispielsweise für halbjährliche Besuche bei der\*m Zahnärzt\*in zur Vorsorge oder  
5 jährliche Krebs-Untersuchungen bei der\*n Gynäkolog\*in.

6 Ein Bereich, der aber völlig ausgeklammert wird, ist die psychische Gesundheit. Dabei können auch  
7 hier eine frühe Erkennung und ein früher Beginn der Behandlung ausschlaggebend sein für deren  
8 Erfolg. Die aktuellen Umstände begünstigen aber genau das Gegenteil: Zu wenig  
9 psychotherapeutische Angebote und gesellschaftliches Stigma mit dem Vorurteil, psychische  
10 Erkrankungen wären keine „echten“ Krankheiten führen dazu, dass viele Menschen sich zu spät  
11 oder gar keine Hilfe suchen. Die Ungleichbehandlung bei Vorsorgeuntersuchungen stützt dieses  
12 Bild. Ob ich Karies bekomme, scheint wichtig zu sein. Ob ich gerade eine Depression entwickle,  
13 wohl eher nicht.

14 In die gleiche Kerbe schlägt, dass es so schwierig ist, einen Termin bei Psychotherapeut\*innen zu  
15 bekommen. Wer wochenlang auf einen Termin warten oder für diesen in den nächsten Landkreis  
16 fahren muss, bekommt vermittelt, dass das eigene Leiden wohl doch nicht so schlimm und  
17 behandlungswürdig sein kann. Psychische Erkrankungen müssen aber endlich als das  
18 wahrgenommen werden, was sie sind: Behandlungswürdige Erkrankungen. Es kann nicht sein, dass  
19 bei psychischen Problemen nach wie vor eine Mentalität des „Stell dich mal nicht so an“  
20 vorherrscht und Menschen mit psychischen Erkrankungen wahlweise als schwach oder verrückt  
21 abgestempelt werden.

22 Die mitunter tödlichen Folgen des Stigmas zeigen sich besonders im Gender-Vergleich: Jungen\*  
23 und Männer\* sind von diesem aufgrund von schädlichen Vorstellungen von Männlichkeit nochmal  
24 ganz anders betroffen als Frauen\* und Mädchen\*. Jungen\* und Männer\* suchen sich seltener oder  
25 später Hilfe (sowohl professionelle als auch im Freundes- und Familienkreis), sind deutlich häufiger  
26 von Suchterkrankungen und Obdachlosigkeit betroffen und begehen häufiger Gewaltverbrechen  
27 und Suizid. Dasselbe gilt für Jugendliche aus der LGBTTIQ\*A+ Community.

28 Bei Mädchen\* und Frauen\* wiederum sind beispielsweise Diäten durch die Vermittlung  
29 unrealistischer Körperbilder teilweise so normalisiert, dass Essstörungen gar nicht als solche  
30 wahrgenommen werden.

31

32 Wir fordern daher:

33 Der **halbjährliche Besuch einer\*s Psychotherapeut\*in oder Psycholog\*in zum**  
34 **Vorsorgegespräch** soll für alle Menschen in den Katalog der von den gesetzlichen Krankenkassen

35 getragenem Vorsorgeuntersuchungen aufgenommen werden. Um eine elternunabhängige  
36 Wahrnehmung des Vorsorgeangebots bei Kindern zu erreichen, soll vor allem in Schulen für dieses  
37 Angebot geworben und bei Bedarf von diesen organisiert werden.

38 Darüber hinaus braucht es eine **bundesweite Kampagne, die die Bekanntheit dieses Angebots**  
39 **erhöht**, für die Wahrnehmung des Angebots wirbt und das mit psychischen Erkrankungen  
40 verbundene Stigma bekämpft. Neben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA)  
41 sind hier auch Akteur\*innen wie Kitas und Schulen und die Ärzt\*innen und Therapeut\*innen  
42 gefragt. Ähnlich zur Zahngesundheitskampagne, wie es sie seit den 1970ern Jahren gibt, soll das  
43 Thema psychische Gesundheit früh, altersgerecht und durchgehend thematisiert werden.

44 Des Weiteren soll die BzgA bei der Bewerbung aller Vorsorgeangebote stärker auf den  
45 Genderaspekt achten, um vor allem bei Männern\* für deren Wahrnehmung zu werben.

46 Die **Zahl der psychotherapeutischen Angebote muss erhöht werden**. Dies gilt sowohl für  
47 niedrigschwellige Angebote, wie Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen in der  
48 Nachbarschaft, als auch für die Psychotherapeut\*innen, die Vorsorgeuntersuchungen und  
49 Therapien durchführen können. Dies wollen wir erreichen, indem die Anzahl der Studien- und  
50 Ausbildungsplätze ausgeweitet wird, die Ausbildungsbedingungen vor allem durch Übernahme  
51 der Kosten verbessert werden und die Anzahl der vergebenen Kassensitze erhöht wird.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G3\_2/19 Professionell Pflegende - endlich selbstbestimmt!**

1 Wie Pflege in Deutschland organisiert wird, hat sich seit vielen Jahrzehnten nicht verändert. Wie  
2 professionell Pflegende, also 3-jährig ausgebildete oder studierte Fachkräfte, mitent- scheiden  
3 dürfen, ebenfalls nicht. Der Gemeinsame Bundesausschuss legt innerhalb eines von der  
4 Gesetzgebung festgelegten Rahmens fest, welche Leistungen von der gesetzlichen  
5 Krankenversicherung übernommen werden. Zudem hat er Aufgaben im Bereich des  
6 Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung in der vertragsärztlichen,  
7 vertragszahnärztlichen und stationären medizinischen Versorgung. Da sind aktuell vor allem Kos-  
8 tenträger\*innen und Kostenerbringer\*innen hauptverantwortlich, also der Spitzenverband der  
9 gesetzlichen Krankenkassen und die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Professionell Pflegende  
10 sind im Gemeinsamen Bundesausschuss nicht abgebildet. Das ist mitunter ein Grund für den  
11 miserablen, unterentwickelten Zustand der professionellen Pflege in Deutschland. Während in den  
12 meisten anderen europäischen Ländern professionell Pflegende als „Health Professionals“  
13 angesehen werden und wie selbstverständlich in Entscheidungen, die das Gesundheits- bzw.  
14 Pflegesystem betreffen, miteinbezogen werden, sind sie hierzulande den Ärzt\*innen unterstellt,  
15 haben kein klares Aufgabenprofil und wer- den regelmäßig überhört.

16 Wir brauchen eine Stimme für professionell Pflegende. Sie müssen die Möglichkeit haben, sich der  
17 starken Ärzt\*innenlobby entgegen zu stellen und auf Augenhöhe zu verhandeln. Denn nichts  
18 anderes als das hat die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen (ca. 1,2 Mio) sich verdient.

19 Diese Stimme ist die Pflegeberufekammer. Kammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts,  
20 die stellvertretend für den Staat Interessen der Gesellschaft bzw. der Bevölkerung übernehmen. Im  
21 Gegenzug verpflichten sich Professionell Pflegende, ihre Aufgaben ge- wissenhaft und  
22 verantwortungsvoll durchzuführen und regelmäßig an Fortbildungen teil- zunehmen. Somit ist das  
23 oberste Ziel einer Pflegeberufekammer die Sicherstellung einer sachgerechten, professionellen  
24 Pflege für die Bürger\*innen. Mit einer Pflegeberufekammer würden Pflegende selbst definieren,  
25 was eigentlich vorbehaltende Tätigkeiten von profes- sionell Pflegenden sind und ihren Beruf  
26 weiterentwickeln. Die Mitglieder bestimmen die Arbeit der Pflegekammer. Alle Mitglieder haben  
27 alle fünf Jahre die Wahl und entsenden Vertreter\*innen in die Vertreter\*innenversammlung. Diese  
28 ist das höchste Gremium der Kammer, wählt den Vorstand, trifft Richtungsentscheidungen und hat  
29 die Hoheit über sämtliche Kammeraktivitäten. Die inhaltliche Arbeit der Landespflegekammer  
30 Rheinland- Pfalz findet z.B. vor allem in Ausschüssen und Arbeitsgruppen statt. Während die  
31 Ausschüsse durch die Vertreter\*innenversammlung gewählt und legitimiert sein müssen, ist die  
32 Mitarbeit in vielen Arbeitsgruppen für alle Mitglieder offen und sehr erwünscht.

33 In Berlin wurde zwischen November 2014 und März 2015 eine Befragung von 1200 Pflegekräften  
34 durchgeführt. Das zentrale Ergebnis der repräsentativen Befragung zur Akzeptanz einer  
35 Pflegekammer lautete, dass sich die Mehrheit der Pflegefachpersonen in Berlin (58,8 %) für die  
36 Einrichtung einer Pflegekammer aussprach. Zusätzlich dazu werden verkammerte Berufe in der  
37 Öffentlichkeit und in der politischen Landschaft verstärkt und vor allem vereint wahrgenommen.  
38 Dies würde die Wertschätzung erhöhen und die pflegerische Expertise in die Gesetzgebung und



39 politische Diskussion mit einbringen, in Form ei- ner Bundespflegekammer im Gemeinsamen  
40 Bundesausschuss.

41 Die größten Gegner\*innen der Pflegeberufekammer sind die Gewerkschaften, vor allem ver.di. Die  
42 Argumente, die vor allem hervorgebracht werden, sind die Pflichtmitgliedschaft und die  
43 Beitragsordnung. Doch wie soll die Pflegeberufekammer eine Berufsgruppe organisieren,  
44 Aufgaben definieren und sie fortbilden, wenn nicht alle Berufsangehörigen Mitglied sind? Was die  
45 Beitragsordnung angeht, so ist der Mitgliedsbeitrag selbstverständlich am Bruttoeinkommen  
46 bemessen, oft 0,4 - 1 % des Bruttoeinkommens, also teilweise sogar unter den Beitragssätzen für  
47 eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Es ist unverständlich, warum ver.di so gegen die  
48 Pflegeberufekammer mobilisiert, wird sie doch in keinster Weise von deren Existenz bedroht. Die  
49 Pflegeberufekammer erhebt nicht den Anspruch, die Aufgaben der Gewerkschaft zu übernehmen,  
50 so ist eine Koexistenz zwingend weiterhin notwendig, um den Beschäftigten in der Pflege ein  
51 allumfassend gutes Arbeitsumfeld zu garantieren. Die Errichtung eines Versorgungswerks für  
52 Pflegefachkräfte ist nicht erforderlich. Wo landesrechtlich geboten, stärken Pflegeberufekammern  
53 die öffentlichen Sozialversicherungen durch gesetzlichen Ausschluss der berufsständigen  
54 Versorgung.

55 Wir fordern:

- 56 - die sofortige Einrichtung einer Pflegeberufekammer in Berlin
- 57 - eine umfassende Informationskampagne des Senats für alle Pflegenden, welche über die Vorteile  
58 und Verpflichtungen durch eine Pflegeberufekammer aufklärt

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **G4\_2/19 Schutz für Alle – Impfen rettet Leben!**

Impfen schützt, und impfen schützt vor allem dann, wenn möglichst viele Menschen geimpft sind. Durch die Verbreitung von Impfungen konnten in den letzten 100 Jahren viele Krankheiten weitestgehend eingedämmt werden. Die Pocken konnten sogar gänzlich ausgelöscht werden. Viele dieser Krankheiten hatten vor der Verbreitung von Impfungen zumeist einen tödlichen Ausgang oder endeten für Betroffene in lebenslangen Einschränkungen. Noch in den frühen Nachkriegsjahren starben tausende Kinder an sogenannten „Kinderkrankheiten“ gegen die heutzutage geimpft werden kann.

In Deutschland sinkt die Impfquote bei Kindern. Diese Entwicklung ist mehr als bedenklich. Die WHO empfiehlt eine Impfquote von 95%, in einigen Teilen Deutschlands liegt die Quote nur noch bei 90%. Aktuell profitieren diese ungeimpften Kindern noch vom sogenannten Herdenschutz. Herdenschutz meint in diesem Fall, dass ungeimpfte Personen ein niedriges Infektionsrisiko haben, wenn große Teile ihres Umfelds geimpft sind. Durch die Impfpflicht in der ehemaligen DDR, sowie eine breite Akzeptanz von Impfungen in den Nachkriegsjahren, ist der Herdenschutz in Deutschland noch relativ hoch. Doch wenn die Akzeptanz für Impfungen in Deutschland weiter sinkt, wird auch der Herdenschutz weniger. Der Herdenschutz ist aber vor allem für solche Menschen wichtig die nicht geimpft werden können, zum Beispiel aufgrund einer Autoimmunerkrankung.

Der zunehmende Aktivismus der Impfgegner\*innen, vornehmlich in westlichen Ländern, hat außerdem dazu beigetragen, dass nun vermehrt Ausbrüche von totgeglaubten Krankheiten registriert werden. 2018 wurden in den USA Polio-Fälle im dreistelligen Bereich registriert. In Europa haben sich die Fälle von Masern-Infektionen seit 2016 laut der WHO verachtfacht.

Deutschland wäre nicht das erste Land, das eine Impfpflicht einführt. Momentan gibt es in 13 EU Staaten eine Impfpflicht, in den meisten Fällen für Impfungen, die auch die Ständige Impfkommision des Robert Koch Instituts empfiehlt.

Wir fordern eine allgemeine Impfpflicht von einer Unabhängigen Kommission von Ärzt\*innen und gesundheitspolitischen Expert\*innen bestimmten Impfungen, angelehnt an denen, welche von der ständigen Impfkommision des Robert Koch Institutes empfohlen werden. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass eine Impfpflicht nicht zu Lasten der Rechte von marginalisierten und diskriminierten Teilen der Bevölkerung fällt. Diese Impfpflicht ist spätestens beim Schuleintritt eines Kindes zu kontrollieren. Bei der Debatte um eine allgemeine Impfpflicht stehen häufig sich häufig zwei Argumente gegenüber: Das Recht auf körperliche Unversehrtheit im Grundgesetz sowie das Argument, dass eine möglichst hohe Impfquote auch Menschen schützt, die nicht geimpft werden können.

Für uns Jusos steht fest: Impfungen sind heutzutage sicherer als bisher. Wir fordern eine Impfpflicht nicht nur um unimpfbare Gruppen zu schützen, sondern auch um endlich Krankheiten wie die Masern in Deutschland auszurotten. Angesichts der Globalisierung ist es noch wichtiger geworden, dass mehr Menschen weltweit geimpft sind. Durch den enormen Reiseverkehr ist es auch für

Regionen in denen Krankheiten noch nicht ausgerottet sind sehr wichtig, dass nicht noch mehr potenzielle Infektionsträger in diese Länder einreisen. Auch da diese sich vor Ort infizieren könnten, und diese Krankheit, dann an andere ungeimpfte Personen weitergeben könnten.

Die von uns geforderte Impfpflicht soll so früh wie möglich überprüft werden. Wenn Kinder nicht geimpft sind, obwohl sie geimpft werden können, sollten sie keine staatliche oder staatlich geförderte KiTa besuchen können. Spätestens beim Schuleintritt müssen die Kinder geimpft sein. Grundsätzlich sollen Impfungen auch angeordnet und mit Zwang vollstreckt werden können, soweit keine gesundheitlichen Gründe dagegenstehen. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog für die Fälle einer Missachtung der Impfpflicht muss erstellt werden.

Zudem fordern wir auch eine genauere Erhebung der Impfquote in Deutschland. Momentan wird erst zum Schuleintritt geprüft, ob Kinder geimpft sind. Dadurch können erst 5 bis 6 Jahren nach Einführung einer neuen Impfung Daten darüber erhoben werden wie hoch die Impfquote in diesem Fall ist. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil so schon früher gegen eine niedrige Impfquote vorgegangen werden kann, z.B. in Form von breiterer Information oder Kampagnen der BzgA.

Das gefährliche an überzeugten Impfgegner\*Innen ist, dass sie durch kein Argument mehr von ihrer festgefahrenen Meinung abweichen, dass Impfen mehr Schäden verursacht, als zu helfen. Dabei ist es völlig egal wie fundiert und dicht die Faktenlage der vorgetragenen Argumente ist. Dieses extrem verfestigte Meinungsbild der erwachsenen Impfgegner\*Innen lässt sich meist nicht mehr einreißen.

Anders ist es bei den Kindern von Impfgegner\*Innen. Das Weltbild von Kindern ist noch nicht so ausgeprägt und festgefahren. Hier gilt es gezielt anzugreifen, um zu verhindern, dass diese Kinder nur den Lügen von Impfgegner\*Innen ausgesetzt sind und so selber zur nächsten Generation von Impfgegner\*Innen werden. Bereits heute sind nahezu ausgerottete Krankheiten, wie die Masern wieder auf dem Vormarsch, nicht zuletzt aufgrund der Weigerung von Eltern, ihre Kinder gegen die Masern impfen zu lassen. Es wird also höchste Zeit bei der medizinischen Aufklärung über Impfungen eine neue Strategie zu verfolgen. Diese muss auch in der Schule z.B. im Biologieunterricht erfolgen. Es muss gezielter an Kinder herangetreten werden, je früher desto besser.

### **Wir fordern:**

**Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland für von einer Unabhängigen Kommission von Ärzt\*innen und gesundheitspolitischen Expert\*innen bestimmten Impfungen, angelehnt an denen, welche von der ständigen Impfkommision des Robert Koch Institutes empfohlen werden**

**Die genauere Erhebung der Impfabdeckung in Deutschland schon vor dem Schuleintritt.**

## Antragsbereich I: Inneres, Verwaltung

### Antrag I1\_2/19

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Weitere Adressat\*innen: SPD-Bundestagsfraktion

## I1\_2/19 „Demokratie leben“ stärken

1 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert seit mehreren  
2 Jahren die Demokratiearbeit in ganz Deutschland unter dem Label „Demokratie Leben“. Das  
3 Programm ist eine effektive Maßnahme gegen Rechts, Hass im Netz und Angriffe auf die  
4 Demokratie - zumindest ist dies die Zielsetzung. Allerdings wird das Programm in seiner  
5 gegenwärtigen Form den aktuellen Bedrohungen der Demokratie nicht gerecht. Dies ist auf  
6 budgetäre und strukturelle Probleme zurückzuführen.

7 Obwohl sich der Bedarf für Demokratieförderung in den vergangenen Jahre erheblich verstärkt  
8 hat, wird das Budget diesen Herausforderungen nicht gerecht. Für den kommenden  
9 Förderzeitraum stehen 107,5 Millionen Euro zur Verfügung, 8 Millionen Euro weniger als im  
10 vorherigen Jahr. Dies reicht nicht einmal annähernd, um den Kampf gegen Rechts auf stabile Füße  
11 zu stellen.

12 Zusätzlich werden im Vergleich zu vergangenen Förderzeiträumen nur noch 100 Modellprojekte  
13 gefördert, 300 weniger als in der Vergangenheit. Auch die bundeszentralen Träger\*innen müssen  
14 mit weniger Geld arbeiten. Dies führt dazu, dass unter den Träger\*innen ein erheblicher  
15 Konkurrenzdruck entsteht und etablierte Strukturen nicht erhalten werden können. Betroffen sind  
16 hierbei beispielsweise der Bundesverband Mobile Beratung, die Bundesarbeitsgemeinschaft  
17 „Ausstieg zum Einstieg“ und der einzige geförderte Jugendverband für Radikalisierungsprävention  
18 im Naturschutz „FARN“. Wichtige Akteur\*innen, die gerade im ländlichen Raum wichtige Arbeit  
19 gegen Rechts betrieben, stehen vor dem Aus.

20 Zudem erschweren überkomplexe Strukturen die Arbeit der Trägerorganisationen. Nach den  
21 Förderrichtlinien des Bundesprogramm „Demokratie Leben 2020“ wurden die Gelder für die  
22 Kommunen und Länder, die unter dem Namen „Partnerschaften für Demokratie“ und „Landes-  
23 Demokratiezentren“ gefördert werden stark aufgestockt. Das geschieht allerdings auf Kosten der  
24 zivilgesellschaftliche Träger\*innen. Die direkte Förderung von Kommunen und Ländern ist aber  
25 ineffektiv, da einzelne Kommunen bereits angekündigt haben, die Förderung nicht mehr in  
26 Anspruch zu nehmen, da das Programm nicht ihren politischen Vorstellungen entspricht. Es muss  
27 mehr auf die Zivilgesellschaft gesetzt werden.

28 Dazu gesellen sich erhebliche strukturelle Probleme. Im Koalitionsvertrag kündigt die  
29 Bundesregierung die „Stärkung der Demokratie und Extremismusprävention“ (Zeile 5591) an, um  
30 langfristige finanzielle Förderung sicherzustellen. Die Förderung ist bisher jedoch noch immer  
31 zeitlich begrenzt. Dies hat zur Folge, dass langfristige Maßnahmen nicht angesetzt und verankert  
32 werden können. Die Förderung von Modellprojekten ist geeignet, neue Konzepte zu erproben.  
33 Jedoch müssen Ansätze, die sich bewähren, verstetigt werden. Nur so können Nachhaltigkeit und  
34 Planungssicherheit sichergestellt werden. Insbesondere der NSU hat gezeigt, dass

35 Rechtsradikalismus ein dauerhaftes Problem ist, das einer dauerhaften Prävention bedarf. Eine  
36 zeitliche Begrenzung der finanziellen Förderung gefährdet den Kampf gegen Rechts. Deswegen ist  
37 eine bundesgesetzliche Regelung für die langfristige Förderung unabdingbar.

38 Es braucht mehr Mitsprache für die Organisationen, die tatsächlich die Projekte durchführen. Für  
39 die nachhaltige Verbesserung der Demokratietarbeit ist es vonnöten, dass die Förderrichtlinien für  
40 die kommenden Förderzeiträume vom BMFSFJ in enger Absprache mit der Zivilgesellschaft  
41 überarbeitet werden. Dies wurde auch für den Förderzeitraum 2020 angekündigt, jedoch nie  
42 umgesetzt. Eine Evaluation des Programms darf nicht nur auf die zivilgesellschaftlichen  
43 Träger\*innen schauen, auch Förderrichtlinien und Strukturen müssen angesteuert werden. Erst  
44 dann kann und muss Demokratieförderung in einem Demokratieförderungsgesetz verstetigt  
45 werden, um die Arbeit nachhaltiger umzusetzen.

46 Das Familienministerium kooperiert zudem mit dem Verfassungsschutz, um Demokratieprojekte  
47 zu durchleuchten. Dabei wurden die Kriterien und erhobenen Daten für die Überprüfung unter  
48 Verschluss gehalten. Dies untergräbt das Vertrauen in die Zusammenarbeit zwischen Projekten  
49 und BMFSFJ.

50 Als antifaschistischer Verband stellen wir uns klar gegen die Angriffe auf die Demokratie. Wir  
51 bekräftigen hiermit unsere bereits bestehenden Beschlüsse (Beschluss  
52 Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin, 2016, Titel: Voran mit Rot-Rot-Grün, für ein soziales  
53 Berlin für alle!"; Beschluss Jusos Bundeskongress 2016, Titel: „Zukunft statt Grenzen. Wir investieren  
54 in die Integrationsgesellschaft“).

55 **Wir fordern von den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundes-**  
56 **Familienministerin:**

57 **Eine Stärkung der Trägerorganisationen:** Direkte Förderung durch den Bund statt durch  
58 mehrere Verwaltungsebenen.

59 **Eine langfristige Förderung bewährter Projekte:** Dies beinhaltet, Modellprojekten eine  
60 langfristige Perspektiven bieten und Demokratiezentren weiterhin Förderung ermöglichen

61 **Die Erarbeitung neuer Richtlinien** für die Demokratieförderung in Zusammenarbeit mit der  
62 Zivilgesellschaft. Auch die Evaluation wird in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft konzipiert.

63 **Die Umsetzung des Gesetzes zur Demokratieförderung**, wie im Koalitionsvertrag festgehalten.

64 Die Überprüfung von zivilgesellschaftlichen Projektträger\*innen im Zusammenhang einer  
65 Förderung im Rahmen des Bundesprogrammes darf vom Bundesministerium nicht mehr an den  
66 Verfassungsschutz ausgelagert werden. Prüfungen haben nach transparenten Kriterien  
67 durchgeführt werden. Die betroffenen Projektträger\*innen sind im Nachhinein über ihre  
68 Überprüfung zu informieren.

69 **Das Budget für das Programm „Demokratie leben!“ wird verdoppelt**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I2\_2/19 Demokratie für Alle – Wählen ab 14**

1 Die Jugend ist politisch – das wissen wir Jusos nicht erst seit den „Fridays for Future“-Protesten.  
2 Schon lange fordern wir das Wahlrecht für 16-Jährige. Dass die SPD es fordert und es mancherorts  
3 bereits Realität ist, ist auch unser Erfolg!

4 Die jungen Menschen sind diejenigen, die am längsten von den politischen Entscheidungen  
5 betroffen sein werden. Trotzdem waren bei der letzten Europawahl die über 60-Jährigen eine  
6 größere Gruppe als alle Wahlberechtigten unter 45 Jahren – eine demografische Entwicklung, die  
7 sich noch verschärfen wird.

8 Etwas gegen die Alters-Diskriminierung beim Wahlrecht zu unternehmen wurde schon öfter, auch  
9 von uns diskutiert – jetzt ist es Zeit ein klares Zeichen für die politische Jugend zu setzen!

10 Mit 14 Jahren können Jugendliche frei über ihre Religion entscheiden, von Gerichten für ihre Taten  
11 bestraft werden oder Jusos-Mitglied werden – frei und demokratisch über ihr Zusammenleben  
12 entscheiden dürfen sie nicht.

13 Jungen Menschen werden oft pauschal politische Unreife und Unwissen unterstellt. Dabei ist es ein  
14 zentraler Gerechtigkeits-Grundsatz, dass kein\*e Einzelne\*r aufgrund eines Urteils über eine Gruppe  
15 benachteiligt werden darf. Wählen ist ein demokratisches Grund- und Menschenrecht – jede  
16 Eingrenzung erfordert bedeutsame Gründe. Ein Pauschalurteil über eine ganze Gruppe von  
17 Menschen ist keines.

18 Absolut unvorstellbar wäre es, Argumente zum Unwissen, Unreife oder gar Intelligenz auf  
19 Erwachsene zu übertragen – jede\*r aufrechte\*r Demokrat\*in wäre zurecht gegen eine Begrenzung  
20 des Wahlrechts, zum Beispiel durch entsprechenden Test für erwachsene Menschen. Doch  
21 während Erwachsene, wenn sie es wünschen, ihre Wahl auch auswürfeln könnten, können junge  
22 Menschen, so informiert, interessiert und persönlich betroffen sie auch seien, keinen Einfluss auf  
23 unser aller politisches Zusammenleben haben.

24 Auch der Glaube Kinder und Jugendliche könnten leichter unter Druck gesetzt werden als  
25 Erwachsene ist nicht überzeugend: durch das Wahlgeheimnis sind sie ebenso wie Erwachsene  
26 geschützt. Natürlich bilden sich junge Menschen, ebenso wie Erwachsene, ihre politische Meinung,  
27 auch aus ihrem persönlichen Umfeld heraus. Anzunehmen, dass Erwachsene gegen Einwirkungen  
28 von außen immun sind, wäre naiv – die Entscheidung über ihr Recht zu Wählen bleibt davon  
29 unberührt und sollte es auch für junge Menschen sein.

30 Zwei Drittel der Erstwähler\*innen der letzten Bundestagswahl waren der Meinung, dass die  
31 deutschen Parteien sich nicht ausreichend mit den wichtigen Themen ihrer Generation  
32 auseinandersetzen würden. Wer sich in der Politik nicht wiederfindet, wird politik- und  
33 parteienverdrossen. Doch solange junge Menschen am Kern unserer Demokratie nicht teilhaben  
34 können, wird sich das nicht ändern. Ein weiteres Herabsetzen des Wahlalters von 16 auf 14 Jahre

35 würde zu rund 1,5 Millionen neuen Wahlberechtigten führen, die von Politik und Parteien ernst  
36 genommen werden müssten.

37 Eine Stellvertretung, wie ein Familienwahlrecht, widerspricht dabei demokratischen Grundsätzen –  
38 niemand weiß besser was Jugendliche und Kinder wollen als sie selbst.

39 **Daher fordern wir:**

40 Das aktive Wahlrecht für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 14 Jahre  
41 zu senken.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I4\_2/19 Cybersicherheit**

1 Der Großteil unserer Gesellschaft nutzt vernetzte Dienste und das Internet täglich, sei es bewusst  
2 zur Recherche von Informationen oder unbewusst beim Bezahlen mit der Kreditkarte. Äußerungen  
3 auf sozialen Plattformen sind Teil des politischen Diskurses und gehören folglich auch zum  
4 öffentlichen Raum. Nicht nur die Kommunikation, auch Dienstleistungen werden teilweise oder  
5 komplett online erbracht. Teile der Infrastruktur, die das gesellschaftliche Zusammenleben  
6 ermöglichen, wie die Strom- und Wasserversorgung, Gesundheitsinfrastruktur oder auch  
7 Finanzdienstleistungen und insbesondere der Zahlungsverkehr gelten aufgrund ihrer Vernetzung  
8 und Abhängigkeit von sicheren Datenströmen als besonders schützenswert und werden unter  
9 dem Begriff der kritischen Infrastruktur zusammengefasst.

10 Der Cyberspace dient als virtueller Ort an dem Daten und Informationen ausgetauscht und  
11 verbreitet werden sowie als Infrastruktur, die gesellschaftliches Zusammenleben erleichtert und  
12 muss daher auch wirksam geschützt werden. Der Schutz des Cyberspace wird als Cybersicherheit  
13 bezeichnet.

14 Eine sinnvolle Definition von Cybersicherheit umfasst jedoch nicht nur die Sicherheit des  
15 Cyberspace, sondern alle Elemente, die im Cyberspace interagieren oder mit diesem verknüpft  
16 sind. Elemente des Cyberspace können unter anderem Daten, Informationen und die notwendige  
17 Infrastruktur sein. Aber auch zwischenmenschliche Kommunikation, Geräte des Internet der Dinge  
18 sowie die kritische Infrastruktur eines Staates können Elemente des Cyberspace sein.

19 Zur umfassenden Gewährleistung von Cybersicherheit werden sowohl defensive als auch offensive  
20 Maßnahmen diskutiert.

21 Zu defensiven Maßnahmen zählen z.B. die grundlegende Verbesserung von Hard- und  
22 Softwarequalität (sowohl des Endproduktes als auch des Entwicklungsprozess), die  
23 Implementierung einer sicherheitswahrenden Architektur, sowie die schnelle Beseitigung von  
24 Sicherheitslücken (PAchmanagement). Bildungsmaßnahmen sind ebenfalls essentieller  
25 Bestandteil einer defensiven Sicherheitsstrategie. So erfolgen Angriffe nicht nur in digitaler Form.  
26 Das gezielte Ausnutzen menschlicher Schwachstellen (sog. Social Engineering) zählt deshalb  
27 ebenfalls zum Repertoire von Angreifer\*innen.

28 Zu Offensivkapazitäten zählen Maßnahmen, bei denen ein Angriff erfolgt. Dies umfasst die  
29 Infektion mit/Injektion von Schadsoftware in ein fremdes System, das Einbringen einer  
30 Sicherheitslücke in Hardwaredesigns, das Abfangen und Manipulieren von Kommunikation oder  
31 die gezielte Störung eines Systembetriebes (Denial of Service).

32 Der Aufbau von vermeintlicher Offensivkapazität wird gerade in jüngerer Zeit von insbesondere  
33 rechtskonservativen Politiker\*innen gefordert. Alleine aus technischen Gründen senkt schon der  
34 Aufbau einer theoretischen Angriffskapazität das allgemeine Sicherheitsniveau.



35 Derzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl von Bundes- und Landesbehörden,  
36 deren Aufgabe es im engeren oder weiteren Sinne ist, für die Cybersicherheit der Bundesrepublik  
37 zu sorgen. Dazu gehören neben dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI),  
38 das Bayerische Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die entsprechenden  
39 Abteilungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), des Bundesnachrichtendienstes (BND),  
40 des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Landespolizeien, das Zentrum für Cybersicherheit der  
41 Bundeswehr, die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZiTiS), das  
42 Bundesamt für den Digitalfunk für Behörden mit Sicherheitsaufgaben und einige weitere.

43 Die Aufgabenverteilung ist ebenso divers wie die Behörden selbst. Das BSI als älteste und größte  
44 Behörde, dass aus der dem ehemals dem BND angegliederten Zentralstelle für das Chiffrierwesen  
45 hervorgegangen ist, hat als prinzipielle Aufgabe den Schutz von Regierungsnetzen sowie  
46 sogenannter kritischer Infrastruktur. Zudem unterstützt das BSI auch Wirtschaft und Gesellschaft  
47 im Bereich der IT-Sicherheit.

48 Auch die Normierung von Kryptographieverfahren und die Beratung von Bürger\*innen gehört zu  
49 der Aufgabenbeschreibung des BSI. Die primäre Aufgabe ist das Abwehren von Cyberattacken.  
50 Anders sieht es bei dem BfV, dem BND, der Bundeswehr und dem BKA angegliederten Abteilungen  
51 sowie dem ZiTiS aus. Während die Hauptaufgabe des BKA im Bereich der Cybersicherheit bei der  
52 Ermittlung der Verantwortlichen für Cyberangriffe liegt, haben die anderen genannten Zentren  
53 einen anderen Fokus. So gibt das ZiTiS, eine 2017 neu gegründete Behörde, die „Behörden mit  
54 Sicherheitsaufgaben in Ihrer Arbeit unterstützen soll“ seine Aufgabenfelder auf seiner Website an  
55 mit Digitaler Forensik, Telekommunikationsüberwachung, Kryptoanalyse und Big Data Analyse an.  
56 Der Fokus liegt also klar nicht auf einer Abwehr von Cyberangriffen, sondern auf dem Durchführen  
57 solcher, der Entschlüsselung erlangter Daten, sowie der Überwachung, sowie der Auswertung von  
58 durch Überwachung erhaltenen Daten. Gleiches ist auch bei den Abteilungen des BND und des BfV  
59 zu vermuten, auch wenn Informationen hier rarer sind.

60 Gerade Behörden wie das ZiTiS stehen seit ihrer Gründung unter großer Kritik, da sie zwar in  
61 geografischer Nähe des BND an seinem alten Standort in Pullach angesiedelt wurde, aber diesem  
62 offiziell nicht klar zu geordnet wird. Mit Telekommunikationsüberwachung, Kryptoanalyse und Big  
63 Data Analyse übernimmt das ZiTiS Aufgaben, die alle einen starken Eingriff in die Freiheitsrechte  
64 der Betroffenen darstellen, Dabei wird die ZiTiS nur durch das Bundesinnenministerium  
65 kontrolliert, ebenso wie die entsprechenden Zentren von BfV, BND und Bundeswehr nur der  
66 Kontrolle ihrer übergeordneten Behörden unterworfen sind. Eine direktere parlamentarische  
67 Kontrolle existiert nicht.

68 Im Bereich der defensiven Behörden stellt sich vor allem das Problem der Zerfaserung der  
69 Strukturen. Während das BSI zwar die Hauptbehörde ist, werden gleiche oder ähnliche Aufgaben  
70 auch von einer großen Anzahl anderer Behörden, den Polizeien und Nachrichtendiensten  
71 übernommen. Dass die Kommunikation zwischen diesen Behörden, die gerade im Fall von  
72 Cyberangriffen schnell gehen muss, nicht gegeben ist, lassen Beispiele aus der Vergangenheit  
73 erahnen wo es zu Kommunikationspannen und -unwillen zwischen verschiedenen staatlichen  
74 Einrichtungen kam.

75 Die derzeitige Struktur zur Gewährleistung von Cybersicherheit in der Bundesrepublik ist also stark  
76 dezentralisiert und demokratisch nur wenig kontrolliert. Sie hat zudem neben der defensiven  
77 Ausrichtung auch eine starke offensive Ausrichtung, was weitere Probleme aufwirft.

78 **Behördendurcheinander beenden**

79 Neben den genannten Behörden sind zudem eine Vielzahl weiterer Einrichtungen bei  
80 verschiedenen Sicherheitsbehörden auf Länder und Bundesebene entstanden, deren  
81 Kompetenzen zudem nicht klar voneinander abgrenzbar sind. Eine effiziente und effektive  
82 Sicherheitsstrategie wird dadurch erschwert.

83 Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum ist die beim BSI angesiedelte Kooperationsstelle  
84 verschiedener Bundesbehörden, wie Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), das  
85 Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst, zur Abwehr von Cyberangriffen. Jedoch  
86 haben beispielsweise 13 Bundesländer eigene Cybercrime-Zentren aufgebaut, um  
87 Cyberkriminalität zu bekämpfen. Auch BfV und BND versuchen jeweils Cyber-Angriffe auf staatliche  
88 und private Einrichtungen abzuwehren und aufzuklären.

89 Die geschaffenen Strukturen für Cybersicherheit ähneln oder überschneiden sich auch in der  
90 Forschung: Die kürzlich vom Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundesministerium für  
91 Verteidigung (BMVg) gegründete Agentur für Innovation in der Cybersicherheit soll Forschungs-  
92 und Innovationsvorhaben in der Cybersicherheit anstoßen). Das Forschungsinstitut Cyber Defence  
93 (CODE), ebenfalls vom BMVg gegründet, verfolgt ein ähnliches Ziel für die Bundeswehr.

94 Insgesamt sind in die Cybersicherheitsarchitektur über 50 Akteur\*innen und Einrichtungen auf  
95 Länder- und Bundesebene involviert. Sich überschneidende Aufgabenbereiche verhindern die  
96 effiziente und effektive Umsetzung einer gemeinsamen Cybersicherheitsstrategie.

97 Verwobene und sich überschneidende Zuständigkeiten verringern die Transparenz der  
98 involvierten Stellen. Gerade in einem Bereich, in dem immer wieder die Einschränkung  
99 persönlicher Freiheiten zu Gunsten maximaler Sicherheit und Kontrolle gefordert wird, muss die  
100 Arbeit der staatlichen Behörden jederzeit überprüfbar sein. „Das BSI war bereits bislang eine  
101 zentrale Behörde in Bezug auf Cybersicherheit. Deshalb sollen künftig alle Kompetenzen im  
102 Bereich der Cybersicherheit dort gebündelt werden. Wir fordern deshalb: Anstatt einer Vielzahl von  
103 Behörden mit intransparenten und sich überschneidenden Zuständigkeiten soll das BSI als einzige  
104 Behörde allein für die Entwicklung und Umsetzung einer rein defensiven Cybersicherheitsstrategie  
105 zuständig sein. Dies vereinfacht die demokratische Kontrolle dieser Einrichtung und erhöht deren  
106 Transparenz. Die Kontrollfunktion obliegt unter anderem den Abgeordneten des Bundestages.  
107 Diese Behörde darf nicht beim Verfassungsschutz oder BND angesiedelt sein. Insbesondere  
108 müssen dafür angemessene Auskunftspflichten im Auftrag der Einrichtung verankert werden. Die  
109 Geheimhaltung der weitergegebenen Informationen muss so gestaltet werden, dass eine normale  
110 parlamentarische Arbeit und damit gesellschaftliche Kontrolle möglich wird.“

### 111 **Keine offensiven Kompetenzen für Behörden**

112 Derzeit besteht eine große Vermischung zwischen Behörden, die sich defensiv beziehungsweise  
113 offensiv orientieren. So hat das BSI beispielsweise eine im Großen und Ganzen defensiv angelegte  
114 Aufgabenbeschreibung, soll aber nach dem Willen von Innenminister Seehofer weitere offensive  
115 Kompetenzen bekommen, zum Beispiel durch sogenanntes „Hack-back“, dem Hacken von  
116 mutmaßlichen Hacker\*innen zwecks Überführung. Damit verschwimmt die Grenze zwischen  
117 Behörden die offensiv und solchen die defensiv arbeiten weiter, eine Linie, die auch derzeit noch  
118 nicht klar gezogen ist. So sieht das BfV auch als Teil seines Verantwortungsgebiets Cyberspionage  
119 abzuwehren, arbeitet aber gleichzeitig mit offensiven Mitteln, wie Überwachung. Gleiches gilt für  
120 die Bundeswehr, die, in einer Überschneidung mit den Kompetenzen des BSI, einerseits den Schutz  
121 der eigenen Netze, sowie andererseits das Eindringen in andere Netze betreibt. Diese Vermischung  
122 sorgt für eine weitere Undurchschaubarkeit dieses Behördenschwungs und erschwert eine  
123 demokratische Kontrolle weiter. Der Wunsch der deutschen Geheimdienste auf Augenhöhe mit

124 NSA und GCHQ zu arbeiten und die gleichen weitreichenden Befugnisse zu erhalten, darf nicht  
125 Maßstab einer Strategie für Sicherheit im digitalen Raum sein. Stattdessen müssen für die  
126 Cybersicherheit bereitgestellte Ressourcen ausschließlich für den Ausbau defensiver Maßnahmen  
127 verwendet werden. Dazu gehört die grundlegende Verbesserung von Softwarequalität sowie die  
128 an öffentlichen Hochschulen entwickelten Technologien für die Sicherheit von  
129 informationstechnischen Systemen schnellstmöglich auch in die Praxis zu bringen. Wir fordern  
130 daher

131 die Auflösung aller offensiv arbeitenden Behörden und das Verbot offensiver Aktivitäten. Defensiv  
132 arbeitende Behörden dürfen keine offensiven Befugnisse erhalten und sind in einer zentralen  
133 Bundesbehörde zu bündeln

### 134 **Kompetenzen einer zentralen Behörde**

#### 135 Verschweigen von Sicherheitslücken

136 Ein hoher Grad an Cybersicherheit lässt sich nur dann erreichen, wenn Informationen über  
137 bekannte IT-Sicherheitslücken weitergegeben werden, sodass diese durch verantwortliche Stellen  
138 und Akteure beseitigt werden können. Bisher unbekannte Schwachstellen in Computersoftware,  
139 sogenannte Zero-Day Schwachstellen, können zur Überwachung und Infiltration genutzt werden,  
140 solange diese nicht geschlossen oder beseitigt wurden. Um Spionagesoftware wie Staatstrojaner  
141 erfolgreich einsetzen zu können, bedarf es eingebauter Hintertüren oder aber bislang nicht  
142 geschlossener Sicherheitslücken. Offene Schwachstellen können jedoch auch von Dritten wie  
143 Kriminelle und Geheimdienste für deren Ziele genutzt werden und stellen deshalb für alle  
144 Betroffenen eine Gefahr dar. Wissen über Software-Sicherheitslücken darf deshalb nicht von  
145 staatlicher wie unternehmerischer Seite zurückgehalten werden, um diese für eigene Zwecke zu  
146 missbrauchen. Daher fordern wir

147 Eine umfassende, niedrighschwellige und augenblickliche Information über Sicherheitslücken in  
148 Software.

### 149 **Koordiniertes Verfahren zur Behebung von Schwachstellen**

150 Es existiert derzeit kein einheitliches Verfahren für den Umgang mit gefundenen Sicherheitslücken.  
151 So kommt es in der Praxis vor, dass Nutzer\*innen Sicherheitslücken an Hersteller\*innen melden,  
152 diese jedoch keine zeitnahen Gegenmaßnahmen ergreifen. Ein jüngerer bekannter Fall ist die grob  
153 unsicher konzipierte Gesundheitsdatenapplikation Vivy. Der Hacker Martin Tschirsich meldete  
154 diverse, von ihm gefundene Sicherheitslücken an den Hersteller. Anstatt diese zu beseitigen, wurde  
155 ihm mit Klage gedroht. Deshalb fordern wir ein durch das BSI koordiniertes Verfahren zur zügigen  
156 Meldung und Beseitigung von kritischen Sicherheitslücken. Auch die Information der Industrie und  
157 Zivilbevölkerung über die gefundenen Sicherheitslücken muss Teil dieses Prozesses sein.

#### 158 Hack-Back

159 Die vom Staat vielfach geforderte Kapazität, auf Cyberangriffen mit Gegenmaßnahmen zu  
160 reagieren, ist nicht zielführend sondern kontraproduktiv. Die oft als „Hack-Back“ oder auch „aktive  
161 Abwehr“ benannte Strategie ist eine Offensivreaktion und keine Abwehrmaßnahme, bei der  
162 der\*die vermeintliche Angreifer\*in attackiert wird. Ein Hack-Back verbietet sich schon aufgrund der  
163 unzureichenden Identifikation des Angreifers/der Angreiferin: Nur selten kann die Quelle des  
164 Angriffs zweifelsfrei einem\*r bestimmten Akteur\*in zugewiesen werden. Es gibt verschiedene  
165 Methoden, um die eigenen Spuren im Netz zu verschleiern. Angreifer\*innen können ihre IP-  
166 Adresse fälschen oder das TOR-Netzwerk nutzen, Staaten können Angriffe durch nicht-staatliche

167 Akteure\*innen ausüben lassen, Hacker\*innen-Gruppen können „False-Flag“-Attacks ausführen,  
168 etwa indem sie ihre Aktivitäten über Server in mehreren Ländern lenken.

169 Ein prominentes Beispiel ist die Schadsoftware Stuxnet, die darauf programmiert war, Kernkraft-  
170 Zentrifugen im Iran lahmzulegen. Da das Computersystem nicht mit dem Internet verbunden war,  
171 wurde zunächst nicht von einem Cyber-Angriff ausgegangen. Erst Wochen später wurden  
172 vermehrt Anzeichen für einen Cyberangriff gefunden. Für die Attacke wurden die USA und Israel  
173 verantwortlich gemacht, jedoch konnte deren Ursprung nie zweifelsfrei geklärt werden. Dieses  
174 Beispiel verdeutlicht erstens, wie schwierig es ist, die Herkunft von Cyberangriffen zu klären und  
175 zweitens, dass es dafür nicht zwingend einer Internet-Verbindung bedarf.

176 Ein Gegenschlag nach einem Hacker\*innenangriff kann ebenfalls Unbeteiligte treffen. Wird  
177 beispielsweise ein von Hackern infiltrierter Computer eines Energieversorgers in einem anderen  
178 Land durch einen Hack-Back beschädigt, wären Stromausfälle eine denkbare Konsequenz. Solche  
179 Kollateralschäden müssen jedoch vermieden werden. Auch eine Eskalation als Folge eines Hack-  
180 Backs kann nicht ausgeschlossen werden. Geschädigte Dritte könnten in den Konflikt eingreifen  
181 oder aber der Hack-Back zu weiteren, stärkeren Attacks des\*der identifizierten  
182 Angreifers/Angreiferin führen und im schlimmsten Fall in einer Aggressionsspirale enden.

183 Auch als Ultima Ratio in Notsituationen, wie ein folgenschwerer Angriff auf die kritische  
184 Infrastruktur eines Landes, ist Hack-Back keine wirksame Strategie. Gerade destruktive Angriffe  
185 erfordern gute Kenntnisse über Hard- und Software der Attackierenden sowie über deren Intention  
186 und Vorgehensweise. Dieses Wissen aufzubauen ist zeit- und kostenintensiv, eine zeitlich  
187 verzögerte Gegenmaßnahme ist jedoch keine Notwehrmaßnahme. Nach internationalem  
188 Völkerrecht muss ein Akt der Selbstverteidigung unmittelbar als Reaktion auf einen Angriff  
189 erfolgen. Offensive Angriffe auf ausländische Computersysteme können als aggressiven Akt  
190 verstanden werden und sind laut Grundgesetz verfassungswidrig. Hack-Backs sind folglich kein  
191 geeignetes Mittel gegen Cyberangriffe. Wir fordern daher:

192 Ein Verbot von Hack-Backs als Maßnahme der Cybersicherheit.

### 193 Schutz von Betroffenen ohne deren Wissen

194 Eine weitere Frage, die sich stellt, ist, ob es dem Staat gestattet sein sollte in die Geräte von  
195 Privatpersonen ohne deren Wissen, unter Ausnutzung bekannter und in neueren  
196 Softwareversionen geschlossenen Sicherheitslücken, einzugreifen, um Sicherheitslücken zu  
197 schließen oder Angriffe zu verhindern oder zu minimieren. Insbesondere von Bedeutung ist diese  
198 Frage bei sogenannten Bot-Nets. Bot-Nets sind ein Zusammenschluss von teils mehreren  
199 zehntausend Computern, der ohne das Wissen der Computerbesitzer\*innen durch Schadsoftware  
200 geschieht. Die durch diese Zusammenschlüsse entstehende hohe Rechenleistung wird dann von  
201 den Angreifer\*innen zur Zerstörung oder Unschädlichmachung der Zielservers verwendet.

202 Zur Verhinderung eines solchen Angriffs ist es notwendig, die Schadsoftware von jedem einzelnen  
203 Computer eines Bot-Nets' zu entfernen und entsprechende Sicherheitslücken zu schließen.  
204 Aufgrund der schier unendlichen Anzahl der Computer, ist es praktisch unmöglich die Zustimmung aller  
205 betroffenen Nutzer\*innen in einem sinnvollen Zeitraum über diese Maßnahmen einzuholen.

206 Deshalb ist zu überlegen, ob es dem Staat erlaubt sein sollte, entsprechende Maßnahmen ohne die  
207 Zustimmung der Nutzer\*innen einzuleiten, sofern dies dem Schutz der betroffenen Server, zu  
208 Beispiel dem des Bundestages dient. Diese Maßnahme - das Eingreifen in die elektronischen  
209 Endgeräte von Personen, die sich keinerlei Straftat schuldig gemacht haben, noch nicht einmal  
210 einer verdächtigt sind - bereitet den Boden für zu viele Möglichkeiten des Missbrauchs. Das

211 Argument "die Allgemeinheit zu schützen" könnte, wenn mit ihm ein solch starker Eingriff in die  
212 Privatsphäre gerechtfertigt würde, für einen starken Ausbau von Überwachung und  
213 Eingriffsmöglichkeiten in die Privatsphäre von Seiten des Staates verwendet werden. Daher  
214 fordern wir:

215 Kein staatliches Eingreifen in die elektronischen Endgeräte von Privatpersonen. Auch dann nicht,  
216 wenn dies der Sicherheit dieser oder anderer Geräte dient.

#### 217 Standards für Security bei Design und Verschlüsselung

218 Durch Verschlüsselung von Kommunikation kann bereits ein sehr hoher Sicherheitsstandard  
219 gewährleistet werden. Es gibt derzeit einige Verschlüsselungsprotokolle, die bei ausreichenden  
220 Schlüssellänge eine fast vollständige Sicherheit der Daten gewährleisten. So können diese Daten  
221 zwar durch Cyberangriffe weiterhin abgefangen werden, sind jedoch für die sie Abgreifenden  
222 wertlos. Durch leicht nutzbare Software ist das Verschlüsseln von persönlichen Daten auch für  
223 wenig technikaffine Privatnutzer\*innen problemlos möglich. Gleiches gilt insbesondere für  
224 Regierungsnetzwerke. Wichtiger aber ist noch das sogenannte „Security by Design“. Es gibt  
225 verschiedene Arten und Weisen bereits die Hardware, als das Gerät selbst, so zu bauen, dass ein  
226 Hacken sehr schwierig bis unmöglich ist. Hierfür braucht es jedoch verbindliche Standards, die von  
227 der Bundesbehörde zu entwickeln sind. Wir fordern:

228 Die Setzung verbindlicher Standards für den Bau von Geräten, die die Prinzipien des „Security by  
229 Design“ beherzigen. Um Hersteller\*innen zur Schaffung eines sicheren Hard- und Softwaredesigns  
230 zu verpflichten, ist eine Haftung für durch Sicherheitslücken entstandene Schäden einzuführen.

#### 231 Naming/Blaming von Angriffen

232 Das sogenannte Naming/Blaming von Angriffen bezeichnet das Offenlegen von Angriffen, sowie  
233 der angreifenden Gruppen. Im Rahmen dieser Methode kann insbesondere auf infizierte Websites,  
234 sowie derzeit aktuelle Angriffsmaschen hingewiesen werden. Einige Institutionen, wie etwa der  
235 Verbraucher\*innenschutz NRW betreibt bereits ein sogenanntes Phishing Radar, das besonders  
236 häufig vorkommende Betrugsversuche und Schadsoftware listet. Gleiches geschieht auf der Seite  
237 des BSI. Da die Informationslage des Ersteren jedoch nicht vollständig und die Seite des Zweiteren  
238 kaum bekannt ist, wissen nur wenige Menschen um diese Informationsquelle. Diese Informationen  
239 müssen niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Deswegen fordern wir:

240 Einen Ausbau der Informationen über Cyberangriffe und Betrugsmethoden, die einer großen  
241 Anzahl an Menschen niedrigschwellig zur Verfügung stehen.

242 Die Einführung einer neuen Meldepflicht für alle Unternehmen für erkannte IT-Schwachstellen  
243 ihrer Produkte. Hier soll das Verursacher\*innenprinzip gelten: wer Schwachstellen in ihren\*seinen  
244 Produkten verschweigt, muss hierfür zur Verantwortung gezogen werden. Bei Nutzung von  
245 offenem oder offengelegtem Quelltext muss keine Meldung erfolgen. Einhergehend mit diesem  
246 Aufgabenzuwachs müssen die Stellen bei den zuständigen Abteilungen des BSI erweitert werden.

#### 247 **Die Wichtigkeit des privaten Schutzes vermitteln**

248 Es gibt viele Möglichkeiten wie sich Nutzer\*innen privat schützen können und so das Netz auch  
249 insgesamt für alle sicherer machen können. Ähnlich wie beim Impfen lässt sich auch hier der  
250 Schaden den ein Virus anrichten kann und das Ausmaß an Abzug persönlicher Daten bekämpfen,  
251 wenn nur ein Teil aller elektronischer Endgeräte wirksam geschützt ist. Deswegen ist der Schutz  
252 des eigenen Gerätes zu gleich auch ein Schutz der anderen. Viele Menschen wissen weder um die

253 Gefahren, noch um die Möglichkeit des Schutzes von technischen Geräten, obgleich einige dieser  
254 Möglichkeiten, wie das Verschlüsseln von E Mails, das Wählen sicherer Passwörter und das Nutzen  
255 sicherer Messenger-Dienste, relativ einfach zu handhaben sind. Technische Geräte haben einen  
256 immer größeren Anteil an unserem Alltag. Mit ihnen sicher umzugehen wird immer wichtiger. Die  
257 nötigen Kenntnisse für einen sichereren Umgang mit Informationstechnik sind unverzichtbarer  
258 Bestandteil der informationstechnischen Grundausbildung (ITG). In Berlin ist ITG bereits Lehrinhalt  
259 der Sekundarstufe I. Der Lehrplan muss dahingehend erweitert werden, so dass sicherer Umgang  
260 mit IT und grundlegende Verhaltensregeln gelehrt werden, ITG muss Teil der schulischen Bildung  
261 in allen Bundesländern werden.

## 262 **Forschung ausbauen**

263 Kein Wirtschaftlicher Bereich entwickelt sich derzeit so rasant wie das der IT. Durchschnittlich 230  
264 Schadsoftwares werden pro Minute neu entwickelt. Mit sich ständig ändernden Geräten und  
265 einem Ansteigen der Rechenleistung verändern sich auch die Angriffe, die auf diese Geräte  
266 möglich sind. Um weiterhin eine relative Cybersicherheit garantieren zu können, müssen also auch  
267 die Verfahren zu Abwehr und Schutz fortlaufend weiterentwickelt werden. Während jedoch ganze  
268 Masterstudiengänge in Cybersicherheit und Kryptographie in anderen europäischen Ländern Gang  
269 und Gäbe ist, sieht es in der Bundesrepublik wesentlich schlechter aus. Hier handelt es sich  
270 meistens um einzelne Spezialisierungsrichtungen in allgemeinen Informatik-Masterstudiengängen  
271 oder um Angebote privater Träger\*innen. So gibt es auch nur wenige Institute, die sich explizit mit  
272 Cybersicherheit beschäftigen. Wie bei vielen anderen Themen rund um die technische Seite der  
273 Digitalisierung, zum Beispiel künstliche Intelligenz und Machine Learning, scheint dieses Thema in  
274 der deutschen Hochschullandschaft noch nicht angekommen zu sein. So gibt es im gesamten  
275 Raum Berlin-Brandenburg nur an der Brandenburgisch-Technischen Hochschule einen Master in  
276 Cybersicherheit. Bundesweit sieht es nicht besser aus. Die meisten der deutschen  
277 Sicherheitsbehörden, wie etwa der BND und die Bundeswehr bilden daher ihre Fachkräfte in  
278 eigenen Studiengängen aus. Auch betreiben Behörden wie ZITiS, das BSI und die Bundeswehr  
279 Forschung in diesem Bereich, öffentlich finanziert, aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich  
280 gemacht und publiziert wird. Wir fordern daher:

281 Einen Ausbau der Lehre und Forschung im Bereich der Kryptographie, Cybersicherheit, IT Security  
282 und IT Forensik

283 Öffentlich geförderte Forschung muss sofern möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht  
284 werden. Das Gros der Forschung im Bereich Cybersicherheit soll daher an öffentlichen Hochschulen  
285 und außeruniversitären Instituten stattfinden. Alle Forschung zu dem Thema ist nach den  
286 geltenden Verfahren im Wissenschaftsbetrieb zu publizieren.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I5\_2/19 Gemeinnützigkeit stärken**

1 Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kämpfte in einem längeren Rechtsstreit mit dem  
2 zuständigen Finanzamt für die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit. Die einzelnen Instanzen  
3 urteilten dabei sehr unterschiedlich über die Frage, ob das politische Engagement von Attac  
4 angemessen für einen gemeinnützigen Verein sei. Zwar kann dies auch bei gemeinnützigen  
5 Vereinen "im Einzelfall zwangsläufig mit einer gewissen politischen Zielsetzung verbunden" sein.  
6 Doch wird politische Tätigkeit grundsätzlich als Vertretung besonderer Interessen begriffen und  
7 damit von Gemeinnützigkeit unterschieden. Das hessische Finanzgericht ordnete das politische  
8 Engagement von Attac unter Bildungszwecke ein und erkannte entsprechend eine  
9 Gemeinnützigkeit an. Der Bundesfinanzhof als nächste Instanz betrachtete das politische  
10 Engagement als zu groß, hob das Urteil des Finanzgerichts auf und wies den Fall zurück. Attac hat  
11 damit den Status der Gemeinnützigkeit verloren und massive – existenzbedrohende – finanzielle  
12 Verluste erlitten. Auch die Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit der Deutschen  
13 Umwelthilfe zeigt, wie relevant die Frage der Gemeinnützigkeit für die Zivilgesellschaft ist.

14 Die Trennung zwischen gemeinnützigen und politischen Vereinen ist grundsätzlich sinnvoll -  
15 insbesondere muss verhindert werden, dass rechtsradikale Kräfte wie der PEGIDA Förderverein  
16 oder der Identitäre Bewegung Deutschland e.V. in den Genuss der Gemeinnützigkeit kommen.

17 Die Entscheidungspraxis der Finanzämter ist jedoch sehr unterschiedlich und bietet zu wenig  
18 Rechtssicherheit für Vereine. Wird ihnen die Gemeinnützigkeit überraschend entzogen, haben sie  
19 erfahrungsgemäß einen schlagartigen Einbruch von Spenden zu verzeichnen, weil diese für die  
20 zahlenden Personen nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Noch dramatischer sind die Folgen einer  
21 rückwirkenden Aberkennung durch die damit fälligen Nachzahlungen. Hier ist eine  
22 Vereinheitlichung der Rechtsanwendung dringend nötig, um gemeinnütziges Engagement nicht  
23 durch steuerrechtliche Verwaltungslast zu erdrücken.

24 Die in der Abgabenordnung aufgeführten Tätigkeiten sind seit langem nicht mehr auf der Höhe  
25 der Zeit: Der kulturelle und technische Fortschritt ermöglicht heute viele Formen faktischer  
26 Gemeinnützigkeit, deren juristische Anerkennung bisher ausblieb und dringend nachgeholt  
27 werden muss.

28 Daher fordern wir:

29 1. Der Begriff der Gemeinnützigkeit nach der Abgabenordnung (AO) wird reformiert. Die in § 52 der  
30 Abgabenordnung als gemeinnützig definierten Themenfelder werden den veränderten  
31 gesellschaftlichen Vorstellungen angepasst und so formuliert, dass sie z.B. explizit auch folgende  
32 Tätigkeiten umfassen:

33 Förderung der Hilfe für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten

34 neue Bildungsbereiche wie Programmierung und Medienkompetenz

35 neue Sportbereiche wie Paintball und eSports

36 bisher ungenannte, aber faktisch entsprechende Bereiche, wie z. B. Pflege und Verwaltung von  
37 Friedhöfen

38 2. Das Bundesfinanzministerium wird eine höhere Rechtssicherheit bei der Anerkennungspraxis  
39 der Gemeinnützigkeit besorgen. Die Prüfungspraxis bei den Finanzämtern wird stärker reguliert,  
40 um Anerkennungsentscheidungen für antragstellende Vereine transparenter zu gestalten. Der  
41 zulässige Umfang von politischem Engagement im Zustand der Gemeinnützigkeit wird genauer  
42 bestimmt. Bei Spenden über 10.000 € müssen die Namen der Geldgeber\*innen veröffentlicht  
43 werden.

44 3. In der Diskussion über die Klagen der Deutsche Umwelthilfe bekennt sich die SPD dazu, die  
45 Gemeinnützigkeit von Vereinen nicht aus dem alleinigen Grund zu entziehen, weil sie sich im  
46 Rechtsstreit mit Gebietskörperschaften befinden.



Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **I6\_2/19 Aufhebung von § 109 StGB**

- 1 Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages werden aufgefordert, einen Antrag auf
- 2 Aufhebung des § 109 StGB in den Bundestag einzubringen.

- 3 **Begründung:**

- 4 Der § 109 StGB bestraft die Wehrpflichtentziehung durch Verstümmelung und ist damit sowohl
- 5 durch die Aussetzung der Wehrpflicht als auch durch den gesellschaftlichen Fortschritt nicht mehr
- 6 zeitgemäß.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Weitere Adressat\*innen: SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

## **I9\_2/19 Sitzzuteilungsverfahren bei Wahlen in Berlin und deutschlandweit vereinheitlichen!**

1 Bereits im Januar 1999 kam der Bundeswahlleiter zu dem Schluss, dass das Sainte-Laguë-Verfahren  
2 anderen Verfahren vorzuziehen ist. Also muss auch Berlin einen wichtigen Schritt gehen und  
3 gegen Ungleichheit bei deutschen Landtagswahlen vorgehen.

4 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der SPD-Fraktion im Berliner  
5 Abgeordnetenhaus sollen sich für eine Änderung des Berliner Wahlgesetzes (WahlG BE) einsetzen,  
6 die eine Ablösung des Hare-Niemayer-Verfahrens (siehe WahlG BE §17, Absatz 2) bei Wahlen zum  
7 Abgeordnetenhaus und eine Ablösung des d'Hondt-Verfahrens bei den Wahlen zu den zwölf  
8 Bezirksverordnetenversammlungen (siehe §22, Absatz 1) durch das Sainte-Laguë-Verfahren  
9 vorsieht. Wir sind der Überzeugung, dass bei einer Verhältniswahl ein Wahlauszählverfahren nach  
10 Sainte-Laguë zu einer gerechteren Sitzverteilung in den Volksvertretungen führt. Die SPD sollte  
11 sich daher in den Ländern für die Einführung dieses Verfahrens einsetzen.

12 Das Sainte-Laguë-Verfahren, das bereits seit der Bundestagswahl 2009 Anwendung findet, sollte  
13 2008 das Hare-Niemayer-Verfahren ablösen, welches wiederum 1985 das d'Hondt-Verfahren  
14 ersetzte. Jedoch gehen die 16 Bundesländer beim Sitzzuteilungsverfahren ihren eigenen Weg,  
15 sodass in zehn Ländern das Sainte-Laguë-Verfahren nicht verwendet wird. Das d'Hondt-Verfahren  
16 und das Hare-Niemayer-Verfahren wurden erst in sechs Bundesländern ersetzt und auch Berlin hat  
17 noch keine entsprechende Änderung des Wahlgesetzes durchgesetzt.

18 Für beide - bei der Bundestagswahl abgelösten - Verfahren gilt: Sie sind undemokratisch und  
19 verletzen die Wahlgleichheit schwerwiegend! Das d'Hondt-Verfahren bevorzugt nachweislich  
20 große Parteien. Da dieses Verfahren teilweise auch bei der Zuteilung von Ausschusssitzen  
21 angewendet wird, verstärkt sich dieser Effekt. Dadurch werden kleine politische Kräfte stark  
22 benachteiligt.

23 Beim Hare-Niemeyer-Verfahren – der Quotenmethode mit Restausgleich nach größeren  
24 Bruchteilen - treten jedoch diverse Paradoxien auf. Diese Paradoxien können unter anderem  
25 bewirken, dass eine Partei bei Erhöhung der Sitzzahl Sitze verlieren kann (Alabama-Paradoxon).  
26 Des Weiteren kann es nach dem New-State-Paradoxon dazukommen, dass bei Streichung einer  
27 Partei eine andere Partei Sitze verliert. Das Populations-Paradoxon besagt wiederum, dass eine  
28 Partei bei Stimmengewinnen Sitze verlieren kann und eine andere Partei bei Stimmenverlusten  
29 Sitze dazu gewinnen kann. Diese Paradoxien stellen die Wahlgleichheit bei Anwendung dieses  
30 Verfahrens infrage.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

# O1\_2/19 Resolution: Für eine Sozialdemokratie mit Zukunft – Ein neuer Aufbruch außerhalb der Großen Koalition

1 Die SPD steht zum Jahresende 2019 vor der Entscheidung, ob die Große Koalition weiter bestehen  
2 bleibt oder nicht. Diese sogenannte „Halbzeitbilanz“ soll den Mitgliedern der Partei die Möglichkeit  
3 geben, über die Fortschritte und weitere Belastbarkeit des Regierungsbündnisses zu urteilen. Mit  
4 einem Blick zurück auf die vergangene Zeit seit der Bildung der Großen Koalition im April 2018  
5 müssen wir heute feststellen, dass die Befürworter\*innen sowie die GroKo als Ganzes nicht das  
6 halten konnten, was sie versprochen haben. Viele Befürchtungen der NoGroKo-Kampagne sind auf  
7 die ein oder andere Weise heute bittere Realität – das schon 2017 schlechteste Ergebnis der SPD in  
8 ihrer Geschichte wirkt mit dem Blick auf heute Umfragen fast schon erstrebenswert.

## 9 **Der interne Erneuerungsprozess kommt nicht voran**

10 Nach der verlorenen Bundestagswahl nahm sich die SPD-Parteiführung vor, einen breit angelegten  
11 Erneuerungsprozess zu starten. Die Partei sollte sowohl inhaltlich als auch strukturell zuerst einer  
12 ausführlichen Analyse unterzogen und später reformiert werden. Seit diesem Versprechen sind  
13 mittlerweile fast eineinhalb Jahre vergangen und nennenswerte Fortschritte lassen größtenteils  
14 auf sich warten. Stattdessen finden wir das Bild einer zerstrittenen Partei vor, in der die erste  
15 weibliche Parteivorsitzende nach extremen Hinterzimmergesprächen von alten Männerbünden  
16 resigniert ihren Posten samt Bundestagsmandat aufgibt und sich komplett aus der Politik  
17 zurückzieht. Dies zerstört nicht nur Vertrauen unter den Mitgliedern, sondern liefert auch ein nach  
18 draußen ein katastrophales Bild einer Partei, deren Grundgedanken eigentlich die Solidarität ist.

19 Die fehlende interne Erneuerung und ihre Auswirkungen auf die Partei lassen sich vor allem bei  
20 den Landtagswahlen seit dem Gang der SPD in die Große Koalition beobachten. In allen Wahlen  
21 hat es die SPD nicht geschafft sich vom negativem Bundestrend der Partei zu befreien. In vielen  
22 Ländern stürzte die SPD auf das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte (z.B. Bayern). In anderen  
23 Wahlkämpfen kosteten die Entscheidungen der Großen Koalition den vor Ort kämpfenden SPD-  
24 Verbänden wichtige Stimmen für einen Politikwechsel oder die Position als stärkste Kraft (z.B.  
25 Hessen und Bremen). Auch bei den Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen steht die SPD  
26 schlecht da. Auch in Bundesländern mit beliebten SPD Ministerpräsident\*innen, die an der Spitze  
27 beliebter und erfolgreicher Landesregierungen stehen, wie in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und  
28 Mecklenburg-Vorpommern, ist die SPD spätestens seit der Europawahl in den Umfragen  
29 dramatisch eingebrochen. Die Menschen haben nicht das Gefühl, dass es einen Wechsel im  
30 Politikstil der Partei gibt. Die Glaubwürdigkeit für ein standhaftes Eintreten für progressive Inhalte  
31 ist an vielen Stellen abhanden gekommen.

## 32 **Wo sind die roten Linien für die Sozialdemokratie?**

33 Dass die eigene Positionierung als Junior-Partner einer Großen Koalition schwierig werden wird,  
34 haben von Anfang an beide Seiten anerkannt. Trotzdem trat die befürwortende Seite mit dem

35 Versprechen an, es dieses Mal besser zu machen als in der GroKo 2013-17 und auch während des  
36 Regierungshandelns als eigenständiger und selbstbewusster Teil der Koalition aufzutreten. Wir  
37 wollen anerkennen, dass dieses Versprechen stellenweise gehalten wurde, beispielsweise bei der  
38 Grundrente. Aber hier erleben wir die bereits in der letzten Koalition häufig auftauchende  
39 Vertragsuntreue der Unionsparteien. Eine progressive Politik scheint so – auch bei vollem Einsatz  
40 von Bundesminister\*innen und Fraktion – nicht möglich.

41 Stattdessen mussten wir in den vergangenen eineinhalb Jahren immer wieder beispiellose  
42 Aktionen der Union bspw. in den Bereichen Migration, Asyl oder Selbstbestimmungsrechte von  
43 Frauen\* erleben. Wochenlang beschäftigten sich die Koalitionsparteien mit dem  
44 rechtspopulistischen Agieren des Innenministers, duldeten zunächst eine Beförderung des  
45 damaligen Verfassungsschutzchefs Hans-Georg Maaßen zum Staatssekretär im Innenministerium  
46 oder stimmten einem Kompromiss beim § 219a zu, der die Situation für Ärzt\*innen und betroffene  
47 Personen nicht verbesserte. Den traurigen Höhepunkt fand dieses Einknicken vor der rechten  
48 Agenda der Union zuletzt beim Abschiebengesetz. Dass die SPD am gleichen Tag auch ein  
49 Fachkräfteeinwanderungsgesetz durchsetzte, das zwar für einige Menschen Verbesserungen  
50 brachte, aber keine für junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung und mit der  
51 Klassifizierung von Menschen nach ihrem wirtschaftlichem Potential unseren Überzeugungen  
52 entgegen steht, interessiert niemanden, wenn nur wenige Momente vorher die  
53 Bundestagsfraktion in ihrer Mehrheit sowohl für die Kriminalisierung von Geflüchteten, als auch  
54 auch für die Kriminalisierung von seit Jahren und manchmal seit Jahrzehnten in Deutschland  
55 lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit stimmt. Die Zustimmung von  
56 Kompromissen, die gegen Beschlusslagen der Partei laufen und mindestens eine sehr weite  
57 Dehnung der Grundsätze Freiheit, Gleichheit, Solidarität verlangen, hat die SPD beliebig gemacht  
58 und Vertrauen in vielen Wähler\*innen-Milieus gekostet. Statt die AfD und ihre Positionen  
59 wirkungsvoll zu bekämpfen, werden rechte talking points zunehmend aufgenommen und in  
60 Regierungshandeln überführt. Die AfD steht heute nach wie vor mit stabilen Umfragewerten da  
61 und sitzt mittlerweile in allen Landesparlamenten. Bei den Landtagswahlen im Osten steht die AfD  
62 vor Ergebnissen, die nicht nur für die SPD sondern das gesamte demokratische System zur  
63 Herausforderung werden. Die roten Linien sind vielerorts überschritten, an anderen Stellen sind sie  
64 lange nicht mehr erkennbar gewesen.

### 65 **Damit noch was vom Laden übrig bleibt**

66 Nicht erst seit der Europawahl sehen wir, dass die SPD kaum noch die richtigen Antworten für eine  
67 junge Generation bereithält. Viele junge Menschen kennen die SPD überhaupt nur als  
68 Koalitionspartner der Union. Hinzu kommt das über Jahre gewachsene Bild einer Kohle- und  
69 Autopartei, die Umweltschutz immer nur als Nischenthema begriffen hat. Die Art und Weise wie  
70 teilweise auch SPD-geführte Landesregierungen oder Bildungsminister\*innen auf die Fridays-for-  
71 Future-Demonstrationen reagiert haben, erzeugt das Bild einer Partei, die den Ernst der Lage für  
72 entscheidende Themen nicht versteht. Das Vertrauen der jungen Generation in eine SPD, die sich  
73 für sie einsetzt ist derzeit nicht gegeben – und das ist katastrophal! Die SPD muss wieder eine  
74 Partei der Zukunft werden und Themen wie die Klimakrise ambitioniert angehen. Die Berufung auf  
75 ein Klimaschutzgesetz alleine wird nicht ausreichen, um Menschen vom umweltpolitischen  
76 Programm zu überzeugen.

77 Möchte die SPD auch über das Ende der Großen Koalition hinaus eine ernsthafte Akteurin im  
78 politischen System bleiben, muss sie sich auch trauen wieder klare Aussagen über politische  
79 Bündnisse jenseits der GroKo zu machen. Dabei muss sie sich auch von alten Befindlichkeiten und  
80 einem vermeintlichen Führungsanspruch in einem Rot-Rot-Grünen Bündnis verabschieden und

81 ihre eigene Lage realistisch einschätzen. Die Menschen werden die SPD – insbesondere nach dem  
82 widersprüchlichen Handeln nach der letzten Bundestagswahl 2017 – nicht mehr wählen, ohne das  
83 sie eine verbindliche und klare Aussage über den Ausschluss der GroKo gibt. Eine linke Perspektive  
84 im Bund muss jetzt deutlich kommuniziert werden!

85

### 86 **Der Ausstieg: Geordnetes Verfahren und klare Kante.**

87 Die letzten zwei Jahren haben mehr als genug Gründe dafür geliefert, die Große Koalition  
88 unmittelbar zu beenden. Hierfür sprechen neben den nicht-hinnehmbaren getroffenen oben  
89 genannten Kompromissen in letzter Zeit maßgeblich die Nominierung Ursula von der Leyens und  
90 ihre Kooperation mit Rechten hinsichtlich den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die die  
91 Grundpfeiler einer demokratischen EU darstellen. Aber nicht nur auf europäischer Ebene ist das  
92 Verhalten der Union mehr als problematisch – ebenso hindern ihre Vertragsuntreue und Blockaden  
93 bei entscheidenden und zukunftsweisenden Themenbereichen, wie Renten- oder Klimaschutz eine  
94 sinnvolle Politik. Die von der Union als notwendig propagierten erhöhten Verteidigungsausgaben  
95 sprechen des Weiteren ein angeblich erhöhtes Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung an und  
96 werden nicht selten von einer Rhetorik begleitet, die offensichtlich der versuchten  
97 Wiedergewinnung der Wähler\*innenschaft am rechten Rand geschuldet ist.

98 Für uns steht fest: Mit der Union wird es keine dringend notwendige ambitionierte Klima- oder  
99 Sozialpolitik geben. Ebenso wird es keine Erneuerung der SPD in einer Großen Koalition geben. Die  
100 letzten Wahlergebnisse – insbesondere bei Jungwähler\*innen – und Umfragen zeigen, ein Warten  
101 auf 2021 wird die SPD nicht vor einem weiteren Absturz schützen. Ein ‚Weiter so‘ in der Großen  
102 Koalition wird die Lage für uns nicht verbessern. Im Gegenteil, das Mittragen weiterer  
103 Kompromisse gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie wird das Vertrauen der Wähler\*innen in  
104 unsere Partei weiter zerstören. Die SPD wird weiterhin als Steigbügelhalter der Union  
105 wahrgenommen werden, wenn sie nicht klarmacht, dass die Große Koalition nicht das letzte Lied  
106 ist. Die Politik der Großen Koalition hat bereits nachhaltig Vertrauen künftiger Generationen in die  
107 Sozialdemokratie verspielt. Unser Ziel muss daher sein, aufzuzeigen, wofür die SPD als linke  
108 Volkspartei steht und wie ihre Vision einer gerechten Gesellschaft aussieht. Dies ist in einer Großen  
109 Koalition nicht möglich.

110 In der jetzigen Situation erkennen wir allerdings die Notwendigkeit eines geordneten Verfahrens  
111 an. Wir fordern daher, die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Evaluation nach zwei Jahren, im  
112 Dezember 2019, dazu zu nutzen, die Koalition in einem geordneten Prozess zu verlassen und somit  
113 Neuwahlen einzuleiten. Sollte allerdings die CDU bis zu diesem Zeitpunkt Gespräche oder  
114 Kooperationen mit der AfD auf jeglichen Ebenen aufnehmen, ist die Koalition sofort  
115 aufzukündigen. Eine Zusammenarbeit mit der AfD muss für uns Sozialist\*innen und  
116 Sozialdemokrat\*innen eine ultimative rote Linie darstellen, die von Koalitionspartner\*innen nicht  
117 überschritten werden darf.

### 118 **Unser Aufbruch: Inhaltlich. Strukturell. Personell.**

119 Mit dem Ausstieg aus der Großen Koalition allein ist die SPD nicht gerettet. Wir müssen uns  
120 inhaltlich, strukturell und personell neu aufstellen und endlich anfangen, die viel beschworene  
121 Erneuerung ernst zu nehmen. Denn die SPD ist in ihrem jetzigen Zustand nicht in der Lage, den  
122 Menschen ein klares linkes Angebot zu machen. Es fehlt an zeitgemäßen Antworten, sowie  
123 Strukturen innerhalb der SPD um diese zu erarbeiten und nach außen zu tragen. Unser Ziel ist eine

124 SPD auf der Höhe der Zeit, mit Strukturen die vor allem junge Menschen fördern und zum  
125 Engagement einladen.

## 126 **Die SPD braucht ein sozial-ökologisches Update**

127 Die SPD muss wieder die großen Fragen unserer Zeit diskutieren und vordenken. Dazu brauchen  
128 wir auf inhaltlicher Ebene eine Diskussion unseres grundsätzlichen Verständnisses staatlicher  
129 Aufgaben. Unser Ziel bleibt dabei stets die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus. Wir  
130 wissen, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur mit progressiver,  
131 sozialdemokratischer Politik gelöst werden können. Die SPD braucht hierzu eine konsequent linke  
132 Erzählung, anstatt mit einer klein-klein Politik nur Auswirkungen neoliberaler Trends  
133 hinterherzulaufen.

134 Dazu gehört eine progressive Umweltpolitik, die soziale und ökologische Fragen nicht  
135 gegeneinander ausspielt, sondern miteinander verbindet. Dazu gehört das Themengebiet  
136 Mobilität verstärkt anzugehen, sodass eine klimafreundliche Fortbewegung möglich ist – egal ob  
137 die Menschen in den Metropolen oder ländlichen Räumen leben. Dazu müssen die öffentlichen  
138 Verkehrsmittel und das Bahn fahren attraktiver und bezahlbarer werden. Das Sozialstaatspapier  
139 begrüßen wir als einen wichtigen ersten Schritt in der Sozialpolitik, der weitergeführt werden  
140 muss. Die SPD muss wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit werden und dies auch ernst  
141 meinen. Eine neue und glaubwürdige Sozialpolitik muss in ihrer Konsequenz mit der Abkehr von  
142 Hartz IV verbunden werden. Auch für die Digitalisierung brauchen wir Konzepte, um sie zu  
143 gestalten, anstatt nur auf voranschreitende Entwicklungen zu reagieren. Denn der Wandel unserer  
144 Arbeitswelt und das gesellschaftliche Zusammenleben in sich digitalisierenden Gesellschaften wird  
145 nicht auf uns warten. Hier muss der Fokus besonders auf eine aktive Politik für die junge  
146 Generation liegen: Dies betrifft besonders Arbeit 4.0 und das Rentensystem. Statt hier das Spiel der  
147 konservativen und marktradikalen Kräfte mitzuspielen, die eine staatliche Alterssicherung als  
148 Affront gegen künftige Generationen verkaufen, muss die SPD diese Themen im Sinne des sozialen  
149 Ausgleichs anpacken und mit einer standhaften linken Position vertreten.

150 Ein weiteres zentrales Thema ist die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Das Ziel  
151 sozialdemokratischer Politik muss hier sein, nicht dem Markt hilflos gegenüberzustehen, sondern  
152 Wohnraum und Wohnungsbau aktiv zu gestalten. Wir begrüßen an dieser Stelle  
153 wohnungspolitische Vorhaben wie den Berliner Mietendeckel, der ein erstes wichtiges Zeichen zur  
154 Rückgewinnung der Stadt leistet. Aber auch andere Maßnahmen müssen in Betracht gezogen  
155 werden, um Menschen in Städten und zunehmend auch ländlichen Gebieten eine bezahlbare  
156 Wohnung zu garantieren. Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt. Die SPD muss hier an der Seite  
157 von Millionen Mieter\*innen stehen und den Marktinteressen von Immobilienkonzernen  
158 entgegenreten.

159 Ebenso muss klarwerden, dass die Sozialdemokratie klar hinter den Menschenrechten steht. Das  
160 Menschenrecht auf Asyl ist für uns nicht verhandelbar. Die Etablierung rechter Parteien in  
161 Deutschland und Europa und immer neue Gewalttaten von Neonazis müssen alle  
162 Sozialdemokrat\*innen aufschrecken und zum Handeln veranlassen. Der Kampf gegen Rechts darf  
163 keine Floskel für uns sein. Dazu gehört, dass die SPD konsequent auf Demos gegen Rechts  
164 vertreten sein und aktiv gegen jegliche rechte Akteur\*innen vorgehen muss.

## 165 **Unsere Strukturen gehören ins 21. Jahrhundert**

166 Auf struktureller Ebene fordern wir einen solidarischen Umgang miteinander. Debatten mit  
167 inhaltlichen Auseinandersetzungen führen wir in den Gremien sachlich. Nach außen treten wir

168 geschlossen auf und erhalten eine vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre in den Gremien, in der offen  
169 gesprochen werden kann. Informationen, die vertraulich in Gremien gegeben werden, sind  
170 vertraulich zu behandeln und nicht unmittelbar an Außenstehende (wie die Presse)  
171 weiterzugeben. Inhaltliche Auseinandersetzungen sind dort zu führen, wo sie sinnvoll sind, für  
172 große inhaltliche Streitfragen sollten dies stets Parteitage sein. Dazu müssen wir die Parteitage  
173 grundsätzlich umgestalten. Ein zentraler Punkt bleibt für uns nach wie vor die Abschaffung der  
174 Antragskommission. Inhaltliche Debatten müssen von möglichst vielen Parteimitgliedern auf den  
175 Parteitag geführt werden und nicht im Vorfeld von wenigen. Außerdem sollten Konzepte  
176 vorgelegt werden, wie Parteitage attraktiver für Nicht-Delegierte gestaltet werden können.

177

178 Die SPD muss ihre derzeitige Situation endlich so wahrnehmen wie sie ist: Der freie Fall in  
179 Umfragen ist nicht mit 15 oder 12 Prozent abgeschlossen, wenn wir uns nicht grundlegend  
180 verändern. Die Parteienlandschaft hat sich in den letzten Jahren durch den kontinuierlichen hohen  
181 Stimmanteile der AfD sowie den Zulauf, besonders auch ehemaliger SPD-Wähler\*innen, zu den  
182 Grünen deutlich verändert. Die SPD spielt besonders für junge Menschen keine Rolle mehr. Diese  
183 Realität müssen wir anerkennen und angehen. Ausreden, wie „wir machen gute Politik, wir müssen  
184 das nur besser kommunizieren“ dürfen wir nicht mehr gelten lassen. Dieser Aussage liegt ein  
185 grundsätzlicheres Problem zugrunde. Die Kommunikation der SPD ist unter derzeitigen Maßstäben  
186 nicht mehr zeitgemäß. Insbesondere das Auftreten auf Social-Media-Plattformen ist häufig an  
187 zentralen Zielgruppen vorbeigeplant. Im direkten Vergleich wirken die Auftritte der SPD alt und  
188 langweilig. An diesen Stellen sollten zukünftig explizit junge Menschen einbezogen werden, deren  
189 Lebenswirklichkeit sich stärker in sozialen Netzwerken wiederfindet.

190 Die SPD braucht einen grundsätzlichen Strukturen-Check, der die Sinnhaftigkeit und Effizienz  
191 tradierter Verhältnisse hinterfragt und umkrempelt. Das wird Leute vor den Kopf stoßen, aber so  
192 wie es derzeit ist, darf und kann es nicht weitergehen. Denn die aktuellen Strukturen verhindern  
193 häufig kampagnenfähige Verbände und unterdrücken neue Ideen. Beides wird dringend  
194 gebraucht, um die SPD wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Die SPD hat ihren Platz im 21.  
195 Jahrhundert – überkommene Traditionen nicht.

### 196 **Jünger, vielfältiger und Weiblicher – ohne Kompromisse!**

197 Auch personell muss sich die SPD deutlich verändern. Wir begrüßen die Wahl des zukünftigen  
198 Parteivorsitzes in Form eines Mitgliederentscheids und fordern, dass dies auch bei zukünftigen  
199 Wahlen für den Parteivorsitz beibehalten wird. Allerdings muss auch bei Mitgliederentscheiden die  
200 Anforderung ‚jünger, vielfältiger und weiblich‘ ernst genommen werden. Bisherige Aufstellungen  
201 dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die häufige Zuweisung von hinteren Listenplätzen an  
202 Jusos, mit der Begründung, die Kandidat\*innen seien einfach ‚zu jung‘ für Verantwortung, scheint  
203 vor dem Hintergrund, dass die SPD bei Erstwähler\*innen auf dem vorletzten Platz – noch hinter  
204 einer Satirepartei - liegt, fast schon zynisch.

205 Die SPD muss zwingend jünger, vielfältiger und weiblicher werden, damit sie auch nach außen so  
206 wahrgenommen werden kann und sich junge Menschen wieder für die Ideen der Sozialdemokratie  
207 begeistern. Hierfür müssen dringend Jusos besser in Entscheidungen und Prozesse einbezogen  
208 und stärker in Gremien repräsentiert sein. Das Engagement der Jusos ist nicht selbstverständlich  
209 und gibt es nicht für lau. Die Jusos sind nach wie vor eine zentrale Kraft in und außerhalb von  
210 Wahlkämpfen in der SPD. Nach den Erfahrungen der vergangenen Listenaufstellungen werden wir  
211 das Juso-Engagement in Wahlkämpfen an eine entsprechende Juso-Repräsentanz auf den Listen  
212 koppeln. Wir fordern eine Jugendquote bei allen Listenaufstellungen für öffentliche Ämter und

213 eine Juso-Quote in den geschäftsführenden Vorständen auf allen Ebenen. Weiterhin sind  
214 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zwar politisch aktiv, wie z.B. in  
215 Migrantenselbstorganisationen, aber nicht so sehr in den klassischen Parteien. Die Struktur von  
216 politischen Mitgliederorganisationen bei den Haupt- und Ehrenamtlichen entspricht in seltenen  
217 Fällen den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland. Daher gilt es, eine Strategie für mehr  
218 kulturelle Vielfalt in der Partei zu entwickeln und umzusetzen.

219 Zusammenfassend stellen wir daher fest: Die SPD muss wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit  
220 und des solidarischen Umgangs miteinander werden. Die SPD braucht wieder progressive  
221 Zukunftsvisionen, für die sie entschieden eintritt und gleichzeitig rechtspopulistischen  
222 Schreckensszenarien eine klare Absage erteilt. Diese Politik ist in einer Großen Koalition nicht  
223 möglich. Der Austritt wird nicht zur kurzfristigen Genesung der Sozialdemokratie führen. Dafür  
224 liegen die beschriebenen Probleme viel tiefer und sind von grundsätzlicher Natur. Das Ende der  
225 Großen Koalition kann nur der Beginn für eine umfängliche Neuaufstellung der SPD sein. Verloren  
226 gegangenes Vertrauen muss mühsam zurückgewonnen werden. Nur mit einem klar linken Profil  
227 und einer Gestaltungsperspektive jenseits der GroKo ist das realisierbar. Wir kämpfen für diese  
228 Neuaufstellung – inhaltlich, strukturell und personell!



Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **O2\_2/19 Resolution: Positionierung für den Arbeitskreis „Säkularer Sozialdemokrat\*innen“**

1 Die SPD soll eine Partei sein, in der verschiedene Weltvorstellungen innerhalb der Gesellschaft,  
2 deren Überzeugungen mit sozialdemokratischen Werten übereinstimmen, ihren Platz finden. Eine  
3 der großen Errungenschaften der SPD ist der gesetzliche Stand der Religionsfreiheit. Hierzu gehört  
4 aber auch die Freiheit von Religion. Verschiedene religiöse Gruppen dürfen ihre Interessen in  
5 Arbeitskreisen vertreten. Religionsfreien und säkularen Sozialdemokrat\*innen hingegen, die sich in  
6 ihren Wertvorstellungen losgelöst von einer religiösen Ausrichtung an humanistischen Idealen  
7 orientieren, ist dies nach dem Beschluss des Parteivorstandes im Jahr 2018 in Form eines offiziellen  
8 SPD-Arbeitskreises nicht erlaubt.

9 Wir leben in einer nicht vollständig säkularisierten Gesellschaft, sodass religiöse Interessen oftmals  
10 allgemeingültige Auswirkungen auf alle haben (siehe Feiertage, Zuschuss staatlicher Gelder für  
11 religiöse Institutionen, etc.).

12 Wir Jusos finden daher, solange religiösen Weltvorstellungen in Form von Arbeitskreisen in der  
13 Partei Raum gegeben wird, muss dies auch für säkulare gelten, sodass auch Konfessionsfreie,  
14 Atheist\*innen und Agnostiker\*innen das Recht auf eine offizielle Vernetzung und  
15 Interessenvertretung innerhalb der Partei ermöglicht wird. Gerade in Berlin wollen wir in der Partei  
16 die Pluralität der Stadt wiedergeben - somit auch die Sichtbarkeit und spezifischen Forderungen  
17 der Nicht-Religiösen.

18 Daher positionieren wir uns gegen den Beschluss des Parteivorstandes im Jahr 2018, den Antrag  
19 auf die Gründung eines bundesweiten Arbeitskreises der säkularen Sozialdemokrat\*innen  
20 abzulehnen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **O3\_2/19 Ombudsstelle für den SPD Landesverband einrichten**

1 Die innerparteiliche Zusammenarbeit muss frei von jeglichem diskriminierenden, sexistischen,  
2 rassistischen und herabwürdigenden Verhalten sein. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein.  
3 Dennoch kann es dort, wo viele Menschen sich begegnen, miteinander arbeiten und streiten  
4 müssen, trotzdem zu Fehlverhalten und übergriffigen Vorfällen, womöglich sogar Straftaten  
5 kommen. Deswegen muss die politische Arbeit stets auch von der Reflexion des eigenen  
6 Verhaltens und des Umgangs miteinander begleitet werden.

7 Die Jusos Berlin sowie die SPD Berlin haben für solche Fälle bereits Awareness-Teams eingerichtet,  
8 die auf großen Veranstaltungen, Feierlichkeiten oder bei den Tagungen der beschlussfassenden  
9 Gremien, wie dem Landesparteitag der SPD Berlin, als Vertrauenspersonen agieren, die  
10 angesprochen werden können bei Beschwerden zu sexistischen, rassistischen und  
11 diskriminierenden Verhaltensweisen, um Betroffenen in der akuten Situation zur Seite stehen und  
12 Hilfe leisten zu können.

13 Die Einrichtung der Awareness-Teams hat sich bewährt, doch treten sie bislang nur bei größeren  
14 Veranstaltungen auf. Noch fehlt es im Landesverband der SPD Berlin an Vertrauenspersonen, die in  
15 Fällen jenseits der Veranstaltungen ansprechbar sind.

16 Auch in unserem Verband können wir uns nicht davon freisprechen, dass die politische Arbeit des  
17 Öfteren einhergeht mit individuellem Machtstreben. Das kann zu hierarchischen Strukturen führen,  
18 in denen Machtpositionen, Machtmissbrauch und der Konkurrenzkampf zu diskriminierendem,  
19 rassistischem oder sexistischem Verhalten gegenüber den Genoss\*innen führen kann.

20 Beispielsweise:

21 Gezielte Unterdrückung, Einschüchterung und Androhen von Nachteilen für die politische Karriere  
22 innerhalb des Verbandes, wenn einer versuchten politischen Lenkung nicht nachgegangen würde

23 Ausnutzen des Machtgefälles zwischen den Beteiligten, Forderung unangebrachter  
24 Gegenleistungen

25 Gezieltes Ausspielen etwaiger Konkurrent\*innen, bspw. durch Rufschädigung oder Gerüchte

26 Sexuelle Anspielungen, unerwünschte Annäherungsversuche oder Körperkontakt

27 Sexuelle Übergriffe, Nötigung und Vergewaltigung

28 Rassistische Äußerungen gegenüber Betroffenen oder über Betroffene

29 Diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderung

30 Diskriminierung aufgrund der Sexualität oder sexuellen Identität

31 Unerwünschte, aufdringliche Kontaktaufnahme

32 Unerwünschtes Eindringen in die Privatsphäre der Betroffenen

33 Für solche innerverbandlichen Konflikte, Übergriffe oder Herabwürdigungen durch strategischen  
34 Machtmissbrauch gibt es bisher keine Ansprechpartner\*innen, die um eine Lösung, eine  
35 Aufklärung bzw. Ermittlung im Vorfall oder die nötige Hilfeleistung bemüht wären.

36 Deswegen fordern wir:

37 Eine Ombudsstelle, die zur Schlichtung von innerverbandlichen Konflikten und zur persönlichen  
38 Unterstützung von Betroffenen dauerhaft eingerichtet wird und eine beratende Funktion  
39 einnimmt

40 Die Ombudsstelle kann kontaktiert werden, wenn innerhalb des Landesverbandes politische  
41 Machtpositionen ausgenutzt werden und zu herabwürdigenden, sexistischen, rassistischen oder  
42 diskriminierenden Verhaltensweisen führen, wenn Genoss\*innen von anderen Genoss\*innen  
43 bedroht, eingeschüchtert oder gezielt ausgestochen werden oder bis ins Private reichende  
44 Übergriffe stattfinden. Außerdem sollen Fälle von sexualisierter Gewalt und rassistischem  
45 Verhalten, die im Rahmen jeglicher politischer Zusammenarbeit innerhalb des Landesverbandes  
46 auftreten, grundsätzlich mit der Ombudsstelle besprochen werden können.

47 Die Ombudsstelle soll aus mind. drei Vertrauenspersonen und drei Stellvertreter\*innen bestehen,  
48 die quotiert (männlich\*/weiblich\*/divers) bei dem Landesparteitag der SPD Berlin gewählt werden.  
49 Die Vertrauenspersonen dürfen kein Mandat innehaben und nicht dem Landesvorstand oder  
50 einem Kreisvorstand angehören. Dies gilt auch für den Landes- oder Kreisvorstand einer  
51 Arbeitsgemeinschaft.

52 Der Kontakt zur Ombudsstelle soll anonym möglich sein kann. Die Mitglieder der Ombudsstelle  
53 sind zur Verschwiegenheit verpflichtet

54 Da die Mitglieder der Ombudsstelle als Vertrauenspersonen und erste Ansprechpartner\*innen  
55 beratend agieren sollen, stellen sie keinen Ersatz für die Kreis- und Landesschiedskommissionen  
56 dar. Viel eher können sie schwerwiegende Fälle, über die die Schiedskommissionen entscheiden  
57 müssen, ggf. weitertragen, so die Betroffenen dies wünschen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **O5\_2/19 Ein Verband für Alle – Für leichteren Zugang, bessere Partizipationsmöglichkeiten und Barrierefreiheit**

1 Unser Verband soll für alle jungen Menschen offen sein, alle sollen sich bei uns engagieren können.  
2 Hierfür wollen wir die Bedingungen schaffen.

3 Der politische Betrieb in unserem Verband ist spannend, er bietet viele Möglichkeiten sich zu  
4 engagieren, ob in Arbeitskreisen oder in den Kreisverbänden. Dennoch ist es kein Umfeld in dem  
5 sich alle engagieren können. Wir müssen unseren Verband endlich so barrierefrei wie möglich  
6 gestalten.

### *Raum für alle*

8 Wir Jusos Berlin wollen die Räume in denen wir uns treffen für alle Menschen öffnen. Konkret heißt  
9 das, dass wir in Zukunft vor allem Räume und Anlagen nutzen, die barrierefrei sind. Zudem wollen  
10 wir die Barrierefreiheit einer Tagungsstätte/eines Sitzungsortes in Zukunft in unseren Einladungen  
11 immer ausweisen. Zur Barrierefreiheit gehört für uns nicht nur ein barrierefreier Zugang, sondern  
12 auch das ausreichende vorhanden sein von Sanitäreinrichtungen. Auch über die vorhandenen  
13 Sanitäreinrichtungen, und darüber ob diese genderneutral sind oder nicht wollen wir hinweisen.

### *Pause für alle*

15 Unsere Veranstaltungen dauern häufig sehr lang, auf Konferenzen sind die Pausen sehr kurz bzw.  
16 zu wenig. Für Menschen, die mehr Ruhe brauchen als andere kann dies sehr belastend sein. Bei der  
17 Planung von Veranstaltungen, Tagungen oder Konferenzen wollen wir in Zukunft längere Pausen  
18 ermöglichen. Wir wollen gemeinsam darauf achten, dass diese Pausen tatsächliche Pausen sind  
19 und nicht durch Delegationsbesprechungen oder ähnliches verkürzt werden. Um gute Debatten zu  
20 führen, brauchen wir fitte Genoss\*innen.

21 Konkret heißt das, dass wir schon in der Planung einer Konferenz längere Pausen einplanen und  
22 auch mögliche Delegationsbesprechungen nicht in Pausen, sondern in Extrazeiten einplanen.

23 Zudem brauchen wir verbindliche Start- und Endzeiten bei unseren Veranstaltungen, denn auch  
24 eine bessere Planung kann das Stresslevel senken.

### *Social Media für alle*

26 Unsere politischen Inhalte sollten für jeden verfügbar sein. Wir verpflichten uns daher in Zukunft  
27 auf die Barrierefreiheit unserer Postings und Plattformen zu achten. Konkrete Maßnahmen können  
28 sein:

29 Ein barrierefreier Webauftritt

30 Einfügen von Bildbeschreibungen

31 Ein Flyer, der über die Website abrufbar ist und in leichter Sprache sowie geeignet für  
32 Legastheniker\*innen erläutert wofür wir Jusos Berlin stehen

### 33 *Teilnahme für Alle*

34 Unsere Veranstaltungen sollen grundsätzlich kostenfrei sein. Wird ein Teilnehmer\*innen-Beitrag  
35 verlangt, bieten wir schon jetzt eine solidarische Lösung für alle an, die ihn nicht zahlen können.  
36 Für solche solidarische Lösungen legen wir bewusst einen Etat in unserem Budget an, um nicht für  
37 jede Lösung einen Beschluss des Landesvorstands zu benötigen.

38 Wir achten darauf unsere Mitgliederversammlungen nicht in Gaststätten oder Kneipen abzuhalten.  
39 Wenn wir nach Sitzungen oder in Tagungen, Kneipen oder Gaststätten besuchen achten wir auch  
40 sozialverträgliche Preise und ermöglichen gegebenenfalls Umlagen.

### 41 *Verstehen für Alle*

42 Die Sprache, die wir sprechen ist nicht für jeden verständlich. Wir wollen vermeiden, Abkürzungen  
43 sowie Namen von Mandatsträger\*innen und Funktionär\*innen zu verwenden ohne sie zu erklären.  
44 Außerdem wollen wir darauf achten, dass wir keine akademischen Fachbegriffe verwenden, ohne  
45 sie ausreichend zu erklären. Wir wollen in unseren Anträgen und auch im Umgang miteinander auf  
46 eine verständliche Sprache achten und jederzeit Fragen und Erklärungen zulassen. Antragsbücher  
47 sollen ebenfalls in einem für Legastheniker\*innen geeigneten Format zur Verfügung gestellt  
48 werden können. Auf diese Möglichkeit soll beim Versand der Materialien hingewiesen werden.

49 Wir sind uns bewusst, dass das Verwenden von falschen Pronomen für nicht cis Personen  
50 verletzend sein kann und möchten daher achtsamer miteinander umgehend. Daher wollen wir  
51 Mitgliederversammlungen mit einer Vorstellungsrunde beginnen, in der jede\*r ihre\*seine  
52 Pronomen benennen kann. Gleichzeitig wollen wir so eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema  
53 bei cis Genoss\*innen schaffen.

54 Wir wollen außerdem immer darüber informieren, in welcher Sprache unsere Veranstaltungen  
55 stattfinden. Zudem wollen wir über gelegentliche Veranstaltungen in englischer Sprache  
56 nachdenken, um internationalen Genoss\*innen einen Raum zu bieten.

57 Wir brauchen zudem ein Konzept zur Einbindung von gehörlosen und blinden Menschen. Hierzu  
58 wollen wir uns mit Interessenverbänden und der AG Selbstaktiv in Verbindung setzen, um zu  
59 evaluieren, wie wir den Zugang für diese Menschen verbessern können.

60 Wir Jusos Berlin wollen ein politischer Jugendverband sein, in dem alle sich engagieren können.  
61 Uns ist bewusst, dass wir noch viele Schritte gehen müssen, um dieses Ziel zu erreichen. Dennoch  
62 bekennen wir uns zu einem barrierefreien Verband und wollen alle gemeinsam daran arbeiten.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

## **O6\_2/19 Geschlechtergerechtigkeit in der Geschäftsordnung dauerhaft verankern!**

1 Wir fordern die dauerhafte Änderung der Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz der  
2 Jusos Berlin.

3 Wir fordern die Änderung von Punkt 11 der Geschäftsordnung wie folgt:

4 „Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise eingereicht  
5 zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das Präsidium der\*den  
6 Antragssteller\*innen, die Schreibweise unverzüglich zu korrigieren. Geschieht dies nicht, wird der  
7 Antrag solange nicht befasst, bis die Korrektur erfolgt ist.“

8 Begründung:

9 „[D]ie zwanghafte Einschränkung [auf binäre Strukturen] (...) [ist] in das eingebaut, was von der  
10 Sprache als Vorstellungshorizont möglicher Geschlechtsidentität festgelegt wird.“

11 Judith Butler deklarierte in Tradition vieler Vordenker\*innen die Macht der Sprache im Sinne der  
12 „Sprechakttheorie“. Sprache konstruiert Realität. Das Subjekt wird in ein kulturelles Dasein  
13 hineingebracht, es wird diskursiv konstituiert. Die vermeintliche Norm der Zweigeschlechtlichkeit  
14 ist nicht stabil, sondern auf ihre Wiederholung angewiesen, welche gleichzeitig die Kategorisierung  
15 des Weiblichen als „Anderes“, dem Männlichen untergeordneten stützt.

16 Es ist der Anspruch der Jusos, dieses Konstrukt zu überwinden und das Ziel der Überwindung auch  
17 in unserer Sprache abzubilden.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **O7\_2/19 Diverse Personen in die Quotierung aufnehmen**

1 Wir fordern den Juso-Landesvorstand auf in seiner Vorlage zur Geschäftsordnung folgendes  
2 nachhaltig zu berücksichtigen: Wir fordern die Änderung von Punkt 8 der Geschäftsordnung wie  
3 folgt:

4 „Getrennt nach Frauen\*, Männern\* und divers identifizierten Personen werden die  
5 Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort erhalten Personen der drei  
6 Geschlechter dann jeweils im Wechsel weiblich/ männlich/ divers nach dem Reißverschlussprinzip.

7 Zu der Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Nach der Antragseinbringung ist ein  
8 einzelner Redebeitrag zur Erwidern auch dann möglich, wenn keine weitere Frau\* mehr auf der  
9 Redeliste steht. Anschließend gilt Punkt 9.“

10 Wir fordern darüber hinaus die Änderung von Punkt 9 der Geschäftsordnung wie folgt:

11 „Wenn keine Frauen\* mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die  
12 Liste für drei nicht weiblich identifizierte Personen geöffnet werden. Danach ist die Liste wieder  
13 geschlossen. Auf Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere nicht weiblich identifizierte  
14 Personen geöffnet werden, worüber nur noch die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich  
15 Frauen\* melden, wird wieder nachquotiert.“

16 Begründung:

17 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass der Gesetzgeber bis spätestens 1. Januar 2019  
18 neben männlich und weiblich einen weiteren, positiven Geschlechtseintrag schaffen muss. Seit  
19 dem 1. Januar 2019 gibt es neben männlich und weiblich nun „divers“ als offizielles drittes  
20 Geschlecht.

21 Die rechtliche Schaffung einer dritten geschlechtlichen Option liegt nun schon eine Weile zurück.  
22 Es wird Zeit unsere divers identifizierten Genoss\*innen nicht mehr nur auf dem Papier abzubilden  
23 und unsere Strukturen entsprechend anzupassen. Zudem nimmt sich der Landesverband vor bis  
24 zum BUKO 2020 eine Debatte zu führen, wie diverse Personen künftig und dauerhaft in die  
25 Verbandsstruktur mit einbezogen werden und wie eine entsprechende Anpassung der  
26 Quotenregelung erfolgen kann. Ein Beispiel hierfür könnte die FTI\* Quote sein.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **O8\_2/19 Partizipative Mindeststandards sichern: Neue Mailing-Verteiler einrichten!**

1 Wir als Jusos Berlin möchten sowohl ein barrierearmes Engagement auf Kreis- als auch auf  
2 Landesebene ermöglichen. Um auf der Landesebene mitarbeiten zu können, braucht es weder ein  
3 Amt noch eine Delegation durch den Kreis. Dafür muss aber regelmäßig über die bestehenden  
4 Möglichkeiten informiert werden.

5 Seit Januar 2019 sind alle Verteiler der Jusos Berlin abgeschaltet. Auch ein halbes Jahr danach ist  
6 noch keine hinreichende versprochene "zeitnahe Lösung" da: E-Mails werden nur über den  
7 Landesvorstand und das Landesbüro versendet. Dieser Zustand hat unseren Verband nachhaltig  
8 geschwächt.

9 Sicherlich machte die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) es nötig, die alten Verteiler  
10 abzuschalten - keineswegs untersagt sie eine Verteilerinfrastruktur. Es gibt hinreichende Angebote,  
11 die den Datenschutz-Vorgaben entsprechen. Viele andere Verbände haben ihre Kommunikation  
12 erfolgreich umgestellt.

13 Partielle Veranstaltungsankündigungen über Social-Media-Kanäle schaffen die Verbreitung nicht.  
14 Wir können und sollten als kritischer Jugendverband unsere Mitglieder nicht verpflichten, auf  
15 Facebook und Co angewiesen zu sein. Wir brauchen weiterhin die Mailing-Listen. Auch wenn deren  
16 Nutzung in den letzten Jahren abgenommen haben, blieben sie doch das Mittel, um zuverlässig zu  
17 informieren.

18 Einladungen über die Mavis an alle Berliner Jusos zu verschicken, kann nur hin und wieder  
19 geschehen und ist kein adäquater Ersatz – auch ein Juso- Dienstagsbrief wäre zu träge und  
20 unattraktiv. Verbandsmitglieder müssen selbstständig darüber entscheiden können, ob sie zu allen  
21 relevanten Landes- und zu landesweit interessanten Kreisveranstaltungen eingeladen werden  
22 möchten.

23 Die Aufgabe darüber zu informieren, kann auch nicht einfach den Kreisen auferlegt werden. Wenn  
24 die Landesebene als eigene barrierearme Partizipationsebene arbeitet, dann muss sie auch eigene  
25 Kommunikationsoptionen anbieten.

26 Diese Kommunikationswege müssen unserem eigenen Anspruch nach auch nicht nur einseitig  
27 funktionieren. Jedes Mitglied der Verteiler muss auch das Recht haben, darüber selbstständig zu  
28 schreiben. Dies schafft nicht nur eine gleichberechtigte Kommunikationsebene, sondern  
29 ermöglicht außerdem kurzfristige Informationswege, z.B. für Demonstrationsaufrufe oder zügige  
30 nachfragen an die ausrichtenden Strukturen. In den vielen Jahren, indem wir schon nach diesem  
31 Prinzip verfahren, kam es fast nie vor, dass sich Listen-Mitglieder nicht an die Regeln hielten. Diese  
32 grundsätzliche Offenheit sollte uns von der SPD unterscheiden, die häufig nur "von oben", also von  
33 den Vorständen an die Mitglieder kommuniziert. Wir haben einen anderen Ansatz!



Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **O9\_2/19 Namensrechte der SPD durchsetzen!**

- 1 Dem „Wirtschaftsforum der SPD e.V.“ wird untersagt, den Namen „SPD“ oder eine sonstige
- 2 Bezeichnung, die eine Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterstellt,
- 3 zu verwenden. Das Justizariat des WBH hat hierfür alle notwendigen Schritte innerhalb eines
- 4 Monats nach Beschlussfassung einzuleiten.
  
- 5 Das „Wirtschaftsforum der SPD“ bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer
- 6 Berufsverband“ und habe „als eigenständig eingetragener Verein keine finanziellen, personellen
- 7 oder strukturellen Verbindungen zu einer politischen Partei“. (vgl. Website)
  
- 8 Des Weiteren weigert sich das Forum den verschärften Transparenzregeln der SPD zu folgen und
- 9 Sponsoring-Beiträge offenzulegen.
  
- 10 Es ist nicht hinnehmbar, dass ein eigenständiger (Lobby-)Verein ohne Verbindung zur SPD diesen
- 11 Namen missbraucht. Es sollte im natürlichen Interesse der Partei liegen, ihren Namen und die
- 12 Bezeichnung „Sozialdemokratie“ vor Missbrauch zu schützen, wie dies auch in der Vergangenheit
- 13 bei ähnlichen Akteuren geschehen ist.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **T1\_2/19 Resolution: Unser Sozialismus – demokratisch, materialistisch, feministisch, antirassistisch, antifaschistisch, nachhaltig und in Bewegung**

1 *"Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle*  
2 *Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!"- Clara Zetkin*

3 Das Jahr 2019 lädt dazu ein, einen Blick zurück in die Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung und  
4 des Sozialismus zu werfen: Sei es der Januaraufstand, 100 Jahre Frauenwahlrecht oder 30 Jahre Fall  
5 der Berliner Mauer. Wir stellen fest, dass eine Gesellschaft der Freien und Gleichen leider bis heute  
6 nicht erreicht wurde. Doch von einem Ende der Geschichte und einem „Sieg des Kapitalismus“  
7 kann keine Rede sein.

8 Wir erleben, dass sich die Widersprüche innerhalb unserer Gesellschaft zuspitzen. Die Krise der  
9 Demokratie, der Klimawandel, die Unterdrückung der Frau\*, zunehmende Ungleichheiten, sowie  
10 Arbeitsbedingungen, die uns psychisch krankmachen, zeigen deutlich, dass unsere derzeitigen  
11 Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse unseren Bedürfnissen und Fähigkeiten nicht mehr  
12 angemessen sind. Wir brauchen eine grundlegende Veränderung unserer gesellschaftlichen  
13 Verhältnisse. Doch wie lässt sich diese, den widrigen Umständen zum Trotz, verwirklichen?

14 Auf dem Sozialismuskongress der Jusos Berlin 2019 haben wir damit begonnen, diese und weitere  
15 Fragen in unserem Verband und mit unseren Bündnispartner\*innen zu diskutieren. Mit gut 200  
16 Teilnehmer\*innen, drei Podien, einer Lesung sowie über 15 unterschiedlichen Workshop-  
17 Angeboten sollte der Kongress einen Anstoß liefern, um wieder ernsthaft über Perspektiven  
18 jenseits des kapitalistischen Systems nachzudenken und auch über unseren Verband hinaus eine  
19 Debatte anzuregen. Im Mai dieses Jahres sorgte zudem der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert  
20 mit seinen Aussagen zum demokratischen Sozialismus und der Kollektivierung von Betrieben für  
21 großes Aufsehen. Nach anfänglichem öffentlichen Aufschrei erfolgte eine oft doch erstaunlich  
22 ernsthafte Auseinandersetzung mit der Thematik und den offensichtlichen Schwächen des  
23 Kapitalismus.

### **Unser Sozialismus muss demokratisch sein**

25 Für uns ist klar, dass unser Sozialismus ein demokratischer sein muss, der auch die individuelle  
26 Freiheit schützt. Dies war bei den bisherigen staatssozialistischen Versuchen, wie beispielsweise  
27 der DDR, nicht der Fall. Es handelte sich bei diesen um autoritäre Regime, die an sich selbst – und  
28 insbesondere an ihrem Mangel an Freiheit – zurecht gescheitert sind. Wir wollen diesen Projekten  
29 nicht nacheifern, sondern verurteilen ihren autoritären Charakter. Stattdessen wollen uns mit ihren  
30 Fehlern auseinandersetzen und zu verstehen, wie es zu einem solchen autoritären Sozialismen

31 kommen konnte und aus eben diesen Fehlern für die Zukunft lernen. Für uns bedeutet Sozialismus  
32 schließlich eine Gesellschaft der Freien und Gleichen; eine Gesellschaft ohne Unterdrückung. Doch  
33 eine solche Gesellschaft hat es bis heute nicht gegeben. Auch unsere aktuelle Gesellschaftsform,  
34 die kapitalistische Demokratie, ist durch Ausbeutungs- und Unterdrückung strukturiert: der  
35 Privatbesitz an Produktionsmitteln und die lohnabhängige absolute Mehrheit der Bevölkerung  
36 stehen sich nach wie vor widersprüchlich gegenüber. Ebenso sind Patriarchat, weiße Hegemonie,  
37 Antisemitismus und weitere Diskriminierungsformen bis heute in unserer Gesellschaft prägend  
38 und führen zu geringeren Teilhabechancen für große Teile der Bevölkerung. Zudem müssen wir  
39 feststellen, dass nach wie vor unsere Gesellschaft teilweise noch autoritär organisiert wird:  
40 insbesondere die Frage, wie uns was produziert werden soll, und somit der Einsatz unserer  
41 begrenzten ökologischen und menschlichen Ressourcen, wird nicht demokratisch entschieden,  
42 sondern anhand von privaten Profitinteressen. Weder haben wir eine gesamtgesellschaftliche  
43 demokratische Steuerung der Produktion, noch eine wirklich demokratische Organisation der  
44 meisten Betriebe oder Lehrinstitutionen. Dort, wo es Betriebsräte gibt, haben diese nur sehr  
45 begrenzte Mitbestimmungsrechte und werden bei unternehmerischen Entscheidungen nicht  
46 einbezogen. Auch die Interessen von Lernenden sind in Bildungsinstitutionen massiv  
47 unterrepräsentiert. Oftmals findet Bildung für den Arbeitsmarkt statt, anstatt Bildung für ein  
48 selbstbestimmtes Leben zu vermitteln. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die  
49 Überwindung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit bleiben daher eine unsere zentralen  
50 Aufgaben als Sozialist\*innen. Entscheidend ist dabei insbesondere die Demokratisierung der  
51 Wirtschaft und die Überwindung der Trennung von Produktion und Politik, welche der  
52 bürgerlichen Gesellschaft inhärent ist. Auf dem Sozialismus-Kongress haben wir uns mit  
53 Räte-demokratischen Konzepten auseinandergesetzt und wollen daran weiterarbeiten. Als  
54 demokratische Sozialist\*innen lehnen wir Konzepte autoritärer Staatssozialismen ab und kämpfen  
55 für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die demokratisch – von unten – organisiert wird.  
56 Daher wollen wir ein Konzept für eine sozialistische Demokratie erarbeiten, in welcher die  
57 Produktion über Räte demokratisiert wird und die Errungenschaft des Parlamentarismus erhalten  
58 bleibt.

### 59 **Unser Sozialismus muss (queer-)feministisch, antirassistisch und antifaschistisch sein**

60 Bis in die 1970er Jahre hinein war in der westdeutschen Linken die Vorstellung verbreitet, dass es  
61 sich bei der Überwindung des Patriarchats lediglich um einen sogenannten „Nebenwiderspruch“  
62 handele. Auch bei den Jusos wurde argumentiert, dass mit der Überwindung der kapitalistischen  
63 Produktionsweise anschließend auch das Patriarchat überwunden werden könne. Schließlich seien  
64 die Produktionsverhältnisse für die Strukturierung der Gesellschaft entscheidend. Während vor  
65 allem Männer in den `68er-Protesten die großen Reden über eine befreite sozialistische  
66 Gesellschaft schwangen, mussten sich die weiblichen\* Protestierenden wie „selbstverständlich“  
67 zumeist allein um die Hausarbeit und den Nachwuchs kümmern. Die Männer prangerten – zurecht  
68 – die kapitalistischen und teilweise imperiale Ausbeutungsverhältnisse an, doch klammerten  
69 patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer Kritik aus. Erst der Protest der Frauen\* führte  
70 langsam zu einem Umdenken: auch das Private ist Politisch, und selbst wenn die vollständige  
71 Überwindung der Geschlechter erst außerhalb des Kapitalismus möglich ist, da die Trennung der  
72 Geschlechter anhand der Arbeitsteilung erfolgt und sich manifestiert, so ist dies keine  
73 Entschuldigung, patriarchale und sexistische Verhaltensweisen und Strukturen nicht bereits in der  
74 bestehenden, kapitalistischen Gesellschaft zu bekämpfen. Zudem waren auch die bisherigen  
75 sozialistischen Gesellschaften nie frei von Patriarchat und weißer Hegemonie. Beispielsweise bleibt  
76 trotz hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung und einer staatlichen Kinderbetreuung ein großer Teil  
77 der Care-Arbeit Aufgabe der Frauen\*, die dann neben einer Vollzeitstelle noch den Haushalt  
78 organisieren mussten.

79 Unser Sozialismusverständnis muss somit neben der Überwindung der kapitalistischer Ausbeutung  
80 auch gleichrangig die Überwindung der Unterdrückung von Frauen\* und queeren Menschen,  
81 Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Unterdrückungsformen beinhalten. Dabei ist uns  
82 bewusst, dass Unterdrückungsformen miteinander verknüpft sind, manche Personen von  
83 mehrfachen Diskriminierungsformen betroffen sind und sich diese auch zusätzlich verstärken  
84 können. Die kapitalistische Ausbeutung wird durch weitere Formen der Unterdrückung noch  
85 weiter verstärkt, denn die Betroffenen haben zumeist weniger Möglichkeiten, sich gegen ihre  
86 Ausbeutung zur Wehr zu setzen. So ist es auch heute noch weit verbreitet, dass vor allem Frauen\*  
87 einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten, daher oft weniger Erwerbsarbeit leisten  
88 (können), schlechter bezahlt werden und häufiger in Armut leben. Auch Trans\* und nicht-weiße  
89 Menschen sind beispielsweise massiv von Diskriminierung betroffen, sind häufiger  
90 erwerbsarbeitslos, werden schlechter bezahlt und sind in ihrer Erwerbsarbeit höheren Risiken  
91 ausgesetzt. Ein queer-feministischer und antirassistischer Sozialismus erkennt diese  
92 Unterdrückungsformen als gleichrangig an und muss die materiellen und gesellschaftlichen  
93 Bedingungen schaffen, um diese zu überwinden.

#### 94 **Unser Sozialismus muss nachhaltig sein.**

95 Der Klimawandel ist eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Das kurzsichtige Streben  
96 nach Profit mit seiner möglichst billigen Produktion verursacht Umweltschäden, welche ungeahnte  
97 gesellschaftliche und ökologische Folgen nach sich ziehen werden. Die Massenproduktion braucht  
98 in atemberaubendem Tempo unsere natürliche Lebensgrundlage auf: seien es die Atmosphäre, die  
99 Böden, das Ökosystem oder das Trinkwasser. In den letzten Jahrzehnten wurde immer deutlicher,  
100 dass unsere Lebensgrundlage begrenzt ist. Dennoch richten wir unsere Produktion nicht nach  
101 grundsätzlichen gesellschaftlichen Bedürfnissen aus und entscheiden demokratisch, wofür wir  
102 unsere begrenzten Ressourcen verwenden. Sondern das Kapital entscheidet über die Produktion  
103 und Produktionsbedingungen und richtet diese an seinen Bedürfnissen aus: dem Drang zur  
104 weiteren Vermehrung des Kapitals. Um tatsächlich nachhaltig wirtschaften zu können, müssen wir  
105 steuernd in die Produktion eingreifen und diese so organisieren, dass mit möglichst geringem  
106 Ressourceneinsatz möglichst alle gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt werden können. Dies  
107 bedeutet auch, dass wir über eine Umverteilung von Wohlstand und Arbeit diskutieren müssen:  
108 alle müssen in unserer Gesellschaft gut leben können, jede\*r soll etwas sinnvolles beitragen und  
109 gleichzeitig darf unsere Produktion die ökologischen Grenzen nicht überschreiten.

110 Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie eine demokratische und soziale Steuerung einer  
111 solchen Produktion aussehen kann, ohne den Fehler einer zentralstaatlichen Planung zu  
112 wiederholen.

#### 113 **Unser Sozialismus ist nicht utopisch, sondern materialistisch**

114 Für uns ist der Sozialismus kein unerreichbares Traumschlösschen, keine unerreichbare, Utopie  
115 einer perfekten Gesellschaft. Sondern der Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, die auf die  
116 bestehende aufbaut und aus ihr heraus entsteht, um die derzeitigen gesellschaftlichen  
117 Verhältnisse schließlich zu überwinden. Es geht also darum, im hier und jetzt, in den tatsächlich  
118 bestehenden Verhältnissen Anknüpfungspunkte und Tendenzen zu suchen, die über den  
119 Kapitalismus hinausweisen, und diese Fortzuentwickeln. Karl Marx schrieb dazu in seinen  
120 berühmten Feuerbachthesen: „Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert – es  
121 kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Damit will Marx nicht sagen, dass Theoriebildung und  
122 Interpretation der Welt unnützlich seien – er selbst war schließlich ebenfalls Philosoph. Er möchte  
123 damit jedoch zum Ausdruck bringen, dass es nicht Gedanken und Worte sind, welche die Welt  
124 verändern, sondern Taten, beziehungsweise die tatsächliche Veränderung von Lebensrealitäten.

125 Umgekehrt, entstehen Gedanken und Ideen aus den jeweiligen Verhältnissen heraus. Marx und  
126 Engels gehen davon aus, dass die Grundlage der menschlichen Existenz unsere Fähigkeit zur  
127 Produktion ist, also unsere Fähigkeit, unsere Lebensmittel (jeglicher Art) herzustellen. Im Laufe der  
128 Zeit haben die Menschen ihre Art zu produzieren, ihre Arbeitsgeräte und Arbeitsteilung immer  
129 weiter fortentwickelt. Sie nennen dies Produktivkraftentwicklung. Da die menschliche Existenz auf  
130 der Produktion fußt, entwickelt sich um diese herum auch das Gesellschaftssystem. Mit einem  
131 Fortschritt der Produktion, muss sich zwangsläufig auch die Gesellschaft fortentwickeln. Dies geht  
132 stets mit gesellschaftlichen Verwerfungen und Revolutionen einher, da überkommene  
133 Machtstrukturen aufgebrochen werden müssen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse  
134 weiterentwickeln zu können[1]. Dabei handelt es sich jedoch nicht um einen Automatismus,  
135 sondern um das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe, sozialer Bewegungen und der bewussten  
136 Überwindung von Klassengegensätzen.

137 Soll unser Sozialismus also kein utopischer sein, müssen wir in den heutigen materiellen  
138 Verhältnissen nach den Tendenzen und Widersprüchen suche, welche über die jetzige  
139 Gesellschaftsform hinausweisen und eine freiere, gleichere Gesellschaft ermöglichen.

140 Tatsächlich stellen wir fest, dass wir unsere Art zu Produzieren weiterentwickelt haben: die  
141 monotone Fließbandarbeit des Industriekapitalismus mit ihrem autoritären Hierarchien ist heute  
142 überholt. Stattdessen setzen Unternehmen auf Teamarbeit und die neue Fähigkeit der  
143 Beschäftigten, sich und ihre Arbeit selbst zu organisieren und diese an gesellschaftlichen  
144 Zielstellungen (im Kapitalismus: am Profit und den Marktbedingungen) auszurichten. Unterstützt  
145 durch die technische Produktivkraftentwicklung der Digitalisierung sind diese neuen Formen der  
146 Arbeitsorganisation deutlich innovativer und effizienter, als die bisherige Art zu produzieren. Als  
147 Sozialist\*innen fragen wir uns, welche emanzipatorischen Potentiale in dieser  
148 Produktivkraftentwicklung stecken. Wenn heute Beschäftigte ihre Arbeit in Teams selbst  
149 organisieren können und diese an gesellschaftliche Zielstellungen ausrichten, könnte dies  
150 möglicherweise Potentiale für eine demokratisch-sozialistische Organisation der Produktion  
151 bieten, bei welcher die Beschäftigten demokratisch über ihre Produktion entscheiden und selbst in  
152 der Lage sind, gesellschaftliche Zielstellungen wie eine nachhaltige, feministische etc. Produktion  
153 mit einzubeziehen. Wir wollen daran weiterarbeiten, die Potentiale der neuen Produktivkraft zu  
154 identifizieren und im Sinne eines demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln.

## 155 **Unser Sozialismus braucht Bewegung**

156 Die Überwindung des Kapitalismus hin zum Sozialismus ist zwar eine Notwendigkeit, aber kein  
157 Automatismus. Nur weil dies die vernünftige Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit  
158 wäre, heißt es nicht dass diese auch umgesetzt wird. Um es mit Rosa Luxemburg zu sagen:  
159 „Sozialismus oder Barbarei“ sind auch heute noch die Alternativen, welche die gesellschaftliche  
160 Entwicklung nehmen kann. Um den Sozialismus zu erreichen, braucht es eine soziale Bewegung,  
161 welche in der Lage ist die Herrschaft des Kapitals zu durchbrechen und freiere und gleichere  
162 Lebensverhältnisse zu erkämpfen. War diese Kraft früher die Arbeiter\*innenbewegung, finden wir  
163 heute in der gesellschaftlichen Linken ein Mosaik verschiedener Gruppen, Strömungen, Initiativen  
164 und Bewegungen, die sich sehr unterschiedlich organisieren und verschiedenste gesellschaftlichen  
165 Widersprüche aufgreifen. Es kann heute nicht mehr darum gehen, all diese Kämpfe zu versuchen  
166 unter einem Dach, in einer Organisation oder Partei zu vereinen – dies wird nicht gelingen.  
167 Notwendig ist hingegen die gegenseitige Solidarität bei emanzipatorischen Kämpfen, eine  
168 Verständigung über das Ziel einer Freien und Gleichen Gesellschaft sowie das Aushandeln  
169 gemeinsamer Strategien und Taktiken in der Bündnisarbeit. Wie bereits auf dem  
170 Sozialismuskongress begonnen, wollen wir mit sozialen Bewegungen und Parteien

171 zusammenarbeiten, voneinander lernen und einen Dialog über Zielrichtung und Strategie für die  
172 gesellschaftliche Entwicklung anstoßen. Wir Jungsozialist\*innen sehen uns als Scharnier zwischen  
173 der heute eher bürgerlichen SPD einerseits und den sozialen Bewegungen andererseits und wollen  
174 im Sinne unsere Doppelstrategie dafür sorgen, Impulse für eine Entwicklung hin zum Sozialismus  
175 sowohl im Parlament, als auch auf der Straße voranzutreiben.

## 176 **Reform und Revolution**

177 Doch in welchem Verhältnis steht der Staat zu unserer Zielstellung des Sozialismus?

178 Die Frage, inwiefern der Staat Instrument zur Überwindung des Kapitalismus hin zum Sozialismus  
179 sein kann, existieren in der Arbeiter\*innenbewegung sehr unterschiedliche Auffassungen, die sich  
180 wohl am besten unter der von Rosa Luxemburg geprägten Überschrift fassen lassen: „Sozialreform  
181 oder Revolution?“. Dahinter steht die Frage, ob sich die Sozialdemokratie mit der einfachen  
182 Sozialreform zufrieden gibt – und sich auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter\*innenklasse  
183 innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse beschränkt – verbunden mit der abstrakten Hoffnung, die  
184 Verhältnisse schrittweise in eine demokratischere und gerechtere Richtung weiterentwickeln zu  
185 können. Oder ob nicht die Sozialreform, sondern der Sozialismus die Zielstellung ist, zu dessen  
186 Erreichung der Kampf um die Sozialreform als Mittel zum Zweck gesehen wird, um den Kampf der  
187 Arbeiter\*innenklasse zur Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse voranzutreiben. Ergreifen  
188 die Jungsozialist\*innen den Standpunkt des demokratischen Sozialismus, also der Überwindung  
189 der bestehenden Verhältnisse, bedeutet dies also nicht, auf den Kampf um Reformen zu verzichten.  
190 Es bedeutet aber, die Auseinandersetzung um die Reform im Parlament als Mittel zur Politisierung  
191 und Aktivierung der unterdrückten Klassen zu begreifen und gleichzeitig die  
192 außerparlamentarische Selbstorganisation der Arbeiter\*innen (heute würde man wohl eher von  
193 Beschäftigten sprechen) und anderen Protestierenden zu unterstützen, sowie Entwicklungen, die  
194 über den Kapitalismus hinausweisen, um systemverändernde Reformen voranzutreiben. Der Staat  
195 kann somit als ein wichtiges Instrument auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus betrachtet  
196 werden. Doch gilt es dabei die Beschränkungen des Staates innerhalb der bürgerlichen  
197 Verhältnisse zu beachten: so sind es nicht die Reformen an sich, die über den Kapitalismus  
198 hinausweisen. Nur mit Hilfe von Auseinandersetzungen um diese Reformen, dem Aufdecken von  
199 Widersprüchen und die in dem Kampf um diese Reformen erreichte Politisierung der Bevölkerung,  
200 die zum Aufbau einer demokratischen Bewegung und zunehmenden Selbstorganisation der  
201 Beschäftigten genutzt werden, können schlussendlich systemverändernde Reformen verwirklicht  
202 werden. Eine sozialistische Theorie und Praxis sollte es sich demnach zum Ziel machen, die Arbeit  
203 im Parlament, (Jugend-) Bildung und außerparlamentarische Bewegung nicht als voneinander  
204 getrennte Sphären zu betrachten, sondern zusammenzubringen.

205 [1] Weiterführend: Siehe aktuellen Marx-Reader des Juso-Bundesverbands.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **T3\_2/19 Die Macht von Großinvestor\*innen beschränken!**

1 Die größten institutionellen Anleger\*innen haben heutzutage ihre Finger in fast jedem  
2 Unternehmen im Spiel. Anleger\*innen, welche einen so großen Einfluss auf verschiedene  
3 Unternehmen haben, besitzen eindeutig zu viel Marktmacht. Sie sind im Stande die Dinge so zu  
4 steuern, dass die Gewinne der Unternehmen auf Kosten der Konsument\*innen,  
5 Arbeitnehmer\*innen und Innovation ansteigen.

6 Institutionelle Anleger\*innen sind Investor\*innen, dessen Kapitalanlagen sehr hoch sind. Die  
7 größten Institutionellen Anleger\*innen sind BlackRock, Vanguard, State Street und Fidelity. Solche  
8 Anleger\*innen besitzen inzwischen 26% aller Unternehmensanteile in den USA. Mit 6,29 Billionen  
9 US-Dollar an verwaltetem Vermögen stellt BlackRock hierbei die größte unabhängige  
10 Vermögensverwalter\*in der Welt dar. So ist BlackRock zum Beispiel auch bei 28 von 30 DAX  
11 Unternehmen Großaktionär\*in. In absoluten Zahlen besitzen diese Investor\*innen in den meisten  
12 Fällen zwar nie mehr als 6-7% eines Unternehmens. Da aber sehr viele Aktionär\*innen ihren  
13 Einfluss auf das Unternehmen nicht ausüben, reichen solche Anteilsmengen schon aus, um sehr  
14 viel Macht auf das Unternehmen ausüben zu können. Es reicht allein aus, dass eine Investor\*in zu  
15 den größten Einzelaktionär\*innen gehört.

16 Betrachtet man eine einzelne Branche, hält diese kleine Gruppe von institutionellen Anleger\*innen  
17 abwechselnd die größten Anteile an Unternehmen dieser Branche. Ein Beispiel bildet der US-  
18 Banken Sektor. Betrachtet man die größten Anteilseigner\*innen der sechs größten US-Banken, fällt  
19 auf: BlackRock ist dreimal die größte, und dreimal die zweitgrößte Anteilseigner\*in. Vanguard  
20 hingegen ist zum Beispiel bei drei dieser Banken, die zweitgrößte Einzelaktionär\*in. Weiterhin  
21 finden sich die anderen Großinvestor\*innen, wie State Street oder Fidelity alle samt unter den fünf  
22 größten Einzelaktionär\*innen bei diesen Banken wieder. In deutschen Branchen sieht es sehr  
23 ähnlich aus.

24 Dadurch besitzen diese großen Anleger\*innen viel zu viel Macht in diversen Branchen. Die  
25 institutionellen Anleger\*innen haben ein Interesse daran, dass die Unternehmen eines Sektors  
26 möglichst viel Gewinn erzielen und die damit verbundene Ausschüttung am größten ist. Am  
27 größten werden diese Gewinne natürlich, wenn Unternehmen keinen Wettbewerb mehr  
28 untereinander führen und sie ihre Kosten senken. Dadurch werden die Preise für Konsument\*innen  
29 erhöht, die Löhne für Arbeitnehmer\*innen gesenkt und der Einfallsreichtum der Unternehmen  
30 gebremst. Investor\*innen wie BlackRock nutzen ihre geballte Anteilsmacht um die verschiedenen  
31 Unternehmen einer Branche für ihre Ziele einzuspannen.

32 Es ist zwingend notwendig, die Macht dieser institutionellen Anleger\*innen aufzubrechen

33 Forderungen:

34 Wir fordern, dass institutionelle Anleger\*innen pro Branche entweder:

35 1. einen Anteil von mehr als 1% an einem einzigen Unternehmen halten dürfen, in welchem Fall  
36 sie aber keine Anteile an anderen Unternehmen derselben Branche halten dürfen

37 oder

38 2. an mehreren Unternehmen Anteile halten dürfen, in welchem Fall sie jedoch nicht mehr als 1%  
39 aller Anteile eines Unternehmens halten dürfen.

40 Für institutionelle Anleger\*innen welche nur stille Aktionär\*innen sind, dass bedeutet sie machen  
41 von ihren Mitbestimmungsrechten keinen Gebrauch, ändert sich nichts.

42 Wir fordern außerdem, dass Sanktionen gefunden werden, welche bei Nichteinhalten dieser  
43 Regeln verhängt werden können.



## **Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher\*innenschutz**

### **Antrag U1\_2/19**

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **U1\_2/19 Ausweitung des Pfandsystems**

- 1 Wir fordern die Ausweitung des Pfandsystems auf Produkte, die in Glas angeboten werden und
- 2 bisher über Altglascontainer entsorgt werden. Dazu zählen sowohl Getränke als auch flüssige und
- 3 eingelegte Lebensmittel.
  
- 4 Außerdem sollen Produkte, die bisher in Plastik, Konservendosen oder Tetrapaks verpackt werden,
- 5 vermehrt in Glas oder anderen Mehrwegbehältnissen angeboten werden.
  
- 6 Die Umwelt leidet unter dem Verpackungsmüll, den die Menschheit erzeugt. Das bekannteste
- 7 Beispiel dafür sind die Meere, in denen riesige Mengen von Plastik schwimmen und dadurch Vögel,
- 8 Fische und andere Lebewesen beeinträchtigen mit der Folge von Krankheit und Tod.
  
- 9 Einwegverpackungsmaterialien sind sowohl in der Herstellung als auch in der Entsorgung
- 10 energieintensiv. Plastik wird teilweise aus Erdöl hergestellt, das sowohl in der Förderung als auch in
- 11 der Verarbeitung schädlich ist für Umwelt und Gesundheit. Außerdem ist Plastik nicht biologisch
- 12 abbaubar, sondern zerfällt in Kleinstteile (Mikroplastik), die nicht nur von Fischen und anderen
- 13 Meereslebewesen aufgenommen werden, sondern in Nahrungsmitteln auch von Menschen
- 14 aufgenommen werden und gesundheitliche Schäden verursachen können. Das Recycling von
- 15 Plastik ist nur zu einem ungenügenden Anteil möglich und die Möglichkeiten zur
- 16 Weiterverarbeitung beschränkt. Auch Tetrapaks sind aufgrund der Beschichtung auf der Innenseite
- 17 nur schwer in die einzelnen Stoffe aufzutrennen und damit kaum wiederverwertbar.
  
- 18 Viele Verbraucher\*innen wollen dazu nicht länger beitragen und suchen nach Alternativen bei der
- 19 Verpackung. Häufig fällt die Wahl dabei auf Glas. Das ist weder gesundheits- noch
- 20 umweltschädlich, verbraucht aber ebenfalls viel Energie bei der Produktion.
  
- 21 Viele Produkte werden jedoch in Glasbehältern vertrieben, die nach nur einer einzigen Benutzung
- 22 im Altglascontainer landen. Dort wird das Glas zwar eingeschmolzen und erneut eingesetzt, dieser
- 23 Prozess benötigt aber ebenfalls viel Energie.
  
- 24 Für bestimmte Getränke und wenige Lebensmittel besteht bereits ein Pfandsystem. Die Erfahrung
- 25 daraus zeigt, dass dieses Glas bis zu 50-mal wiederverwendet werden kann. Das bestehende
- 26 System ist jedoch unübersichtlich, da keine einheitliche Regelung besteht und Unternehmen
- 27 immer wieder Wege finden, es zu umgehen.
  
- 28 Wir fordern daher die Entwicklung eines neuen Pfandsystems. Dieses soll die bisherigen
- 29 Regelungen allgemeinverbindlich machen. Einweg- soll zu Mehrwegverpackung werden.
- 30 Außerdem sollen mehr Produkte in Glas angeboten werden, soweit die Lebensmittelsicherheit
- 31 dadurch nicht unerheblich beeinträchtigt wird.
  
- 32 Hersteller\*innen, Groß- und Einzelhandel sollen dabei verpflichtet werden, mehr Produkte in
- 33 Mehrweg- anstatt Einwegverpackungen zu vertreiben. Ein zusätzlicher wirtschaftlicher Anreiz kann

34 durch eine finanzielle Beteiligung der Hersteller\*innen an den Kosten der Verwertung von  
35 Einwegverpackungen geschaffen werden.

36 Supermärkte sollen Eigenmarkenprodukte nach Möglichkeit in Mehrwegbehältnissen anbieten.  
37 Außerdem soll ein Rückgabesystem für diese sowie für Behälter anderer Hersteller\*innen  
38 entwickelt werden. Insbesondere die Entwicklung von Standardbehältnissen trägt dabei zur  
39 Praktikabilität bei. Zusätzlich soll das Netz an Annahmestellen erweitert und weitere dezentrale  
40 Möglichkeiten zur Pfandrückgabe geschaffen werden.

41 Glas ist schwerer als andere Verpackungsmaterialien, insbesondere Plastik. Dadurch wird  
42 insbesondere der Transport energieintensiver. Dadurch könnte eine dezentrale und lokale  
43 Produktion gefördert werden. Dies ist aber nicht bei allen Produkten möglich. Vielleicht steigen  
44 aber auch nur die Transportfahrten und die damit einhergehenden Umweltbelastungen. Dann  
45 könnten mehrfach verwendbare Verpackungen aus leichten Materialien eine Alternative darstellen.  
46 In solchen Fällen können mehrfach verwendbare Verpackungen aus leichten Materialien eine  
47 Alternative darstellen. Bisher gibt es jedoch kaum fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse dazu,  
48 wie sich diese Unterschiede auswirken. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, die  
49 Forderungen für nachhaltige und ökologisch positive Ein- oder Mehrwegbehältnisse aktiv zu  
50 fördern und deren Herstellungsprozess ggf. zu subventionieren.

51 Wir fordern daher das BMU auf, eine Studie durchzuführen, die verschiedene Materialien als Ein-  
52 oder Mehrwegbehältnisse in einem Pfandsystem hinsichtlich ihrer ökologischen Bilanz vergleicht  
53 und dabei Herstellung, Dauer der Nutzbarkeit und Auswirkungen auf den Transport und die damit  
54 verbundenen Umweltbelastungen, sowie die Verwertung einbezieht.

55 Das Pfandsystem soll schließlich einheitlich geregelt werden durch ein Gesetz, auf dessen  
56 Grundlage die Beträge für die jeweiligen Pfandbehältnisse festgelegt werden und damit allgemein  
57 nachvollziehbar sind. Die Vertreter\*Innen Deutschlands werden zudem aufgefordert, sich für ein  
58 Pfandsystem innerhalb der EU einzusetzen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **U2\_2/19 Lass mal ökologisch! - Für umweltfreundliche Hochschulen im Land Berlin**

1 Die „Klimakrise“ ist eine reale Bedrohung für unsere Erde, ihre Bewältigung eine der  
2 Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Klimawandel bedroht die Stabilität der Ökosysteme  
3 unseres Planeten und stellt für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Laut  
4 IPCC hat sich die Erde seit Beginn der Industrialisierung um ca. ein Grad Celsius erwärmt, das klingt  
5 wenig, hat jedoch katastrophale Auswirkungen auf unsere Umwelt.

6 Seit Monaten gehen junge Menschen und Wissenschaftler\*innen auf die Straße, streiken, um ein  
7 Umdenken zu bewirken und angemessene politische Maßnahmen zu befördern. Über 27.000  
8 Wissenschaftler\*innen allein im deutschsprachigen Raum warnen vor den wissenschaftlich  
9 messbaren Folgen des Klimawandels und unterstützen darum Bewegungen, wie „Fridays For  
10 Future“.

11 Der Klimawandel wird wesentlich von Treibhausgasen und dem Ausstoß von Kohlendioxid  
12 vorangetrieben. Gerade Flugreisen belasten die Umwelt ungemein, dennoch sind sie nach wie vor  
13 billiger als Zugreisen und werden von vielen öffentlichen Einrichtungen bevorzugt finanziert. Ein  
14 zweistündiger Flug (ca. 268kg CO<sup>2</sup>) stößt dabei ca. 53,6mal mehr CO<sup>2</sup> aus, als eine fünfstündige  
15 Zugfahrt (ca. 3kg CO<sup>2</sup>). In einem ersten Schritt sollten öffentliche Einrichtungen ihre  
16 Dienstreisepaxis überdenken und Züge vor Flügen finanzieren. Dies ist noch nicht gängige Praxis!

17 In Fällen, in welchen sich Flugreisen nicht vermeiden lassen, können Kompensationszahlungen ein  
18 Weg sein, der Umwelt etwas zurückzugeben, auch wenn gar nicht fliegen der zu bevorzugende  
19 Weg sein sollte. Das Beispiel der Universität Hamburg belegt, dass Kompensationszahlungen  
20 rechtlich möglich und mit sehr geringem bürokratischem Aufwand umsetzbar sind. Das  
21 Kompensieren soll hierbei keineswegs als Entschuldigung oder Rechtfertigung für vermehrtes  
22 Fliegen betrachtet werden, auch wenn es den Eindruck einer Art „Ablasshandel“ erwecken kann. Es  
23 müssen weiterhin umweltfreundliche Alternativen zur aktuellen Reisepraxis gesucht und gefunden  
24 werden. Eine Kompensationszahlung ist aber dennoch ein guter Weg, vermeintlich nicht zu  
25 vermeidende Flugreisen in geringem Grad auszugleichen.

26 Entsprechende Initiativen sind bereits an einigen Berliner Universitäten im Gange, auf welche sich  
27 dieser Antrag gründet.

28 Wir fordern, dass die Berliner Hochschulen Maßnahmen ergreifen, die zu einer entscheidenden  
29 Reduktion des Ausstoßes von Kohlendioxid beitragen. Insgesamt sollten die Berliner Hochschulen  
30 bis zum Jahr 2022 klimaneutral werden. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Entwicklung von  
31 Maßnahmen zur Veränderung des Reiseverhaltens.

32 Diese Maßnahmen sind durch den Senat in den Berliner Hochschulverträgen sowie im BerlHG zu  
33 verankern.

34 Die formulierten Maßnahmen sollen dabei die Besonderheiten der einzelnen Hochschulen, Fächer  
35 und der einzelnen Statusgruppen berücksichtigen.

36 Dienstreisen, die eine Reisezeit von fünf Stunden mit dem Zug unterschreiten, dürfen nur in  
37 begründeten Ausnahmefällen mit dem Flugzeug zurückgelegt werden dürfen; dies gilt auch dann,  
38 wenn das Flugzeug das kostengünstigste Verkehrsmittel ist.

39 Für die mit dem Flugzeug durchgeführten Dienstreisen muss eine Kompensation der durch das  
40 Fliegen entstandenen Emissionen entrichtet werden. Das Präsidium bzw. die jeweilige  
41 Hochschulleitung wird sich dabei in angemessener Weise an den Kompensationskosten beteiligen.  
42 Die Zahlungen sollen Klimaschutzprojekten zugutekommen, deren Klimaschutzwirkung bereits  
43 vorab in angemessener Weise zu überprüfen ist. Die Höhe der Kompensationszahlungen richtet  
44 sich nach der Entfernung der Reise und wird bei der Reisekostenabrechnung festgelegt.

45 Anfahrtswege zu Langstreckenflügen, die abseits der Berliner Flughäfen starten (z.B. Frankfurt am  
46 Main, München etc.), sollen nach Möglichkeit mit der Bahn als sog. „Zubringer“ zurückgelegt  
47 werden.

48 Es soll in allen Hochschulgebäuden ermöglicht werden, eine Hard- und Softwareausstattung für  
49 Videokonferenzen zu implementieren. Die Finanzierung der Ausstattung sollte zur Hälfte aus  
50 Mitteln des jeweiligen Präsidiums/ der jeweiligen Hochschulleitung kommen. Die Bereiche  
51 gewährleisten eine Schulung in der Nutzung der neuen Anlage. Ziel einer solchen Ausstattung ist  
52 es, vom jeweiligen Bereich aus die standortübergreifende Kommunikation reiseunabhängiger zu  
53 machen (z. B. Konferenz- und Gastvorträge, Arbeitstreffen, Gremienkommunikation etc.)

54 Eine umweltverträgliche Verkehrspolitik bedarf einer genauen empirischen Kenntnis des  
55 dienstlichen Reiseverhaltens der Mitglieder der Hochschule. Das Präsidium/ die Hochschulleitung  
56 erstellt eine jährliche Dokumentation über die Dienstreisen der Mitglieder der Hochschule, welche  
57 allen Angehörigen zur Verfügung zu stellen ist. Die Dokumentation soll u.a. folgende Dimensionen  
58 und Gliederungspunkte berücksichtigen:

59 Art des benutzten Verkehrsmittels (Bahn, Bus, Auto, Flugzeug etc.)

60 Ziel der Reise (konkreter Ort, Einteilung in Inland, innereuropäisches und außereuropäisches  
61 Ausland)

62 Durchschnittliche Fahrt- und Aufenthaltsdauer

63 Durchschnittliche Kosten

64 Bei Flugreisen eine Angabe darüber, ob „business“ oder „economy“ geflogen wurde

65 Differenzierung nach Fachbereichen und anderen Einheiten der Hochschule

66 Zuordnung der reisenden Person nach Statusgruppen (Professor\*innen, Mittelbau, Studierende,  
67 technische /administrative Beschäftigte)

68 Anmerkung: Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte geht es bei der Erfassung der Daten nicht um  
69 eine Auflistung der Flüge von einzelnen Personen, sondern um Aggregatsdaten.

70 Das Präsidium/ die Hochschulleitung verankert das Ziel der Klimaneutralität in den mit den  
71 Fachbereichen abzuschließenden Zielvereinbarungen

72 Das Präsidium/ die Hochschulleitung setzt sich bei den Drittmittelgeldgeber\*innen (DFG,  
73 Volkswagen Stiftung, Thyssen Stiftung, BMBF etc.) für eine Reform der über die Förderinstitutionen  
74 abrechenbaren Dienstreisen ein. Dies betrifft zum einen die bewilligten Forschungsprojekte, zum

75 anderen die im Auftrag der jeweiligen Förderinstitution getätigten Dienstreisen (von  
76 Gutachter\*innen, Beschäftigten der Fördereinrichtung etc.). Für solche Dienstreisen sollten die  
77 Punkte 1. und 2. Anwendung finden.

78 Bei allen Maßnahmen müssen individuelle Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen, bspw.  
79 Menschen mit körperlichen Einschränkungen, berücksichtigt werden.

80 Darüber hinaus sollen Konzepte entwickelt werden, die Maßnahmen zur Reduktion des  
81 Stromverbrauchs, energetische Sanierungen der Gebäude, den Bezug von regenerativen  
82 Energieträgern, ein umweltfreundliches Ernährungsangebot in den öffentlichen Mensen, und  
83 Begrünungsmaßnahmen prüfen. Die umweltfreundliche Fahrzeugnutzung muss sichergestellt  
84 werden durch genügend sichere Fahrradstellplätze und den Ausbau der Radverkehrinfrastruktur  
85 auf den Campus. Dabei sollen hochschulverbundene Akteur\*innen bspw. das Studierendenwerk  
86 und studentische Gremien miteinbezogen werden. Wir Jusos stehen an der Seite der Studierenden,  
87 die sich für die Umweltfreundlichkeit ihrer Hochschulen einsetzen und ihre Forderung nach  
88 nachhaltigen Hochschulen in den studentischen Vollversammlungen artikuliert haben.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **U3\_2/19 Bleibt auf dem Boden – Gegen Vielfliegerei im öffentlichen Dienst**

1 Die „Klimakrise“ ist eine reale Bedrohung für unsere Erde, ihre Bewältigung eine der  
2 Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts. Der Klimawandel bedroht die Stabilität der Ökosysteme  
3 unseres Planeten und stellt für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Laut  
4 IPCC hat sich die Erde seit Beginn der Industrialisierung um ca. ein Grad Celsius erwärmt, das klingt  
5 wenig, hat jedoch katastrophale Auswirkungen auf unsere Umwelt.

6 Seit Monaten gehen junge Menschen und Wissenschaftler\*innen auf die Straße, streiken, um ein  
7 Umdenken zu bewirken und angemessene politische Maßnahmen zu befördern. Über 27.000  
8 Wissenschaftler\*innen allein im deutschsprachigen Raum warnen vor den wissenschaftlich  
9 messbaren Folgen des Klimawandels und unterstützen darum Bewegungen, wie „Fridays For  
10 Future“.

11 Der Klimawandel wird wesentlich von Treibhausgasen und dem Ausstoß von Kohlendioxid  
12 vorangetrieben. Gerade Flugreisen belasten die Umwelt ungemein, dennoch sind sie nach wie vor  
13 billiger als Zugreisen und werden von vielen öffentlichen Einrichtungen bevorzugt finanziert. Ein  
14 zweistündiger Flug (ca. 268kg CO<sup>2</sup>) stößt dabei ca. 53,6mal mehr CO<sup>2</sup> aus, als eine fünfstündige  
15 Zugfahrt (ca. 3kg CO<sup>2</sup>). In einem ersten Schritt sollten öffentliche Einrichtungen ihre  
16 Dienstreisepraxis überdenken und Züge vor Flügen finanzieren. Dies ist noch nicht gängige Praxis!

17 In Fällen, in welchen sich Flugreisen nicht vermeiden lassen, können Kompensationszahlungen ein  
18 Weg sein, der Umwelt etwas zurückzugeben, auch wenn gar nicht fliegen der zu bevorzugende  
19 Weg sein sollte. Das Beispiel der Universität Hamburg belegt, dass Kompensationszahlungen  
20 rechtlich möglich und mit sehr geringem bürokratischem Aufwand umsetzbar sind. Das  
21 Kompensieren soll hierbei keineswegs als Entschuldigung oder Rechtfertigung für vermehrtes  
22 Fliegen betrachtet werden, auch wenn es den Eindruck einer Art „Ablasshandel“ erwecken kann. Es  
23 müssen weiterhin umweltfreundliche Alternativen zur aktuellen Reisepraxis gesucht und gefunden  
24 werden. Eine Kompensationszahlung ist aber dennoch ein guter Weg, vermeintlich nicht zu  
25 vermeidende Flugreisen in geringem Grad auszugleichen.

26 Wir fordern, dass Berliner Einrichtungen und Unternehmen in öffentlicher Hand, sowie  
27 Verwaltungen Maßnahmen ergreifen, die zu einer entscheidenden Reduktion des Ausstoßes von  
28 Kohlendioxid beitragen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Entwicklung von Maßnahmen  
29 zur Veränderung des Reiseverhaltens:

30 Dienstreisen, die eine Reisezeit von fünf Stunden mit dem Zug nicht unterschreiten, dürfen nur in  
31 begründeten Ausnahmefällen mit dem Flugzeug zurückgelegt werden, dies gilt auch dann, wenn  
32 das Flugzeug das kostengünstigste Verkehrsmittel ist.

33 Für die mit dem Flugzeug durchgeführten Dienstreisen muss eine Kompensation der durch das  
34 Fliegen entstandenen Emissionen entrichtet werden. Diese Kompensationen müssen dabei durch  
35 die jeweilige Leitung getragen werden und dürfen nicht zu Lasten der reisenden Person gehen. Die  
36 Zahlungen sollen Klimaschutzprojekten zugutekommen, deren Klimaschutzwirkung bereits vorab

37 in angemessener Weise zu überprüfen ist. Die Höhe der zu leistenden Kompensationszahlung  
38 richtet sich nach der jeweiligen Reiseentfernung und wird im Rahmen der Reisekostenabrechnung  
39 festgelegt.

40 Anfahrtswege zu Langstreckenflügen, die abseits der Berliner Flughäfen starten (z.B. Frankfurt am  
41 Main, München etc.), sollen nach Möglichkeit mit der Bahn als sog. „Zubringer“ zurückgelegt  
42 werden.

43 In allen öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen soll die Möglichkeit gegeben werden, in den  
44 entsprechenden Gebäuden, sofern nicht bereits vorhanden, eine Hard- und Softwareausstattung  
45 für Videokonferenzen zu implementieren. Die jeweilige Einrichtung gewährleistet eine Schulung in  
46 der Nutzung der neuen Anlage. Ziel einer solchen Ausstattung ist es, vom jeweiligen Standort aus  
47 die standortübergreifende Kommunikation reiseunabhängiger zu gestalten.

48 Eine umweltverträgliche Verkehrspolitik bedarf einer genauen empirischen Kenntnis des  
49 dienstlichen Reiseverhaltens der Angehörigen öffentlicher Einrichtungen. Der Senat wird  
50 aufgefordert, eine jährliche Dokumentation über die Dienstreisen der Mitglieder der Berliner  
51 Verwaltungseinheiten zu erstellen und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die  
52 Dokumentation soll dabei u.a. folgende Dimensionen berücksichtigen:

53 Art des benutzten Verkehrsmittels (Bahn, Bus, Auto, Flugzeug etc.)

54 Ziel der Reise (konkreter Ort, Einteilung in Inland, innereuropäisches und außereuropäisches  
55 Ausland)

56 Durchschnittliche Fahrt- und Aufenthaltsdauer

57 Durchschnittliche Kosten

58 Bei Flugreisen eine Angabe darüber, ob „business“ oder „economy“ geflogen wurde

59 Zuordnung der reisenden Person zu ihrer jeweiligen Statusgruppe

60 Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte geht es bei der Erfassung dieser Daten nicht um eine  
61 Auflistung der Flüge einzelner Personen, sondern um Aggregatsdaten.

62 Der Senat wird aufgefordert, das Ziel der Kohlendioxidreduktion bei allen zukünftigen  
63 Vertragsabschlüssen zu berücksichtigen.

64 Der Senat wird aufgefordert, sich bei allen Vertragspartner\*innen für eine Reform der  
65 Dienstreisepraxis einzusetzen. Dies gilt insbesondere für solche Dienstreisen, die in  
66 Zusammenhang mit Aufträgen des Landes Berlin stehen. Für solche Dienstreisen sollten die Punkte  
67 1. und 2. Anwendung finden.

68 Bei allen Maßnahmen sollen individuelle Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen, bspw.  
69 Menschen mit körperlichen Einschränkungen, berücksichtigt werden.

70 Darüber hinaus sollen Konzepte entwickelt werden, die Maßnahmen zur Reduktion des  
71 Stromverbrauchs, energetische Sanierungen der Gebäude, ein umweltfreundliches  
72 Ernährungsangebot in den öffentlichen Mensen, und städtische Begrünungsmaßnahmen prüfen.

73 .

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **U4\_2/19 Klimanotstand für Berlin ausrufen!**

- 1 Wir fordern, dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder
- 2 des Senats sich dafür einsetzen, den Klimanotstand auszurufen und damit die Klimakrise und ihre
- 3 Folgen als Probleme von höchster Priorität anzuerkennen.
  
- 4 Dadurch soll bei allen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses und des Senats die Auswirkungen
- 5 auf das Klima bedacht und Lösungen bevorzugt werden, die sich positiv auf den Klimaschutz
- 6 auswirken und die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit
- 7 berücksichtigen. Politische Entscheidungen sollen demnach auf Grundlage der Ergebnisse des
- 8 Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geschlossen werden.
  
- 9 Seit dem Unterzeichnen des Pariser Klimaschutzabkommens 2016 ist wenig Praktisches
- 10 geschehen, um eine Erwärmung des Planeten um 1,5 Grad Celsius zu verhindern, obwohl wir über
- 11 die Folgen eines derartigen Temperaturanstieges informiert und uns der Auswirkungen für unser
- 12 Leben bewusst sind. Noch können wir etwas daran ändern, dies muss aber schnell und konsequent
- 13 geschehen. Es geht darum auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu
- 14 überlassen. Deswegen protestieren Organisationen und Bewegungen wie Fridays For Future für
- 15 eine Klimapolitik, die ihren Namen auch verdient, deswegen opfern Schüler\*innen regelmäßig die
- 16 Schulzeit, denn für welche Zukunft sollen sie lernen, wenn wir ihnen diese Zukunft nehmen? Mit
- 17 ihnen müssen wir uns solidarisch zeigen.
  
- 18 Die Zeit des Abwägens ist vorbei, wir müssen jetzt handeln.
  
- 19 Eine engagierte und progressive Klimapolitik ist zutiefst solidarisch und sozialdemokratisch.



## **Antragsbereich V: Verkehr und Mobilität**

Antrag V1\_2/19

---

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

# **V1\_2/19 Wem gehören Berlins Gehwege? Den Sharing-Trend in die richtigen Bahnen lenken!**

1 Ein gegenwärtiger Blick auf den öffentlichen Raum in der Stadt zeigt: Berliner\*innen teilen den  
2 Gehweg nicht nur miteinander, sondern mit Cafétischen, Stromzapfsäulen und seit Neustem auch  
3 mit Sharing-Fahrrädern, E-Tretrollern sowie E-Motorrollern.

4  
5 Wie viele Mietfahrräder, E-Tret- und -motorroller in der Hauptstadt auf Gehwegen, Plätzen, Parks  
6 und Straßen stehen, ist nicht bekannt. Allein bei den Mietfahrrädern wird von ca. 30.000  
7 ausgegangen. Zum ohnehin maroden Zustand der Gehwege, kommt die stetig wachsende Zahl  
8 neuer Verkehrsmittel hinzu und führt vielerorts zu chaotischen und gefährlichen Zuständen: Neben  
9 hochstehenden Bodenplatten, nicht abgesenkten Bordsteinkanten und Cafétischen, stehen  
10 Mietfahrräder, Elektrotret- und -motorroller wild auf den Gehwegen und versperren zusätzlich  
11 Kinderwägen und Rollstühlen den Weg. Für Menschen mit beeinträchtigter Sicht oder  
12 Sehbehinderung sind sie gefährliche Hindernisse und Stolperfallen. Defekte Mietfahrräder und  
13 Elektrotretroller liegen achtlos umher. Ein neuer Nutzungskonflikt auf Berlins Gehwegen ist  
14 entstanden.

15  
16 Diese Situation auf den Gehwegen steht sinnbildlich für den Wandel und Versuch neue Formen der  
17 Mobilität zu erschließen. Ausgangspunkt für die verschärfte Situation auf den Gehwegen ist die  
18 veränderte Situation auf den Straßen. Die Zunahme an Fahrzeugen bei gleichzeitig kaum erfolgter  
19 Anpassung der Infrastruktur erhöht den Druck auf die Gehwege. Es lässt sich festhalten, dass der  
20 Mobilitätswandel auf den Straßen auf Kosten des öffentlichen Raums und der Allgemeinheit  
21 vorangetrieben wird.

22  
23 Wir verstehen den Gehweg als Teil des öffentlichen Raums und des Gemeinwohls. Wir verneinen  
24 die Kapitalisierung des öffentlichen Raums.

25  
26 Ein Gehweg ist ein Straßenabschnitt, der einzig für den Fußverkehr vorgesehen ist. Er wird dem  
27 öffentlichen Raum zugeordnet, ist somit für alle öffentlich zugänglich und dient dem  
28 Gemeingebrauch. In Berlin umfasst der öffentliche Raum 892 Quadratkilometer. Dabei beträgt die  
29 Gehwegfläche 34,6 Quadratkilometer. Für uns ist klar: kein Profit mit dem öffentlichen Raum und  
30 zu Lasten der Allgemeinheit!

31  
32 Sharing-Economy? Schlecht geteilt!

33  
34 „Sharing-Economy“, zu Deutsch „die Wirtschaft des Teilens“, ist die gemeinschaftliche Nutzung von  
35 Gütern und Dienstleistungen, durch Teilen, Tauschen, Leihen, Mieten oder Schenken. Der  
36 Grundgedanke dieser Wirtschaftsform geht von der Prämisse aus, Güter nicht mehr selbst zu  
37 ihrem\*seinem Eigentum zählen zu müssen und die meiste Zeit ungenutzt bleiben. Stattdessen  
38 sollen sie je nach Bedarf jederzeit zur Dauer der Nutzung ausgeliehen werden können. Zur Sharing-  
39 Economy gehören Konsumformen wie Online-Plattformen, Apps, Unterkünfte, Transportmittel wie  
40 zum Beispiel das Auto, Fahrrad, Tret- und Motorroller sowie finanzielle Dienstleistungen wie  
41 Crowdfunding.

42  
43 Was auf den ersten Blick eine bessere Alternative zum vorherrschenden Kapitalismus zu sein  
44 scheint, ist jedoch aus sozialistischer und nachhaltiger Perspektive weitaus kritischer zu betrachten.

45 Die Schattenseiten der Sharing-Economy haben mit unserer Utopie der Gesellschaft der Freien und  
46 Gleichen nur wenig zu tun:  
47 Statt der öffentlichen Hand, wird das Eigentum der Sharing-Angebote wie beispielsweise Sharing-  
48 Fahrräder, E-Tretroller und E-Motorroller hauptsächlich von Privatpersonen und  
49 Interessensgruppen bereitgestellt. Diese betreiben ihr Geschäftsmodell ausschließlich mit einem  
50 hohen Gewinninteresse und Profitdruck im öffentlichen Raum. Darüber hinaus erhalten nicht alle  
51 Berliner\*innen den gleichen Zugang zu den Sharing-Angeboten. In der Innenstadt ist die Dichte  
52 der Sharing-Angebote größer als in anderen Teilen Berlins. Zudem sind die Angebote  
53 ausschließlich per Smartphone und meist nur unter Verwendung einer Kreditkarte nutzbar.

54  
55 Des Weiteren müssen die Beschäftigungsformen der Sharing-Economy kritisch betrachtet werden:  
56 Jeden Abend sammeln vermeintlich Selbstständige die E-Fahrzeuge von den Gehwegen ein, um  
57 sie Zuhause zu laden und anschließend wieder an vorgegebenen Plätzen abzustellen. Für  
58 Kleinstbeträge transportieren diese Menschen mit eigenen Fahrzeugen eine begrenzte Zahl von  
59 Tretrollern und hängen sie in der eigenen Wohnung an ihr privates Stromnetz an. Hier wird der  
60 Kapitalismus auf den Kopf gestellt: die Arbeiter\*innen müssen ihr eigenes Kapital einsetzen, um die  
61 Aufträge des Sharing-Unternehmens auszuführen. Oftmals bleibt dabei nicht einmal der  
62 Mindestlohn übrig. Von Sozialversicherung und langfristigen Jobperspektiven ganz zu schweigen.  
63 Für uns ist klar - hier wird schlecht geteilt: Arbeit, Risiko, prekäre Beschäftigung und  
64 Ressourceneinsatz bei den Arbeiter\*innen, Profite bei den Unternehmen.

65  
66 Bei jeder Fahrt erheben zudem Sharing-Anbieter Daten ihrer Nutzer\*innen. Die Benutzung der  
67 Mietfahrräder, E-Tretroller und E-Motorroller erfolgt hauptsächlich über Smartphone-Apps. Durch  
68 die Smartphone-App können die Sharing-Betreibenden auf den Standort der\*des jeweiligen  
69 Konsumentin\*Konsumenten zurückzugreifen. Mit den erlangten Informationen werden  
70 Bewegungsprofile erstellt, Werbebotschaften geschaltet und die Daten der Verbraucher\*innen  
71 vermarktet. Für uns ist klar: kein Handel mit Verbraucher\*innendaten! Das europäische  
72 Datenschutzrecht muss eingehalten werden - dies gilt auch für Sharing-Unternehmen mit Sitz  
73 außerhalb der Europäischen Union!

74  
75 Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz auf:

76  
77 - eine Bestandsaufnahme zur Ermittlung der aktuell im Land Berlin stehenden Sharing-Fahrräder,  
78 Elektrotret- und Elektromotorroller sowie die Anzahl der Sharing-Anbieter durchzuführen,

79  
80 Die Bestandsaufnahme soll zum Ende des I. Quartals 2020 veröffentlicht und gleichzeitig dem  
81 Abgeordnetenhaus von Berlin zur Beratung bereitgestellt werden.

82  
83 - ein Konzept zu Stellplätzen für Sharing-Fahrräder, E-Tretroller sowie E-Motorroller zu erarbeiten  
84 und einzuführen,

85  
86 Hierzu sollen bereits bestehende Fahrradstellplätze deutlich ausgebaut und Autoparkplätze im  
87 öffentlichen Raum zu Stellplätzen für Fahrräder, E-Tretroller und E-Motorroller umgewandelt  
88 werden.

89  
90 - die errichteten Stellplätze an Sharing-Unternehmen kostenpflichtig zu vermieten,

91  
92 - in Berlin begrenzte Free-Floating Flotten zu erlauben,

93  
94 Die genaue Begrenzung der sogenannten Free-Floating Flotten soll aus der Bestandsaufnahme  
95 resultieren. Hierbei soll von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine  
96 empfohlene Anzahl an Sharing-Fahrrädern, E-Tretrollern und E-Motorrollern auf den öffentlichen  
97 Gehwegen für die spontane Nutzung zur Verfügung stehen. Nach ihrer Verwendung kann diese  
98 begrenzte Anzahl wieder auf den Gehwegen abgestellt werden. Alle darüber hinausgehenden  
99 Sharing-Angebote müssen bei den eigens errichteten Stellplätzen abgestellt werden.

100  
101 - das Bußgeld für ungeordnetes Abstellen zu erhöhen,

102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126

- Unerlaubt abgestellte bzw. den Gehweg versperrende E-Tret- und –motorroller, Fahrräder dürfen vom Land Berlin eingesammelt und verwahrt werden. Für das Einsammeln und Verwahren der Sharing-Fahrzeuge müssen die Sharingunternehmen täglich ein von der Senatsverwaltung festgelegtes Bußgeld zahlen. Weitere Maßnahmen sollen von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Absprache mit der Senatsverwaltung für Finanzen und dem Rat der Bürgermeister\*innen erarbeitet werden,

- weitere Parkverbotszonen in Berlin zu errichten,

Wir begrüßen die Einführung von Parkverbotszonen am Brandenburger Tor und am Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte. Gleichwohl fordern wir die berlinweite Einführung von Parkverbotszonen an Mahnmalen und Sehenswürdigkeiten.

- die Sharing-Dienste zu verpflichten das Angebot in ganz Berlin gleichermaßen zu verteilen,

Hier muss die Berliner Sozialdemokratie eingreifen: Allen Berliner\*innen muss der gleiche Zugang zu gemeinschaftlichen Fortbewegungsmitteln gewährleistet werden!

- auch in der Sharing-Economy Gute Arbeit zu gewährleisten: kein Mindestlohndumping, keine Scheinselbständigkeit!

Langfristig streben wir an, den Verleih von Fortbewegungsmitteln in die öffentlichen Hand zu geben. So profitiert das Gemeinwohl von den Sharing-Angeboten - nicht rein profitorientierte Unternehmen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

## **V2\_2/19 Mobilität für Berlin – solidarisch, gerecht, nachhaltig**

1 Die wachsende Stadt Berlin stellt die Bürger\*innen nicht nur beim Thema Mieten und Wohnen vor  
2 neue Herausforderungen. Auch im täglichen Verkehr zeigt sich, dass der Platz begrenzt ist und die  
3 Nutzer\*innenzahlen ansteigen. Die Folge sind verstopfte Straßen, steigende Emissionen, überfüllte  
4 Busse und Bahnen sowie Nutzungskonflikte, die derzeit zu oft zugunsten des motorisierten  
5 Verkehrs gelöst werden. Aktuell sind jedoch alle Träger\*innen des ÖPNV in Berlin am Limit.  
6 Jahrelanger Sparkurs zeigt in der wachsenden Stadt seine bitteren Auswirkungen: Volle Bahnen  
7 und Busse, Verspätungen sowie Ausfälle sind eher die Regel als die Ausnahme sowie verkürzte  
8 Bahnen aufgrund von Fahrzeug- und Personalmangel. Die seit Jahren steigenden Zahlen der  
9 erwerbstätigen Berliner\*innen und Pendler\*innen wirken sich auf diesen im besonders stark aus.  
10 Schon das Umsteigen vieler Fahrradfahrer\*innen auf die öffentlichen Verkehrsmittel in den  
11 Wintermonaten, stellt diesen vor weitere Herausforderungen. In der heutigen Situation ist es kaum  
12 vorstellbar, dass der Umstieg weiterer erheblicher Gruppen von Verkehrsteilnehmer\*innen auf  
13 öffentliche Verkehrsmittel überhaupt tatsächlich möglich wäre geschweige denn ohne  
14 dramatische Qualitätseinbußen realisierbar wäre. Nur durch verdichtete Taktzeiten, den Ausbau  
15 des Streckennetzes sowie die Gestaltung des Straßennetzes mit Fokus auf emissionsfreie  
16 Verkehrsträger kann ein sozial und klimagerechte Mobilität in unserer Stadt ermöglicht werden.  
17 Gleichzeitig kommt der Ausbau der Fahrradinfrastruktur weniger schnell als erhofft voran. Neue  
18 grüne Farbe schafft noch keinen sicheren Verkehrsraum für Fahrradfahrer\*innen.

19  
20 Unsere Vision für Berlin ist klar: Wir streben langfristig einen emissionsfreien Verkehr in dieser  
21 Stadt und die bestmögliche Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs aus der  
22 Innenstadt an. Wir möchten, dass die Berliner\*innen so flächendeckend wie möglich auf Fahrrad  
23 und ÖPNV umsteigen und sie sich den öffentlichen Straßenraum zurückholen und diesen  
24 gestalten. Dabei ist unser Ansatz, vorgelagert Alternativen zu schaffen, welche die Mobilität in  
25 dieser Stadt allen Menschen ermöglichen und zu erhalten, bevor zu Verbotsinstrumenten gegriffen  
26 wird.

27  
28 Die Diskussion um die zukünftige Mobilität in der Stadt wird derzeit viel zu oft verkürzt mit  
29 pauschalen Verbotsforderungen erstickt. Umfassende Einschränkungen des motorisierten  
30 Individualverkehrs ohne klimafreundliche, alternative Angebote halten wir für sozial unverträglich.  
31 Dies gilt insbesondere, wenn man die Stadt aus der Perspektive älterer und in der Mobilität  
32 eingeschränkter Menschen betrachtet. Aber auch Berliner\*innen, die nicht im Innenstadtbereich  
33 leben und täglich weite Strecken zurücklegen müssen, sind unter den jetzigen Gegebenheiten im  
34 Sinne einer ordnungsgemäßen Organisation ihres Alltags oftmals noch auf motorisierten  
35 Individualverkehr angewiesen. Auch nehmen mobile Pflegedienste oder der Lieferverkehr im  
36 täglichen Leben dieser Stadt eine Sonderrolle ein und könnten ohne PKW-Verkehr nicht adäquat  
37 ersetzt werden. Um den motorisierten Individualverkehr wirksam zu verringern braucht es daher  
38 vor allem neue Anreize und Impulse, um auf den ÖPNV oder nicht-motorisierten Individualverkehr  
39 umzusteigen. Nur dadurch lässt sich die Zahl der PKWs auf Berlins Straßen gerecht und nachhaltig  
40 reduzieren.

41  
42 Der ÖPNV in Berlin muss sich dringend und zwingend an die wachsende Stadt anpassen. Dazu  
43 gehört auch eine konsequente Erschließung der Randbezirke. Wir können die Mobilität von  
44 Bürger\*innen, die vielfach aus den Innenstadtbereichen aufgrund von Mietsteigerungen wegziehen  
45 mussten, nicht privaten Dienstleister\*innen überlassen, welche je nach Profitstreben,  
46 Sharinggebiete erweitern oder reduzieren. Die Stadt Berlin mit ihrem landeseigenen Unternehmen

47 BVG ist in der Pflicht, die Mobilität in gleichwertiger Weise in allen Stadtbezirken sicherzustellen.  
48 Die Ausbaupläne für das Streckennetz des ÖPNV dürfen nicht mit Denkverboten angegangen  
49 werden. Die Fokussierung auf einzelne Verkehrsträger\*innen ist der falsche Ansatz. Vielmehr  
50 braucht es einen langfristigen Ansatz, der neben Nachhaltigkeitsaspekte auch die weiter  
51 steigenden Nutzer\*innenzahlen in den Blick nimmt. Die in dieser Diskussion regelmäßig reflexartig  
52 vorgebrachten Finanzierungsvorbehalte gegenüber einzelnen Verkehrsträgern halten wir für  
53 wenig zielführend.

54

55 Für einen so grundlegend neuen Ansatz von Mobilität muss viel investiert werden. Wir müssen  
56 Regelungen finden, wie wir für den Aus- und Neubau von ÖPNV, Fahrradschnellstraßen und  
57 Anpassungen der Straßenbreite zusätzliche Mittel generieren können.

58

59 Daher fordern wir:

- 60 - den konsequenten Streckenausbau bei U- und S-Bahn sowie Tram, der sowohl sinnvolle
- 61 Lückenschlüsse im bestehenden Netz, Streckenverlängerungen als auch den vollständigen Neubau
- 62 von Strecken, vor allem in bisher noch nicht erschlossenen Bezirken, vorsieht.
- 63 - den flächendeckenden barrierefreien Ausbau von U-, S-Bahn- und Tramstationen, um auch
- 64 Menschen mit Kinderwägen, Rollstuhl und anderen Mobilitätseinschränkungen einen Umstieg auf
- 65 den ÖPNV zu erleichtern
- 66 - die Erhöhung der Taktung bei der U- und S-Bahn mit dem Ziel eines 90 Sekunden-Takts nach dem
- 67 Beispiel Moskaus
- 68 - den Aufbau von neuen Werkstattkapazitäten bei der BVG für Bus und U-Bahn, um zeitnah einen
- 69 verlässlicheren Einsatz der Fahrzeuge und Wagen zu gewährleisten
- 70 - Ausbau von Fernbahnhöfen als zusätzlichen Anreiz, auch bei längeren Reisen auf
- 71 klimafreundlichere Varianten umzusteigen
- 72 - politische Initiativen auf Landes-, Bundes- und Europaebene, um im extremen Bedarfsfall für den
- 73 Fuhrpark des ÖPNV das Ausschreibungsverfahren zu verkürzen
- 74 - eine neue Ausbildungsoffensive bei der BVG, damit auch in der Zukunft ausreichend sowie gut
- 75 ausgebildete Kolleginnen und Kollegen die Mobilität in Berlin sicherstellen
- 76 - den ambitionierten Ausbau der Fahrradinfrastruktur in Form von geschützten Radwegen,
- 77 Radschnellwegen und Radparkhäusern an zentralen Bahnhöfen
- 78 - die Erlaubnis für Radfahrer\*innen, auch dann unter besonderer Vorsicht an Kreuzungen rechts
- 79 abzubiegen, wenn die Verkehrsampel rot zeigt
- 80 - den Ausbau von Park + Ride Möglichkeiten am Stadtrand innerhalb des Tarifgebiets B / alternativ
- 81 die Ausweitung des Tarifgebiets B auf ausgewählte Bahnhöfe im Unland mit Park + Ride
- 82 Möglichkeit
- 83 - Anreize zur Bildung von Fahrgemeinschaften und Nutzung von PKW mit mehreren Personen. Dies
- 84 kann etwa durch die Freigabe von Spuren nur für PKW mit mehr als einer Person erfolgen
- 85 - Verpflichtende Ausweitung von Sharing-Angeboten auf das gesamte Stadtgebiet.

86 .

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

## **V3\_2/19 Digitale Infrastruktur als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen!**

1 Die digitale Infrastruktur ist eine der Schlüsselinfrastrukturen unserer Zeit. Für die Digitalisierung  
2 und Transformation von Produktionsprozessen, das Internet der Dinge, Smart Cities,  
3 Dienstleistungsangebote im ländlichen Raum oder digitalen Medienkonsum sind funktions- und  
4 leistungsfähige Breitbandnetze die zwingende Voraussetzung. Dass öffentliche Daseinsvorsorge  
5 auch in öffentliche Hand gehört ist eine Grundüberzeugung der Sozialdemokratie. Wo sich jedoch  
6 in den Bereichen Krankenversorgung, Wasserversorgung, Stromnetze, ÖPNV oder Wohnen große  
7 öffentliche Debatten und Vorschläge wiederfinden, ist es im Bereich der digitalen Infrastruktur  
8 überraschend still. Nehmen wir die Wichtigkeit der digitalen Infrastruktur jedoch ernst, müssen wir  
9 auch diese als öffentliche Daseinsvorsorge begreifen. Der aktuelle, privat kontrollierte Zustand, ist  
10 nämlich desaströs.

11 Art. 87f (1) GG verpflichtet den Bund zur „flächendeckend angemessenen und ausreichenden“  
12 Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen. Nach Art. 87f (2) GG sind diese  
13 Telekommunikationsdienstleistungen jedoch ausschließlich durch „privatwirtschaftliche  
14 Tätigkeiten durch die aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost hervorgegangenen  
15 Unternehmen (Deutsche Telekom) und durch andere private Träger“ zu erbringen. Was  
16 ursprünglich die vermeintlichen Kräfte des freien Marktes aktivieren sollte, hat in der Realität  
17 jedoch verheerende Auswirkungen. Die Verlagerung der Telekommunikation in die private Domäne  
18 ist der Hauptgrund dafür, dass Deutschland trotz üppiger Bundesfördermittel von 4,5 Mrd. € im  
19 Breitbandausbau immer noch Entwicklungsland ist.

20 Es gibt zwei Fördermodi: sogenannte Wirtschaftlichkeitslückenförderung, und das sogenannte  
21 Betreiber\*innenmodell. Beim Wirtschaftlichkeitslückenmodell bauen die Kommunen das  
22 Breitbandnetz nicht selbst aus. Stattdessen fließen die Fördermittel als Subventionen an private  
23 Telekommunikationsunternehmen. Rentiert es sich z.B. für ein Unternehmen nicht in den  
24 Breitbandausbau eines Dorfes mit 50 Einwohnern zu investieren, schließen die Fördermittel die  
25 Lücke, sodass es sich rentiert. Beim Betreiber\*innenmodell baut die Kommune das Netz selbst, und  
26 verpachtet es anschließend für 20-30 Jahre an private Telekommunikationsunternehmen. Laut  
27 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur fließen 75% der bewilligten Fördermittel  
28 in die Wirtschaftlichkeitslückenförderung. Anstatt öffentliche Infrastruktur zu schaffen, betreibt der  
29 Staat indirekte Unternehmenssubventionen.

30 Auch beim Betreiber\*innenmodell eröffnet die grundgesetzlich geschützte Hoheitsposition  
31 privater Telekommunikationsunternehmen ihnen jedoch eine Vielzahl von Wegen den staatlichen  
32 Breitbandausbau zu verhindern oder zu sabotieren. Wenn eine Kommune ihr Breitbandnetz  
33 ausbauen möchte, stellt sie zunächst einen Antrag auf Förderung. Wird dieser bewilligt, können die  
34 privaten Telekommunikationsunternehmen innerhalb von 6 Wochen während der

35 sogenannten „Markterkundungsphase“ ein Veto einlegen, falls sie, nach Eigenaussage, in den  
36 nächsten drei Jahren im ausgeschriebenen Gebiet selbst bauen möchten. Geschieht dies, darf die

37 Kommune nicht bauen. Oft legen Private Veto ein, nur um nachträglich Gründe anzugeben, warum  
38 sie in den nächsten drei Jahren doch nicht bauen können. Außerdem wissen die Kommunen gar  
39 nicht verlässlich, in welchen Gebieten denn überhaupt bereits Breitband liegt. Das Breitbandnetz  
40 der privaten Telekommunikationsunternehmen zählt nämlich als Geschäftsgeheimnis. Oft melden  
41 sich die privaten Telekommunikationsunternehmen erst während des Ausschreibungsprozesses  
42 für den Bau und geben an, dass sie in Teilen der ausgeschriebenen Gebiete bereits Breitband  
43 verlegt haben. Geschieht dies, ist die Ausschreibung fehlerhaft und der Verwaltungsprozess muss  
44 von Null gestartet werden.

45 Selbst wenn die privaten Telekommunikationsunternehmen kein Veto einlegen, und im  
46 ausgeschriebenen Gebiet kein Breitband von ihnen liegt, binden sie vielerorts Baufirmen per  
47 Exklusivverträgen an sich. Selbst wenn Baukapazitäten existieren, was in der aktuellen  
48 Hochkonjunkturphase der Baubranche ohnehin eine Seltenheit ist, können diese deshalb oft von  
49 den Kommunen nicht abgerufen werden.

50 Besonders problematisch ist das Geschäftsgebaren der Deutschen Telekom, die den Kommunen  
51 Steine in den Weg legt. Durch die Privatisierung der Deutschen Bundespost wurde die Telekom  
52 alleinige Inhaberin der Teilnehmeranschlussleitungen (TAL). Dieses, umgangssprachlich auch als  
53 "Letzte Meile" bezeichnetes, Netzsegment verbindet die Vermittlungsstellen, welche grundsätzlich  
54 allen Internet Service Providern (ISPs) offenstehen, mit den Hausanschlüssen der Kund\*innen. In  
55 Deutschland existieren viele sehr leistungsfähige, überregionale IP-Netze (Backbones).  
56 Betreiber\*innen sind sowohl privatwirtschaftliche Unternehmen, aber auch öffentlich-rechtlich  
57 oder genossenschaftliche Träger\*innen (wie z. B. das Deutsche Forschungsnetz). Praktisch  
58 profitieren Privathaushalte von dieser Infrastruktur nicht, da die TAL stets von der Telekom  
59 gemietet werden muss. Zudem ist die Zugangstechnik oft veraltet, es kommen i. d. R. die eigentlich  
60 nur für Telefonie konzipierten doppeladrigen Kupferleitungen zum Einsatz. Da die Deutsche  
61 Telekom auf neu gebaute TAL, die auf moderne Glasfasertechnik setzen (FTTC, FTTH) kein Monopol  
62 hätte, wird der Ausbau durch sie aktiv ausgebremst.

63 **Wir fordern die Streichung von Art. 87f (2) GG.** Damit wäre Telekommunikation im Sinne von  
64 Art. 87f (1) GG wieder als Hoheitsaufgabe des Bundes definiert.

65 **Wir fordern die Re-Vergesellschaftung der „letzten Meile“.** Der Ausbau und die Bereitstellung  
66 der TALs soll wieder Aufgabe des Staates werden. Dazu sind die entsprechenden  
67 Verwaltungseinheiten und Netzsegmente der Deutschen Telekom, sowie der TAL-Infrastruktur aller  
68 anderen ISPs zu vergesellschaften. Die Endpunkte sind niedrigschwellig an ISPs bereit zu stellen.  
69 Zur finanziellen Einbindung auch in den Ausbau schlagen wir langfristig eine genossenschaftliche  
70 Organisationsform vor. Als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge genießen alle Bürger\*innen ein  
71 Grundrecht auf Bereitstellung einer breitbandigen TAL für ihren Haushalt. Der Ausbau hat  
72 grundsätzlich auf Basis von Glasfasertechnik zu erfolgen.

73 Wir fordern die Vergesellschaftung der Breitbandinfrastruktur weiterer privater  
74 Telekommunikationsunternehmen in jenen Gebieten, in denen sie die einzigen Anbieter\*innen  
75 und Besitzer\*innen von Breitbandleitungen sind. Die erworbenen Netze sind in das Netz der re-  
76 vergesellschaftlichten Telekom zu integrieren. So werden existierende regionale  
77 Monopolpositionen von privaten Telekommunikationsunternehmen aufgebrochen, und die  
78 ineffiziente parallele Verlegung mehrerer Netze vermieden.

79 **Wir fordern, dass die Bundesmittel zur Breitbandförderung nur noch im sogenannten**  
80 **Betreiber\*innenmodell ausgeschüttet werden.** Öffentliche Steuermittel sollen zur Schaffung  
81 öffentlicher Infrastruktur ausgegeben werden, nicht als indirekte Unternehmenssubventionen.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

# W1\_2/19 Think Big, Think Social, Think Outside the Box: Neue Wege gegen die Berliner Wohnungskrise

1 Die Bautätigkeit in Berlin muss erhöht werden. Der stetig wachsende Bedarf an neuem Wohnraum  
2 und das geringe Angebot für kleine und mittlere Einkommen in der Innenstadt müssen zu einer  
3 Intensivierung des Baus neuer Wohnungen führen. Der Erfolg von R2G wird maßgeblich von der  
4 erfolgreichen Bewältigung der Wohnungskrise abhängen. Deshalb müssen der politische Wille und  
5 die administrativen Fähigkeiten dringend gesteigert werden. Gleichzeitig müssen die Kriterien bei  
6 Neubauten überarbeitet werden, sodass dem steigenden Bedarf Rechnung getragen wird. So  
7 sollten beispielsweise die Kriterien bei der maximalen Höhe eines Gebäudes angepasst werden.  
8 Höhere Gebäude schaffen insbesondere in den Innenstadtlagen eine Maximierung an Wohnfläche  
9 auf begrenzter Baufläche.

10 Ein wichtiger Bestandteil bei der Planung von Neubauten muss auch die Anpassung auf die  
11 dramatischen Auswirkungen der Klimakrise sein. So werden aufgrund der zunehmenden  
12 Extremwetterereignisse zum Beispiel große Grün- und Wasserflächen u.a. zur Kühlung benötigt.  
13 Verschattung muss künftig eine wichtigere Rolle spielen in der Planung spielen.  
14 Frischluftschneisen, die kühlere Luft vom Umland in die Stadt führen dürfen nicht bebaut werden,  
15 da sonst der natürlichen Luftzirkulation in der Stadt quasi den Motor abstellt. Die Planung von  
16 Gebäuden muss zudem die Reduktion der umweltschädlichen Auswirkungen und des Verbrauch  
17 von endlichen Ressourcen zum Ziel haben. Klar ist: der Mangel an Wohnraum und hohe  
18 ökologische Kriterien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

## 19 **Think Big!**

20 Für die Berliner Wohnungskrise müssen Lösungen gefunden werden, die ihrem Ausmaß gerecht  
21 werden. Privaten Wohnungsbesitz in kommunale Hand zu überführen, steigende Mieten  
22 einzufrieren und Zweckentfremdung entschieden zu bekämpfen sind alles dringend notwendige  
23 Maßnahmen. Die obszönen Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen und die Verzweiflung  
24 mittlerweile vieler Menschen, die sich von Zwischenmiete zu Zwischenmiete hangeln, zeigen  
25 jedoch, dass all diese Maßnahmen ohne die Schaffung von ausreichend neuem Wohnraum  
26 langfristig Tropfen auf heißem Beton bleiben. Wir brauchen Großprojekte, und zwar viele. Die  
27 erneut aufgeflamte Debatte um die Randbebauung des Tempelhofer Feldes und die Idee eines  
28 neuen Stadtquartiers in Buch sind dringend benötigte Impulse. Wir unterstützen die  
29 schnellstmögliche Umsetzung beider Ideen entschlossen. In einer Stadt, die (selbstverschuldeter  
30 Weise) immer noch unter den Traumata des BER und des Stadtschlusses leidet, stoßen  
31 Großprojekte jedoch schnell auf pauschale Gegenwehr. Zu kompliziert, zu teuer, unsinnig, Bauen  
32 ist schön aber bitte nicht bei mir vor der Tür. Wollen wir die Bürger\*innen davon überzeugen, dass  
33 Rot-Rot-Grün als progressives Projekt diese Stadt nachhaltig gestalten kann, muss mit dieser  
34 Mentalität Schluss sein.

35



36 Auch die finanzielle Situation des Landes Berlin wirkt sich negativ auf etwaige Großprojekte aus.  
37 Aktuell hat Berlin verhältnismäßig große Handlungsspielräume. Mit dem Inkrafttreten der  
38 kommunalen Schuldenbremse ab 2020 verschwindet jedoch die volkswirtschaftlich sinnvolle  
39 Möglichkeit, die aktuelle Niedrigzinsphase zu nutzen, um Kredite für große Zukunftsinvestitionen  
40 aufzunehmen. Zudem werden die Prognosen für die Einnahmen pessimistischer: für das  
41 Haushaltsjahr 2021 wird derzeit wieder eine Verschuldung prognostiziert. Für die Jusos bleibt nach  
42 wie vor das Ziel, die Schuldenbremse abzuschaffen. Solange dies jedoch noch nicht der Fall ist, gibt  
43 es Wege auch trotz dieses Damoklesschwertes Großprojekte im Wohnungsbau voranzutreiben.

44 Ein Beispiel, wie Großprojekte im Wohnungsbau sozial, inklusiv und sowohl für die Mieter\*innen als  
45 auch für den Staat finanzierbar gestaltet und umgesetzt werden können, ist die Seestadt Aspern in  
46 Wien. Auf sozialdemokratische Initiative und unter sozialdemokratischer Federführung entsteht in  
47 Wien ein komplett neues Stadtquartier, das Wohnraum für über 20.000 Menschen und über 25.000  
48 neue Arbeitsplätze schafft. Die Mietwohnungen sind im Sinne des sozialen Wohnungsbaus  
49 preisgebunden. Die soziale Durchmischung wird durch einen Mix aus studentischem Wohnen,  
50 betreutem Wohnen, sozialem Wohnungsbau und regulärem Wohnungsbau aktiv gestaltet. Die  
51 Gebäude entsprechen höchsten energetischen und ökologischen Standards. Verkehrskonzepte  
52 wurden in den Planungen fest verankert. Parallel zum Wohnraum entsteht ein Netzwerk aus  
53 sozialer Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Freizeitangeboten. Selbst die Läden, die sich in der  
54 planerisch eigens angelegten Einkaufsstraße ansiedeln, werden gesteuert, sodass nicht nur  
55 Einkaufsmöglichkeiten für ein bestimmtes, wohlhabendes Klientel entstehen.

56 Auch in der Finanzierung der Seestadt Aspern ist Wien neue Wege gegangen. Während öffentlich-  
57 private-Partnerschaften in Deutschland im Endeffekt meistens bedeuten, dass Private profitieren  
58 und der Staat auf den Mehrkosten sitzen bleibt, hat Wien ein Modell gefunden, in dem öffentlich-  
59 private-Partnerschaft heißt: Private bauen und der Staat bestimmt anhand seiner Bedürfnisse zu  
60 welchen Bedingungen. Das Grundstück der Seestadt ist im Besitz der Wien 3420 Aspern  
61 Development AG, welche gleichzeitig als eigenständiges Planungs- und Entwicklungsbüro für die  
62 Seestadt agiert. Die Wien 3420 gehört zu 73,6% der Wirtschaftsagentur Wien (ein  
63 Wirtschaftsförderungsfonds der Stadt Wien, der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, der Erste  
64 Bank der österreichischen Sparkassen AG und der Wirtschaftskammer Österreich) und zu 26,4% der  
65 staatlichen Bundesimmobiliengesellschaft. Diese Partner haben das Geld zur Verfügung gestellt,  
66 mit dem das jetzige Grundstück der Seestadt gekauft und zusammengeführt wurde. Zur  
67 Entwicklung wurde das Areal anhand eines stadtplanerischen und architektonischen Masterplans  
68 in Gebäude-große Parzellen unterteilt. Diese Teilgrundstücke wurden dann jeweils in  
69 Wettbewerbsverfahren, in denen die gewünschten Kriterien wie soziale Durchmischung von der  
70 Wien 3420 vorgegeben wurden, für Private ausgeschrieben. Manche Parzellen wurden auch an  
71 kommunale Wohnungsbauunternehmen zum Bau traditioneller Wiener Gemeindebauten, oder an  
72 die Stadt Wien für den Schul- und Kitabau, abgegeben. So muss der Staat zwar in die Grundstücke  
73 der Seestadt investieren, den Wohnungsbau übernehmen aber zum Großteil private Unternehmen  
74 zu vorgeschriebenen Kriterien.

75 Für Berlin muss die Seestadt Aspern ein leuchtendes Beispiel sein. Wir fordern deshalb die  
76 Entwicklung neuer Stadtquartiere am Stadtrand unter sozialen Gesichtspunkten. Der Vorschlag  
77 eines neuen Stadtquartiers in Buch kann ein solches Projekt sein, darüber hinaus müssen jedoch  
78 alle weiteren Potenziale für ambitionierte Wohnungsbauprojekte identifiziert werden. Wir fordern  
79 deshalb die Gründung einer Berliner Immobilien Entwicklungs Agentur. Anders als die Berliner  
80 Immobilien Management GmbH (BIM), die einzelne Liegenschaften lediglich verwaltet, soll diese  
81 Agentur nach dem Vorbild der Wien 3420 neue Stadtquartiere planen und entwickeln. Zum Erwerb  
82 der benötigten Grundstücke müssen alle öffentlichen Akteure in die Pflicht genommen werden.

83 Die Investitionsbank Berlin (IBB), die Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) und das Land Berlin sollen  
84 an der Agentur beteiligt werden und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Auch der Bund  
85 muss in Form der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) in die Pflicht genommen  
86 werden, um die Kommunen und Länder aktiv bei der Bewältigung der Wohnungskrise  
87 unterstützen. Die Industrie und Handelskammer Berlin (IHK) kann gegebenenfalls nach dem  
88 Beispiel der Wirtschaftskammer Österreich als Partner herangezogen werden. Durch eine solche  
89 Verteilung der Investitionen und finanziellen Last auf viele Schultern, wird eine einseitige und  
90 langfristig potentiell gefährdende Belastung des Berliner Landeshaushaltes vermieden. Die  
91 Grundstücke sind sowohl den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, als auch Privaten durch  
92 Wettbewerbsverfahren mit festgeschriebenen Kriterien wie Mietpreisbindung, sozialem  
93 Wohnungsbau und sozialer Durchmischung in Erbpacht zum Wohnungsbau zur Verfügung zu  
94 stellen.

### 95 **Think Social!**

96 Um sozialgerechten Neubau zu schaffen, müssen wir neue Maßstäbe setzen. Neben einer  
97 bezahlbaren Miete, müssen zur Einrichtung neuer Stadtquartiere auch Methoden wie  
98 beispielsweise das Quartiersmanagement gehören. Nur durch den Aufbau nachbarschaftlicher  
99 Verbindungen werden aus den Neubausiedlungen Kieze.

100 Zudem ist darauf zu achten, dass innerhalb der neuen Quartiere, und auch generell innerhalb der  
101 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine noch stärkere Flexibilität gewährleistet werden  
102 kann. Tauschportale sind erst der Anfang, denn es muss selbstverständlich werden, jederzeit den  
103 Wohnraum an die persönliche Situation anpassen und zum Beispiel auf altersgerechten Wohnraum  
104 zurückgreifen zu können.

105 Sozialer Neubau heißt für uns auch, dass er sozial gerecht verteilt wird. Wir fordern eine Strategie  
106 gegen Diskriminierung auf dem gesamten Wohnungsmarkt, unmittelbar in den landeseigenen  
107 Gesellschaften.

### 108 **Think Outside the Box!**

109 Unsere Lösungen gegen die Berliner Wohnungskrise dürfen nicht allein auf Großprojekte fixiert  
110 sein. Wir brauchen maßgeschneiderte Lösungen für jeden freie Fläche und müssen noch stärkere  
111 Bemühungen daran setzen, neue freie Flächen zu identifizieren und zu erschließen. Lösungen auf  
112 den Dächern dieser Stadt gehören hierbei genauso hinzu, wie kurzfristige Vermietung vor dem  
113 Abriss von Objekten. Wir fordern, eine höhere personelle Ausstattung der Verwaltung um solche  
114 Lösungen möglich zu machen.

### 115 **Forderungen:**

116 Die Planung neuer Stadtquartiere muss in Berlin zügig vorangetrieben werden. Ein großes  
117 Angebot von bezahlbaren Wohnungen, ein ausgewogener sozialer Mix und der Einbezug  
118 klimawissenschaftlicher und gesundheitswissenschaftlicher Forschungsergebnisse sollen hierfür  
119 die Maßstäbe sein.

120 Den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften und und  
121 anderen gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen soll der Zugang zu Bauflächen  
122 erleichtert werden. Hierfür müssen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen weiter verbessert  
123 werden. Gleichzeitig müssen Kriterien entwickelt werden, die die Gemeinwohlorientierung  
124 festlegen.

125 Neue Stadtquartiere müssen so geplant werden, dass die Gebäude sich gegenseitig verschatten.  
126 Ebenso müssen die Fassaden und Dächer begrünt und größere Wasserflächen implementiert  
127 werden.

128 Wir fordern außerdem den Einsatz für eine Verbesserung der finanziellen und rechtlichen  
129 Rahmenbedingungen für bezahlbares Wohnen in der EU und einen verstärkten Austausch der  
130 Landesverwaltungen mit anderen anderen Großstädten bei der Konzeption und der  
131 Weiterentwicklung der Kriterien neuer Bauprojekte.

132 Wir unterstützen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes unter Einbezug der  
133 Anwohner\*innen und der Zivilgesellschaft.

134 Wir unterstützen den Bau eines kommunal gesteuerten Stadtquartiers in Buch.

135 Wir fordern die Gründung einer Berliner Immobilien Entwicklungs Agentur. Unter Beteiligung von  
136 IBB, KfW, dem Land Berlin sowie ggf. BlmA und IHK soll diese Flächen für den Neubau neuer  
137 Stadtquartiere identifizieren und erwerben. Die Agentur soll neue Stadtquartiere planen und  
138 entwickeln, und Grundstücke sowohl den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, als auch  
139 Privaten unter sozialen Auflagen in Erbpacht zur Verfügung stellen.

140 Für alle größeren Neubauprojekte muss verpflichtend ein Konzept zum nachbarschaftlichen  
141 Zusammenwachsen vorhanden sein, das zum Beispiel Methoden wie das Quartiersmanagement  
142 beinhaltet

143 Innerhalb der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss die Anpassung des Wohnraums  
144 an die Lebenssituation leichter und besser werden. Wir fordern den Ausbau von Tauschbörsen und  
145 anderen Instrumenten

146 Wir kämpfen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Daher fordern wir ein Konzept  
147 gegen Diskriminierung bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin hat beschlossen:

## **Ini1\_2/19 Solidarität mit den Protestierenden in Hongkong**

1

2 Wir fordern die Jusos Berlin hiermit dazu auf öffentlich ihre Solidarität mit den friedlichen  
3 Protestbewegungen in Hongkong zum Ausdruck zu bringen. Diese Solidarität drückt sich  
4 insbesondere in der Verbindung mit den nachfolgenden Punkten aus:

- 5 - Von der Bundesregierung erwarten wir eine kritische und andauernde Beobachtung der Situation  
6 vor Ort, sowie ein dauerhaftes Bekenntnis zum völkerrechtlich zugesicherten besonderen  
7 Autonomiestatus Hongkongs („one state, two systems“).
- 8 - Dieses Bekenntnis beinhaltet explizit den Schutz der BürgerInnen Hongkongs vor Übergriffen  
9 durch die Sicherheitsorgane und Justiz der VR-China.
- 10 - Ebenso erwarten wir eine öffentliche Aufklärung über eventuelle nachrichtendienstliche  
11 Aktivitäten der Volksrepublik China im virtuellen Raum, welche gezielte Desinformation zur  
12 Delegitimierung der Proteste zum Ziel haben.

### **Begründung:**

14 Die Proteste der vergangenen Tage und Wochen bringen die Unzufriedenheit großer  
15 Bevölkerungsteile Hongkongs zum Ausdruck. Unmittelbarer Anlass war ein Gesetzesentwurf, der  
16 es den Behörden von Hongkong erlaubt hätte eigene Bürger zur Anklage in die Volksrepublik  
17 China auszuliefern. Es handelt sich dabei um einen Vorgang den die Protestierenden aus unserer  
18 Sicht zurecht als einen Verstoß gegen den Grundsatz der zwei Systeme in einem Land bewerten.  
19 Nach Aussage von AktivistInnen kam es in der Vergangenheit bereits vermehrt zum  
20 „Verschwinden“ kritischer Intellektueller. Es besteht entsprechend die Furcht davor dass diese  
21 Praxis, auch ohne formale Legalisierung und nach Abflauen der internationalen Aufmerksamkeit  
22 vermehrt, gegen führende Persönlichkeiten der Proteste zur Anwendung gebracht wird.  
23 Das umstrittene Gesetz wurde letztlich nicht verabschiedet, jedoch drücken sich darin bereits seit  
24 längerem bestehende Bemühungen der Volksrepublik China aus, die formal bestehende  
25 weitgehende Autonomie der Region de facto zu beseitigen. Zudem besteht nun die Gefahr dass  
26 die Regierung der Volksrepublik die Proteste zum Anlass nehmen wird die Autonomie der Region,  
27 notfalls unter dem Vorwand einer Notstandslage, vollständig zu eliminieren.  
28 Um eine derartige Eliminierung der Autonomie Hongkongs international zu rechtfertigen ist der  
29 Einsatz einer umfangreichen Desinformationskampagne durch die VR China denkbar, die darauf  
30 abzielt die Gesamtheit der Proteste als gewaltsam und extremistisch zu brandmarken. Sofern  
31 Kenntnis über derartige Aktivitäten erlangt wird, müssen sie entsprechend öffentlich als solche  
32 benannt werden

